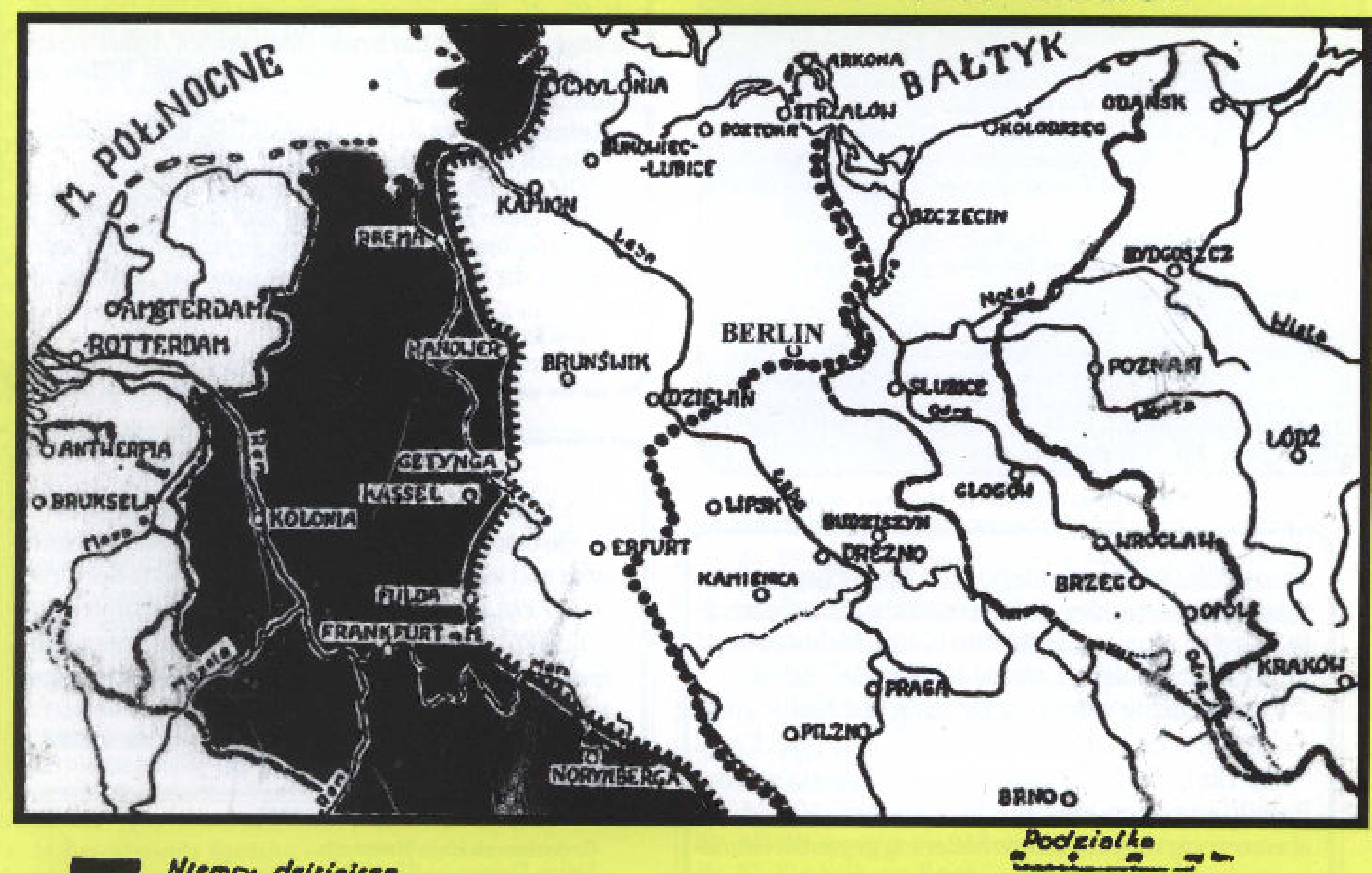
Historische Tatsachen Nr. 115

ANTHONY SCHLINGEL

Fremdbestimmt und schuldbeladen



Niemcy dzisiejsze
Najdalszy zasięg Słowian na zachód według dow. nazw geograficznych miejscowości ustalonych przez ks. St. Kozierowskiego
Granica zachodnia Polski za Bolesława Chrobrego według prof. Wł. Semkowicza
Granica zachodnia Polski za Bolesława Krzywoustego według prof. Wł. Semkowicza
Dzisiejsza granica zachodnia Polski

Ryc. 2. Najdalszy zasięg Słowian na zachód (patrz legenda na mapie)

Polens öffentliche Meinungsmacher, die seit 1919 für Eroberungen im Westen zum Schaden Deutschlands und im Osten auf Kosten Weißrußlands, der Ukraine und Litauens, aber auch gleichzeitig zur Minderheitenunterdrückung wesentliche Schrittmacherdienste leisteten, stimmten im Jahre 1939 verstärkt die polnische Bevölkerung auf weitere anmaßende Eroberungsgelüste ein. Sie wußten, daß die von der US-Roosevelt-Administration angestachelte britische Regierung dies alles mit ihrer Garantie an Polen Ende März 1939 und ihrem darin erkennbaren Kriegswillen gegen Deutschland abdeckte.

Die hier vorgelegte geografische Karte hat die polnische Zeitung *Dziennik Poznanski* am 26. Juli 1939 abgedruckt. In mehreren Etappen soll Polens Grenze im Westen von Kiel - Elbmündung - Hannover - Göttingen - Fulda - Nürnberg angestrebt werden.

Ein seit Frühjahr 1939 verstärkter Volkstumskampf gegen die in Polen wohnende deutsche "Minderheit", die Mobilisierung der polnischen Truppen und die Ablehnung jeglicher Gespräche mit der Reichsregierung mit Kriegsdrohung am 26. März ergänzen das Stimmungsbild im Vorkriegs-Polen 1939.

Auch nur annähernd Vergleichbares gab es im nationalsozialistischen Deutschland nicht!

Historische Tatsachen Nr. 115 -- Wissenschaftliche Schriftenreihe --

ANTHONY SCHLINGEL

Fremdbestimmt und schuldbeladen

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ...,"

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Verfassungswidrig Regierende

"Also, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Verfassungswidrigkeit strafbar wäre, hätte man damals, als Sie die Regierungsverantwortung hatten, beim Gerichtsgefängnis in Karlsruhe einen großen Anbau errichten lassen müssen, damit alle hineingepaßt hätten, die damals hineingehörten."

Heiner Geißler (CDU) am 26.9.1991 im Bundestag

Replik von MdB **Vogel** (SPD):

*"Die Wahrheit ist, um bei Ihrem Gerichtsbeispiel zu bleiben, Herr Kollege **Geißler**, daß der CDU-Trakt in diesem Gefängnis inzwischen mehrfach überfüllt wäre, wenn Sie die Entscheidungen von Karlruhe berücksichtigen."*

Geißler:

"Sie würden doch heute noch im Loch sitzen!" 1) S. 72

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

entzieht dem deutschen Volk wesentliche Menschenrechte, indem es ein singuläres Schulddiktat, Meinungs- und wissenschaftliches Untersuchungsverbot verfügte

"Verurteilung wegen Leugnung des Holocaust

EMRK Art. 6, 9, 10, 14, 17, 35; Prot. Nr. 7 zur EMRK Art. 4

1. Die Rechtfertigung einer pro-nationalsozialistischen Politik genießt nicht den Schutz des Art.. 10 EMRK, ebenso wenig wie jede andere Äußerung gegen die Grundwerte der Konvention.

2. Es gibt eine Kategorie von historischen Tatsachen, darunter den Holocaust, deren Leugnung oder Tnfragestellung naçh Art. 17 EMRK nicht unter den Schutz von Art. 10 EMRK fällt."

Neue Juristische Wochenschrift, 51/2004, S. 3691.

"Wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie woanders hinziehen!"

So beantwortete die Frankfurter/M Stadtverordnete und integrationspolitische Sprecherin der Grünen, Frau **Dr. Narges Eskandari-Grünberg** am 5.11.2007 auf einer Bürgerversammlung einen Protest gegen 40% Ausländeranteil in der Stadt und den geplanten neuen Moscheebau.

Gemeinschaft deutscher Osten, Augsburg, Rundbrief Frühlingsausgabe, S. 12.

645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA
2011

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review Barnes Review
P.O. Box 243 Uckfield East Sussex TN 22 9AW, Great Britain

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser
Fax: 05733/4419

ISSN 0176 - 4144

INHALT

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Postfach 1643 D 32590 Vlotho/ Weser

Tel: 05733/2157; Fax: 05733/4419

Wissenschaftliche Schriftenreihe

von Dipl. Pol. Udo Walendy

Historische Tatsachen, je 40 Seiten, ill. = 5,-- €

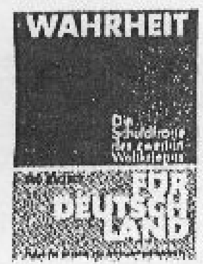
Nr. 1 Kriegs-, Verbrechens- oder Propagandaopfer? (in BRD vernichtet)
Nr. 2 Die Methoden der Umerziehung
Nr. 3 Der Nürnberger Prozeß (in der BRD vernichtet)
Nr. 4 Verrat an Osteuropa
Nr. 5 NS-Bewältigung
Nr. 6 Realitäten im Dritten Reich
Nr. 7 Der moderne Index
Nr. 8 Zum Untergang des Dritten Reiches
Nr. 9 Holocaust nun unterirdisch?
Nr. 10 Deutsch-israelische Fakten
Nr- 11 Deutsches Schicksal Westpreußen
Nr. 12 Das Recht, in dem wir leben
Nr. 13 Behörden contra Historiker
Nr. 14 Moskau 1940 kriegsentschlossen
Nr. 15 Kenntnismängel der Alliierten (in der BRD vernichtet)
Nr. 16 Einsatzgruppen im Verbande d. Heeres, I. Teil
Nr. 17 " " " " " , II. Teil
Nr. 18 A. Eichmann + die "Skelettsammlung"
Nr. 19 Die Einheit Deutschlands
Nr. 20 Die Schuldfrage des 1. Weltkrieges
Nr. 21 Strafsache wissenschaftliche Forschung
Nr. 22 Die alliierte Kriegspropaganda 1914 - 1918
Nr. 23 Zigeuner bewältigen ½ Million (in der BRD indiziert)
Nr. 24 Massentötungen oder Desinformation? (in der BRD indiziert)
Nr. 25 Macht + Prozesse = Wahrheit?
Nr. 25 a = Registerheft für die Nr. 1 - 25
Nr. 26 Transferabkommen im Boykottfieber 1933
Nr. 27 Empfohlene Vorbilder
Nr. 28 Polens imperialistischer Volkstumskampf 1919 - 1939
Nr. 29 Amtliche Lügen straffrei -- Bürgerzweifel kriminell
Nr. 30 Professorin geworden
Nr. 31 Die Befreiung von Auschwitz 1945
Nr. 32 Die Organisation Todt
Nr. 33 Der sowjetische Kommissionsbericht v. 7.5.1945
Nr. 34 Beschämende Sprüche -- Praxis der anderen
Nr. 35 Die Wannsee-Konferenz v. 20.1.1942
Nr. 36 Ein Prozeß, der Geschichte macht (in der BRD vernichtet)
Nr. 37 Siebzig Jahre Versailles
Nr. 38 Endlösung für Deutsche (in der BRD vernichtet)
Nr. 39 Zur Schuld am 2. Weltkrieg
Nr. 40 = 14 Tage zuvorgekommen
Nr. 41 US-amerikanische Konzentrationslager
Nr. 42 *"Andere beleidigt"* stimmt nicht
Nr. 43 Politkriminologie
Nr. 44 Der Fall Treblinka (in der BRD vernichtet)
Nr. 45 Lügen um Himmler -- I. Teil
Nr. 46 Korrespondenzschwindel im Ärzteprozeß 1945/1946
Nr. 47 Lügen um Himmler -- II. Teil
Nr. 48 Das verbrecherische System
Nr. 49 Dokumente, die manchen das Staunen lehren
Nr. 50 Wirbel um den Leuchter Bericht
Nr. 50 a Registerheft für die Nr. 26 - 50
Nr. 51 Babi Jar -- Die Schlucht mit 31.711 ermordeten Juden?
Nr. 52 Weitergehende Forschung (in der BRD vernichtet)
Nr. 53 Entstellte Geschichte (in der BRD vernichtet)
Nr. 54 Verteidigung oder internationale Aggression?
Nr. 55 Diffamierte Medizin im Dritten Reich
Nr. 56 Herrschaft im Namen des Volkes?
Nr. 57 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg I. Teil
Nr. 58 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg II. Teil
Nr. 59 Polens Umgang mit der historischen Wahrheit
Nr. 60 Naturwissenschaft ergänzt Geschichtsforschung
Nr. 61 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich I. Teil
Nr. 62 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich II. Teil } (in der BRD vernichtet)
Nr. 63 Immer neue Bildfälschungen I. Teil }
Nr. 64 Immer neue Bildfälschungen II. Teil (in der BRD vernichtet)
Nr. 65 Aspekte jüdischen Lebens im 3. Reich III. Teil
Nr. 66 Notwendige Forschungsanliegen (in der BRD vernichtet)
Nr. 67 Kriminalisierte Geschichtsforschung (in der BRD vernichtet)
Nr. 68 US-Amerikanische Kriegsverbrechen (in der BRD vernichtet)
Nr. 69 Ausgehebelte Grundrechte
Nr. 70 Israel = Vorkämpfer für die Zivilisation?
Nr. 71 Fakten zum Kriegsausbruch 1939
Nr. 72 Vorgeschriebene Einheitsmeinung I. Teil
Nr. 73 Vorgeschriebene Einheitsmeinung II. Teil
Nr. 74 Nicht zur Entscheidung angenommen
Nr. 75 Bemerkenswertes
Nr. 75 a Registerheft für die Nr. 51 - 75
Nr. 76 Viktor Brack in der "Kanzlei des Führers"
Nr. 77 "Vv"-Sträfling Walendy
Nr. 78 Vom US-Geheimdienst übernommen
Nr. 79 Präsident Woodrow Wilson
Nr. 80 Rechtsstaatliche und friedliebende USA?
Nr. 81 Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschl
Nr. 82 Prozeß 1924 -- Dokumentenfälschung 1945
Nr. 83 Ausländer im Dritten Reich
Nr. 84 Streiflichter zum Kriegsgeschehen 1939 - 1945
Nr. 85 Sudetendeutsche Passion
Nr. 86 Souveränität der uneingeschränkten Solidarität
Nr. 87 "Erkenntnisse" von Albert Speer
Nr. 88 Die Weimarer Republik im Visier der Globalisten
Nr. 89 Der vermutete "Röhm-Putsch"
Nr. 90 Neue Offenkundigkeiten
Nr. 91 Mauthausen-Klärung (in der BRD indiziert)
Nr. 92 Geschehen zum Kriegsende
Nr. 93 Vaterlandslos
Nr. 94 Tätervolk?
Nr. 95 Sowjetisch-jüdische Tätergemeinschaft?
Nr. 96 Geheimnisse um Heinrich Himmler
Nr. 97 Ein Volk, ein Reich
Nr.98 Internationale Rote Kreuz Akten
Nr. 99 "Dokumentierte" Geschichten
Nr. 100 Auswirkungen alliierter Kriegspropaganda
Nr. 100a Registerheft für die Nr. 76 - 100
Nr. 101 "Revision des Geschichtsbildes verboten"
Nr. 102 Obrigkeit im Clinch mit der Wahrheit
Nr. 103 Desinformationsagenten weiter aktiv
Nr. 104 Dokumentation zum Rußlandfeldzug
Nr. 105 Erzwungene Kriegsausweitung
Nr. 106 Es war nicht Rache, sondern Verbrechen
Nr. 107 Besatzer, Besetzte und Verbündete *"unterbelichtet"*
Nr. 108 Kein Völkerrecht, statt dessen Lügen für Deutschland
Nr. 109 Die Lebenslüge um Deutschland
Nr. 110 Ein "Demokrat" kann Welt-*"Krieg machen"*
Nr. 111 Die Akte Sobibor Teil I
Nr. 112 Die Akte Sobibor Teil II
Nr. 113 Institutsgeschichten -- "Opfergold"
Nr. 114 "Befreiungs"-Kriterien
Nr. 115 Fremdbestimmt und schuldbeladen
Nr, 115a Register für Nr. 101 - 115

Spezialeinbände

für Nr. 1 - 25 a; -- Nr. 26 - 50 a; -- Nr. 51 - 75 a; -- Nr. 76 - 100 = je 11,50 €. Aus postalischen Gründen muß mindestens 1 *HT*-Heft beiliegen, daher bei Einzelbestellung = 16,50 €.

Udo Walendy, **Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges**

495 Seiten, Dok., hist. Karten, Lit-Verz., Register, Ln. 25,-- Euro



Taschenbuch = 8,-- Euro. (z.Zt. ausverkauft)

Verbesserte und erweiterte Neuauflage der 1965-Ausgabe, die nach 15jähriger Forschungsarbeit unter Verwertung aller zugänglichen in- und ausländischen Quellen verööffentlicht worden war. Sie ist bis heute kaum ergänzungsbedürftig. 1979 wurde dieses Buch auf den Index für jugendgefährdende Schriften gesetzt, nach 15jährigem Prozeß vom Bundesverfassungsgericht wieder freigegeben, anschließend erneut auf den Index gesetzt, durch Gerichtsurteil vom 1.10.1996 vom ,Index wiederum freigesetzt. Bestes Urteil seitens der Behörden: es gibt kein Buch, das mit so vielen Details zusammengesetzt ist, die "weitgehend alle" richtig sind. Daß sie alle richtig sind, wagte man nicht zu schreiben.

Udo Walendy **Truth for Germany -- The Guilt Question of the Second World War** (englische Fassung) soft cover 16,50 EUR, hard cover = 24,-- Euro

Vérité pour l'Allemagne (französische Ausgabe), 2002, neu, 526 S., Ln. 24,-- Euro



Udo Walendy

Europa in Flammen 1939 - 1945

2 Bände, 448 + 449 S., Reg., Ln, je 16,50 Euro

Bd.I: Sachverständigen-Berichte von Nation Europa, Prof. Barnes, Generaladmiral Boehm, Arthur Ehrhardt, Prof. Friedrich Grimm, Hans Grimm, Erich Kern, Peter Kleist, Helmut Sündermann u.a.

Bd.II: Kurzgefaßte Analysen der wesentlichen historischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkrieges.

Demjenigen, der mit sauberer Geschichtsforschung Kontakt gehalten hat, wird ein Nachschlagewerk geboten, das in prägnanter Übersicht die wesentlichen politischen Entwicklungen des Zweiten Weltkrieges sowie die späteren Methoden der verlogenen Umerziehung mit Sach- und Personenregister für jede Diskussion beweiskräftig vorlegt.



Reinhard Pozorny

Wir suchten die Freiheit

404 S., ill., Reg. Ln., 16,50 EUR; Cov. 13,50 Euro

Dieses Buch ist ein Generalangriff gegen Lüge, Entstellung und Totschweigen, das nicht nur die Sudetendeutschen allein, sondern uns Deutsche, uns Europäer angeht. In seiner spannungsgeladenen Schreibweise zählt es zu den aktuellsten Werken eines Augenzeugen, das über den Schicksalsweg der sudetendeutschen Volksgruppe geschrieben worden ist. Es umfaßt den Zeitraum von 1918 bis in unsere Gegenwart mit einer Fülle vielfach vergessener Tatsachen.

Willi Krämer

Vom Stab Heß zu Dr. Goebbels

400 Seiten, ill. Reg., Ln. 16,50 Euro

Es gab im deutschen Herrschaftsbereich niemanden wie in England z.B. Sefton Delmer oder -- wie in der UdSSR -- zur Lüge verpflichtete Propagandisten, die im staatlichen Auftrag "von morgens bis abends Lügen über den Gegner zu fabrizieren" hatten. Es gab auch nicht einen jener Publizistik-Gewaltigen, die zwar nicht offiziell staatlich, aber dennoch mächtig genug waren, um auf Öffentlichkeit und Politik ihres Staates ständig in diesem Sinne Einfluß zu nehmen, wie u.a. in den USA. -- Rudolf Heß und Dr. Goebbels hatten ganz andere Sorgen!





Udo Walendy (Hrsg.)

Auschwitz im IG-Farben Prozeß

412 S. ill., Dok., Reg., US-Air-Force Fotos, Ln. 20,-- Euro; Cov. = 16,50 Euro

Als einer der großen Wirtschaftsprozesse, die die US-Besatzungsmacht nach 1945 gegen Deutschland führte, ist der IG-Farben Prozeß 1947/48 von besonderer historischer Bedeutung: Zum einen deswegen, weil die Anklage gegen dieses größte deutsche "Wirtschaftsimperium" restlos zusammengefallen ist, Rüstungsschrittmacher und Mitverschwörer für Aggression und Völkerversklavung gewesen zu sein. Zum anderen auf Grund der Tatsache, daß IG-Farben mitten im Krieg aus eigener Kraft in Auschwitz ein Großwerk mit über 30.000 Beschäftigten aus dem Boden gestampft hatte, -- ausgerechnet dort.

Erstmals in einem dieser großen Prozesse wird der Öffentlichkeit auch der Verteidigungsvortrag belegt.



Udo Walendy **Die Weltanschauung des Wissens** 5 Bände; Bd. 1= 286 S., Bd. 2 = 240 S., Bd.3 = 232 S. Bd. 4 = 240 S., Bd. 5 = 272 Seiten. -- illl., Ln, je 20,-- Euro, insg. = 80,-- Euro

Zwei Weltkriege, verwildertes Völkerrecht, unrealistische Ideologien, offene Fragen in Grundsatzbereichen der Naturwissenschaft kennzeichnen den "Intelligenzgrad" des "homo sapiens".

Die vorliegende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Weltanschauungen führt in neue Erkenntnisbereiche der Naturwissenschaft. Der Mensch ist im Rahmen der Natur ein Energiepotential, das auf Richtungsveränderungen strahlender Körper im All, vornehmlich der Planeten, reagiert. Präzise Forschungsanalysen von über 40.000 aktenkundlichen Schicksalsdaten zeigen den Weg auf zur Entdeckung bisher unbekannter Planeten. Die Biologie rückt immer stärker in den Bereich mikrophysikalischer Forschung: Von Anlage, Wille, Schicksal, Schlaf, geheimnisvoller Elektrizität im menschlichen Organismus, Gehirn und Nervensystem bis hin zur kosmischen Konstellationsvererbung wird ein Untersuchungsfeld erschlossen, das völlig neue Dimensionen eröffnet. Bd. IV befaßt sich ausschließlich mit den Schicksalssternen Adolf Hitlers.



Udo Walendy **Bild'dokumente' für die Geschichtsschreibung?** 80 S., 8,-- Euro

52 Bild"dokumente" angeblicher deutscher Greueltaten werden mit unwiderlegbarer Beweisführung als Fälschungen entlarvt. - **Auch in englischer und französischer Sprache lieferbar: Forged War Crimes malign the German Nation + Des documents photographiques historiques.**



Louis FitzGibbon

Das Grauen von Katyn -- Verbrechen ohne Beispiel

350 Seiten , Dok., Reg., Ln. 16,50 Euro; kart. 13,50 Euro

Dieses Buch ist dem Andenken an 14.500 polnische Offiziere gewidmet und dokumentiert, wie diese Offiziere nach Auflösung der sowjetischen Gefangenenlager Kosielsk, Starobielsk + Ostashkow im März - Mai 1940 spurlos verschwunden sind und eine internationale Großfahndung auslösten. 4.253 Leichen des Lagers Kosielsk wurden im Frühjahr 1943 im Wald von Katyn durch deutsche Truppen entdeckt und exhumiert.



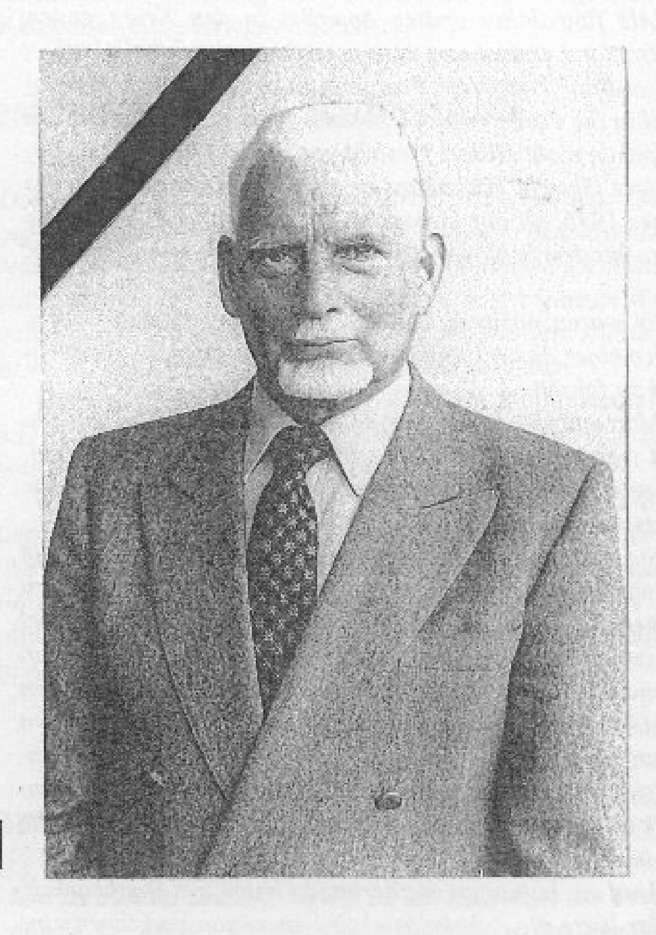
Hans-Georg Kemnitzer **Nitschewo -- Über Dornen Sibiriens zur Freiheit**

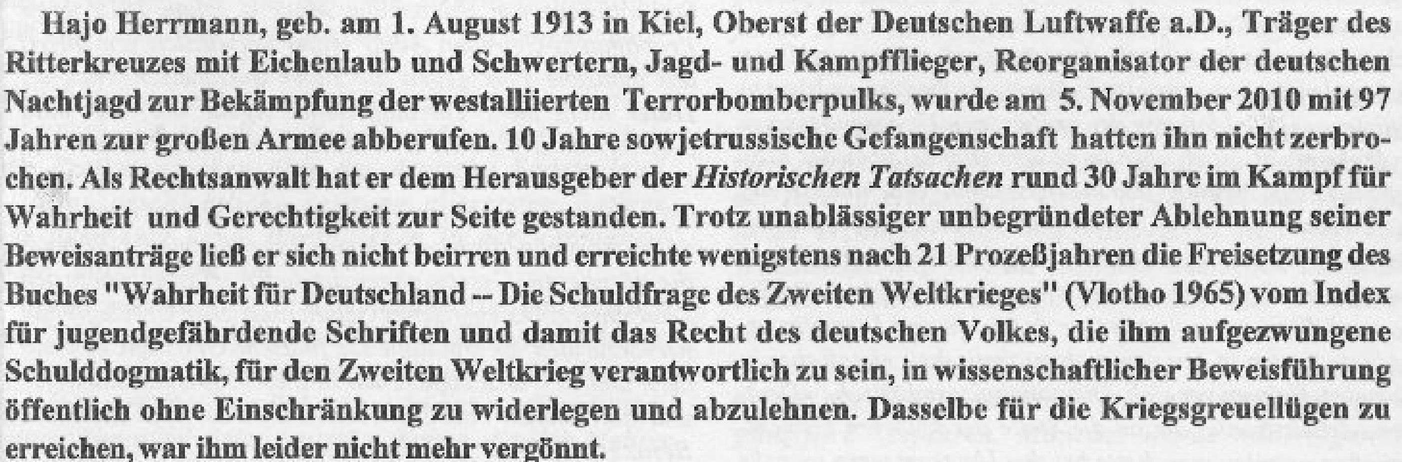
310 Seiten, Ln. = 10,- Euro

Dieser überaus packend und gekonnt geschriebene Bericht eines deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien vermittelt lebendige Zeitgeschichte, die jeden angeht. Ein Deutscher bäumt sich in der erzwungenen Abgestumpftheit gegenüber Zeit, Raum und Macht im riesigen sowjetrussischen Reich auf, im Nitschewo unterzugehen. Hans-Georg Kemnitzer ist es gegeben, dem deutschen Kriegsgefangenen in Rußland ein literarisches Denkmal zu setzen

Er kämpfte zeitlebens für die Rechte seines Volkes:
Zum Gedenken an Hajo Herrmann:







Hajo Herrmann, geb. am 1. August 1913 in Kiel, Oberst der Deutschen Luftwaffe a.D., Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub und Schwertern, Jagd- und Kampfflieger, Reorganisator der deutschen Nachtjagd zur Bekämpfung der westalliierten Terrorbomberpulks, wurde am 5. November 2010 mit 97 Jahren zur großen Armee abberufen. 10 Jahre sowjetrussische Gefangenschaft hatten ihn nicht zerbrochen. Als Rechtsanwalt hat er dem Herausgeber der *Historischen Tatsachen* rund 30 Jahre im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit zur Seite gestanden. Trotz unablässiger unbegründeter Ablehnung seiner Beweisanträge ließ er sich nicht beirren und erreichte wenigstens nach 21 Prozeßjahren die Freisetzung des Buches "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" (Vlotho 1965) vom Index für jugendgefährdende Schriften und damit das Recht des deutschen Volkes, die ihm aufgezwungene Schulddogmatik, für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich zu sein, in wissenschaftlicher Beweisführung öffentlich ohne Einschränkung zu widerlegen und abzulehnen. Dasselbe für die Kriegsgreuellügen zu erreichen, war ihm leider nicht mehr vergönnt.

In seinen Büchern "Bewegtes Leben -- Kampf- und Jagdflieger 1935 - 1945", Stuttgart 1986 und "Als die Jagd zu Ende war -- Mein Flug in die sow jetische Gefangenschaft", München 2003, "Supersoldiers -- Die Wehrmacht im Urteil ausländischer Experten", München 2008 sowie in den CD/DVD-Hörberichten über seinen Einsatz im Spanischen Bürgerkrieg und seinen Luftangriff auf den Hafen von Piräus 1941 bleibt Hajo Herrmann uns und den nachwachsenden Generationen des deutschen Volkes als Vorbild und Zeitzeuge einer herausragenden und äußerst tragischen Geschichtsepoche erhalten.

Sefton Delmer im Rückblick auf 1936

Als der große Lügner Deutschland einmal kurz fair beurteilte

*"Als fünf Jahre später Amerika in den Krieg gegen Deutschland eintrat und eine amerikanische Schallplatte -- eine ordinär klingende Posaunenmelodie mit dem Refrain »Full in the Führer's face« populär wurde, sah ich dabei in Gedanken nicht **Hitler**s Gesicht vor mir, sondern das nasse, empörte Gesicht **Hühnlein**s an diesem Oktobermorgen des Jahres 1936, als der hinter der Buchsbaumhecke versteckte Mann mit dem Schlauch den Herrn Korpsführer naß spritzte.*

*Es waren mehrere Gründe, die mich bewogen hatten, nach meiner Ausweisung aus **Franco**-Spanien nach Deutschland zu fahren. ...*

*Man mag heute darüber sagen, was man will, Deutschland war im Jahre 1936 ein blühendes, glückliches Land. Auf seinem Antlitz lag das Strahlen einer Verliebten und die Deutschen waren verliebt -- verliebt in **Hitler**.*

Sie beteten seine feste, rücksichtslose Herrschaft an. Sie gerieten in Verzückung, wenn er ihnen sagte, was sie zu denken, wen sie zu hassen und wann sie zu jubeln hatten. Bei diesem Führer, der für sie mit markigen, harten Streichen des neu geschärften teutonischen Schwerts den gordischen Knoten der internationalen Probleme entzwei hieb, konnten sie ungehindert in Orgien des Konformismus und der Gesinnungstüchtigkeit schwelgen, ohne auch nur einen Augenblick im Zweifel zu sein, welches nun eigentlich die »rechte Gesinnung« sei.

*Und sie hatten auch allerhand Grund zur Dankbarkeit. **Hitler** hatte die Arbeitslosigkeit bezwungen und ihnen eine neue wirtschaftliche Blüte gebracht. Er hatte seinen Deutschen ein neues Bewußtsein ihrer nationalen Kraft und ihrer nationalen Aufgabe vermittelt. Durch die Straßen stolzierten Offiziere und Soldaten in der graugrünen Uniform der neuen Wehrmacht. Hoch oben im blauen Himmel über der Elbe schwirrten die **Heinkel**- und **Messerschmitt**-Maschinen. Wenn die Arbeiter in ihren blauen Arbeitskitteln, die Emaille-Kaffeekanne über der Schulter, auf ihrem Rad in die Fabrik fuhren, leuchteten ihre Gesichter vor Zufriedenheit. Sie hatten billige, mit militärischer Präzision und Disziplin geordnete Ferien in den nationalsozialistischen »Kraft-durch-Freude«-Heimen vor sich. Die nationalsozialistische »Deutsche Arbeitsfront«, die an die Stelle der früheren Gewerkschaften getreten war, hatte bei den Unternehmern manche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für sie durchgesetzt -- wobei die Regierung mit sanftem Druck nachgeholfen hatte. Der alte Klassenkampf schien in **Hitler**s neuem 'klassenlosen Staat' verschwunden zu sein.*

*Sogar die Kinder wirkten gesünder, als ich sie je zuvor gesehen hatte. Die straffe Ordnung der **Hitler**-Jugend schien ihnen gut zu bekommen. Und sie alle, die Kinder wie die Erwachsenen, waren stolz auf die kleinen Aufgaben, die Titel und Ämter, die **Hitler** ihnen gegeben hatte, auf das kleine bißchen Autorität über ihresgleichen."*

Selbst dieser kurze Ausflug in eine normale Beurteilung gelang diesem Mann nicht ohne unangebrachte polemische Zwischentöne. Die von **Adolf Hitler** vorgefundene politische Ausgangslage -- Bürgerkriegsverhältnisse, Wirtschafts- und Arbeitslosenchaos, Landraub und Erpressungsdruck der Versailler Siegermächte, weltrevolutionäre Zielsetzung und Kampfmethoden Sowjetrußlands -- blieb gänzlich unerwähnt. Und dies auch im Folgenden. Hier scheut sich **Sefton Delmer** nicht, deutsche Generäle bereits im Jahr der deutschen Niederlage und Wehrlosigkeit -- 1919 -- mit Kriegswillen und -Vorbereitung zu beschuldigen und dann auch sogleich dem mit ungeheueren Problemen belasteten neuen Reichskanzler als einzig maßgebendes Zielstreben Hetze gegen die Juden sowie Kriegs- und Eroberungswillen zu unterstellen. Bei seinem Sprung in die neuen Schuldanklagen wirft er alle historischen Zusammenhänge über Bord und verfälscht skrupellos Ursachen, Motive und Tatsachen, bedient sich also der Mittel, die kennzeichnend für die Methoden der Aufhetzung sind:

*"Doch hinter alledem lauerte drohend die Vorbereitung für den Krieg, jenen Krieg, im Hinblick auf den die Generäle schon seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands ihre industriellen und militärischen Maßnahmen getroffen hatten. Und im Gedanken an diesen Krieg hatten sie -- durch Stabsoffiziere wie Hauptmann **Mayr** -- schon 1919 ihren Propaganda-Gefreiten **Adolf Hitler** vorsätzlich ermuntert, das deutsche Volk gegen die Juden aufzuhetzen. Nun, da **Hitler** nicht mehr ein inoffizieller Agent war, den man jederzeit desavouieren und abstoßen konnte, sondern der hochoffizielle Führer und Reichskanzler, hatte er mit dem, was von den Generälen möglicherweise als pures Propagandageschwafel gedacht war, bitteren Ernst gemacht. Er hatte die Nürnberger Gesetze gegen die Juden erlassen, um in den Deutschen ein kriegerisches Gefühl rassischer Überlegenheit hervorzurufen. Er ermutigte sie, jüdische Geschäfte zu plündern und sich anzueignen, um in diesem grundanständigen und moralischen Volk einen unmoralischen Appetit auf den Besitz seiner Nachbarn zu erwecken.*

Er schulte sie für den glorreichen Annexions-, Expansions- und Beutekrieg, der nun kommen sollte." [2]

Die "Judea-declares-War-on-Germany"-Kriegserklärung vom 24. März 1933 [3] kannte **Sefton Delmer** natürlich, doch verschweigt er sie. Er hat sie sich zu eigen gemacht, gehörte er doch zu diesen Glaubensbrüdern! Daß **Hitler**

1) Dr. Gerhard Frey (Hrsg.), "Wer? Wann? Was? -- Zitate entlarven Prominente", München 2008.

2) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 288 - 290.

3) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 39 S. 40 + Nr. 54 S. 40.

oder irgendjemand seitens der NSDAP niemals jemanden ermuntert habe, jüdische Geschäfte zu plündern und sich deren Hab und Gut anzueignen, wußte **Sefton Delmer** ebenfalls. Daß die Nürnberger Gesetze von 1935 ganz andere Zusammenhänge hatten, als die hier benannten, war **Sefton Delmer** auch klar. Viel gravierendere analoge Gesetze in Israel hat er mit keinem Wort je kritisiert. Er war wie seine Glaubensbrüder "heiliger Krieger" gegen Deutschland ohne jedweden Grund geworden! Und er verlangte alsbald von seinen Mitarbeitern jeden Skrupel beiseite zu lassen und sich "von morgens bis abends" aufs Lügen gegen Deutschland zu verlegen. Sein Buch ist voller Bekenntnisse dieser Art. **Dr. Josef Goebbels** war für ihn ein *"Propagandazwerg"*.[2) S. 497]

Er erfüllte eindeutig die von den Alliierten aufgestellten Kategorien eines Kriegsverbrechers.

Offene Worte eines Bundeskanzlers im Ruhestand

Helmut Schmidt hat dem US-jüdischen Historiker **Fritz Stern** rückblickend auf das Dritte Reich eine Reihe klarer Aussagen gemacht, die im Buch "Unser Jahrhundert" (**C.H. Beck** Verlag) wiedergegeben sind. Sie hätten ausführlicher sein und auch andere Bereiche der NS-Innen- sowie Außenpolitik erfassen sollen.

Doch wußte auch Bundeskanzler a.D. **Schmidt**, daß normalerweise schon das Geäußerte *"den öffentlichen Frieden stören"* kann, *"Ob er gestört wird oder nicht, darauf kommt es nicht an"* -- laut BRD-Justiz. So mußte auch er vorsichtig bleiben. Dennoch:

*"**Hitler** und sein Wirtschaftsminister **Hjalmar Schacht** haben eine unglaublich erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben. Dieser Erfolg war ein wichtiger Faktor gewesen. **Schacht** war einer der erfolgreichsten Ökonomen, die Deutschland je gesehen hat. Die Arbeitslosigkeit war 1936 auf Null, und vorher hatten wir 6 Millionen Arbeitslose. Die Nazis haben von 1933 bis 1936 ein ökonomisches Kunststück vollbracht, das sonst niemandem in der ganzen Welt gelungen ist. Wäre **Hitler** 1936 erschossen worden, würde er heute als Held der Wirtschaftsgeschichte dastehen."*

Helmut Schmidt bestätigt dies als Bundeskanzler a.D. aus eigener Erfahrung. Während seiner Amtszeit war dergleichen nicht zu hören.

Übrigens: **Angela Merkel**s dem deutschen Volk zudiktierte *"Verantwortung für die Sicherheit Israels"* sei ,"schwer übertrieben", denn *"Deutschland habe keine Verantwortung für Israel"*. Diese dem deutschen Volk aufgeschwatzte Verpflichtung ist also nicht "übertrieben", sondern grundsätzlich in Abrede zu stellen![4)]

"Nazi-Gegner" Kurt Schuschnigg

Österreichs Bundeskanzler **Kurt Schuschnigg**, der seine Amtszeit so verstand, wie er sein drittes Buch betitelte: "Im Kampf gegen **Hitler**", hat eingestanden, daß er gegen den Volkswillen regiert hatte, und **Adolf Hitler** gewaltige berechtigte Erfolge errungen hat:

"Während ich diese Zeilen niederschreibe, jubeln die Freiheitsglocken über das deutsche Sudetenland.

Eine geschichtliche Leistung allerersten Ranges, die überhaupt kaum ihresgleichen in der Vergangenheit aufzuweisen hat.

Man möchte sich zum Nationalsozialismus stellen wie immer, die Erfolge sind seine lautesten Künder, sie wurden zu unleugbaren Apologeten für ihn und seinen Begründer. Der Führer hat Anrecht auf den historischen Ehrentitel vieler deutscher Kaiser, die sich Mehrer des Reiches nannten.

Es kam der 10. April 1938, der Tag der Volksabstimmung (über den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich). In meiner Wohnung interniert, verfolgte ich das Geschehen mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln, zumal durch das Radio. Ich habe daher auch manche ausländischen Kommentare vernommen. Hierzu ist nur eines zu sagen: An einem Ergebnis von nahezu 100% herunterhandeln zu wollen, ist absolut sinnlos. Gewiß ist die Intensität der Propaganda, die Macht der gegebenen Tatsachen, das Abschließende eines einmaligen Ereignisses, die straff autoritäre Führung, wie wir sie in Österreich früher nicht kannten — gewiß ist dies alles eine gewaltige Komponente, die zur Erfolgschance beiträgt. Aber dies alles zusammengenommen reicht nicht aus, um einen derart eindeutigen Sieg der Idee zu erklären. In dieser Größe läßt sich ein Sieg weder erzwingen noch organisieren. ... Hier liegt eine Willensäußerung vor, die niemand übersehen kann, die einfach Tatsachen bezeugt, die jenseits aller Diskussion sind.

Ich hatte nicht die Möglichkeit zur Wahlurne zu gehen; die Wahlpropaganda war mit mir gewiß nicht glimpflich verfahren. Manches wurde mir vorgeworfen, auf das ich sehr wohl antworten konnte, wenn mir hierzu Gelegenheit gegeben worden wäre.

Dennoch: Hätte ich abstimmen dürfen, ich hätte selbstredend den Ja-Zettel in die Urne geworfen." [5) S. 11]

---

4) *Zuerst*, Deutsches Nachrichtenmagazin 8/2010, S. 36.
5) Kurt Schuschnigg, "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot", Blatt 23, vgl. Helmut Sündermann, "Wie deutsch ist Österreich?", Leoni am Starnberger See 1970, S. 11.

Diplomatische Akten über Juden in Polen

Die polnische Führung hat seit 1919 ihre jüdische Minderheit ähnlich rigoros behandelt wie die deutsche und ukrainische. US-Historiker **David Hoggan** hat auf einige diesbezügliche Sachverhalte hingewiesen.[6]

Während nach der Machtübernahme **Adolf Hitlers** am 30. Januar 1933 trotz massiver jüdischer Auslandshetze "Tausende" voreilig emigrierte Juden wieder nach Deutschland zurückgekehrt waren und mit staatlicher Förderung bis November 1938 = 170.000 deutsche Juden unter weitgehender Mitnahme ihrer Vermögenswerte vorwiegend nach Palästina ausgewandert sind, hatten zur gleichen Zeit unter schlechteren Bedingungen 575.000 Juden Polen für immer verlassen.[7]

Premierminister **Slawoj-Skladkowski** begründete 1937 in einer Unterredung mit Völkerbundskommissar **Carl J. Burckhardt** in Warschau die Vorbehalte gegenüber den Juden mit deren für Polen unzuverlässiger Loyalität.

"60% aller polnischen Juden seien Kommunisten und 90% aller polnischen Kommunisten seien Juden."

So kümmerte sich in jenem Jahr eine polnische Sonderkomission unter Major **Michal Lepecki** in Madagaskar um die Möglichkeiten, polnische Juden zur Ansiedlung in der reichen, aber dünn besiedelten französischen Kolonie zu sondieren.[156]

Der polnische Botschafter in Washington, **Jerzy Potokki**, hat im März 1938 dem US-Unterstaatssekretär **Sumner Welles** den Wunsch seiner Regierung für eine verstärkte Auswanderung der in Polen lebenden Juden dargelegt.

*"**Welles** sagte zu, bei der Ansiedlung polnischer Juden in Südamerika behilflich zu sein, vor allem im reichen Venezuela."*

*"Der amerikanische Botschafter **Anthony D. Biddle** berichtete am 28.März 1938 aus Warschau, daß viele polnische Juden einen neuen europäischen Krieg begrüßen würden. Die Zerstörung des neuen polnischen Staates würde unter Umständen die Verhältnisse für die Juden bessern, und viele von ihnen hielten die Sowjetunion im Vergleich zu Polen für ein wahres Paradies. **Biddle** fügte hinzu, die Lebensbedingungen für die Juden in Polen würden ständig ungünstiger, infolgedessen nahm natürlich auch die Illoyalität der Juden gegenüber Polen zu.*

***Biddle** erklärte, jüdische wie auch polnische Führer setzten sich für ein Höchstmaß jüdischer Auswanderung ein, wenn beide es auch aus verschiedenen Gründen taten. Man hatte die Juden einer finanziellen Panikmache während der polnisch-litauischen Krise im März 1938 bezichtigt. In jenen Tagen hatte ein auffälliger Sturm auf Banken und Sparkassen eingesetzt."* [6) S. 207]

Im März 1938 stimmte der Sejm einer Gesetzesvorlage zu, die das Essen von koscherem Fleisch verbot. Da jedoch 2,5 Millionen Juden in Polen solches zu verzehren pflegten und sich kaum auf vegetarische Ernährung umdirigieren ließen, verhinderte die Regierung ihre Inkraftsetzung.

"Diese extreme gesetzliche Regelung war ein deutliches Anzeichen für den Judenhaß der Polen." [8]

Im selben Monat März 1938 hatte der Sejm ein weiteres Gesetz verabschiedet, das Polen die Staatsbürgerschaft entzog, die 5 Jahre lang sich in ihrer Heimat nicht mehr aufgehalten haben. Die Regierung hat die Inkraftsetzung dieses Gesetzes bis nach Ende der Tschechenkrise hinausgezögert, dann aber mit Erlaß vom 15. Oktober 1938 in Kraft gesetzt und auf den 29. Oktober 1938 terminiert.[9) S. 40]

Die polnische Regierung war entschlossen, mit Hilfe ihres Erlasses von Deutschland zur Grenze beförderten polnischen Juden, die seit Jahren in Deutschland lebten, zwecks Abstempelung ihrer Pässe, damit sie nicht staatenlos würden, gewaltsam Grenzübertritt und Paßstempelung zu verweigern. Die Bemühungen des Deutschen Auswärtigen Amtes zur Aufhebung des polnischen Erlasses waren erfolglos.

Als deutscherseits versucht wurde, die an die Grenze beförderten polnischen Juden über "die grüne Grenze" zu schicken, schaffte Polen kleinere Gruppen von Juden mit deutschem Paß ins Reich und erließ am 30. Oktober eine Verfügung zur Austreibung von Volksdeutschen aus Posen/Westpreußen entsprechend der Zahl hereingeschleuster Juden. Angesichts dieser auf Eskalation der deutsch-polnischen Beziehungen angelegten Haltung brach **Hitler** das Bemühen ab, den in Deutschland lebenden polnischen Juden deren Staatsbürgerschaft zu erhalten.

"Die polnischen Juden, die am Nachmittag des 29. Oktober an der Grenze ankamen, wurden an ihre Wohnorte in Deutschland zurückgeführt." [6) S. 210]

Die polnischen Konsulate in Deutschland durften mit Sonderstempeln nur Pässe polnischer Staatsbürger mit nicht-jüdischer Abstammung freistempeln.[6) S. 209]

Ziel der polnischen Regierung war eindeutig,

"einen Teil seiner jüdischen Minderheit auf Kosten Deutschlands loszuwerden.",[158) S. 220 - 236]

Biddle teilte am.29. März 1939 seiner Regierung mit, der polnische Sejm erlasse eine Vielzahl neuer antijüdischer Gesetze. So wolle man den Anteil jüdischer Rechtsanwälte von 53% auf 8% des jüdischen Bevölkerungsanteils reduzieren. Diese Art Gesetze habe die Regierung gefordert, doch bestehe die Gefahr eines Durcheinanders.

In der Tat, die vorbehaltlose Garantie Großbritanniens an Polen in diesem Monat regte Polen noch zu einer Vielzahl weitaus gefährlicherer Maßnahmen an und sollte dieses Volk in den Krieg mit Deutschland treiben.

---

6) David Hoggan, "Der erzwungene Krieg", Tübingen 1961, Grabert Verlag, S. 207.

7) John Simon, "Retrospect", London 1952, S. 202 f.

8) ***London Times***, 3.10.1938.

9) Visc Norwich, "Old Forget", London 1943.

Dipl. Pol. Udo Walendy

Der Wandel des Völkerrechtes im vergangenen Jahrhundert

Das Völkerrecht ist kein einheitlich kodifiziertes Recht, sondern es setzt sich zusammen aus einer Vielzahl von internationalen Verträgen, die normalerweise auf der Respektierung anderer Länder und Völker aufbaut und diese Gleichberechtigung garantieren oder festschreiben. Was nicht hinderte, daß man sich in all den vergangenen Jahrhunderten über diese internationalen Verpflichtungen hinweggesetzt hat, um Kolonialreiche aufzubauen, Menschen zu unterdrücken, Völker auszurotten.

In Europa hatte sich allmählich doch die Meinung stabilisiert, daß selbst bei Kriegen internationale Regeln einzuhalten seien, sowohl in Bezug auf die Kriegführung als auch auf die Kriegsziele. Man hat das gegnerische Territorium geachtet, die Menschen und ihre Eigenheiten respektiert. Man hat politische Veränderungen zwar durchgeführt, aber immerhin noch Grundlagen erhalten, die das Leben von Staatsvölkern auf die Dauer stabilisiert haben.

In dem Zusammenleben der Völker hat sich das Deutsche Reich seinerzeit als absolut gleichberechtigter Staat erwiesen, der anerkannt war in seinen Grenzen, in seiner wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit, sogar in seiner internationalen Vermittlerrolle und der Fähigkeit, den Frieden zu erhalten.

Ich kann heute nicht auf die Einzelheiten eingehen, die zum Ersten Weltkrieg führten oder auch die zum Zweiten Weltkrieg später führten. Das ist alles im Prinzip nachzulesen in meinen Schriften oder auch in anderen Werken. Ich kann nur feststellen, daß sich die Großmächte bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedenfalls nicht an die internationalen Verpflichtungen gehalten haben. Aber man kann vielleicht beim Ersten Weltkrieg noch in Rechnung stellen, daß die Völker damals in eine politische und kriegerische Entwicklung hineingeschlittert sind, die sie gar nicht überblickt haben, die sie nicht mit der Konsequenz gewollt haben, wie dies beim Zweiten Weltkrieg eindeutig nachzuweisen ist.

Aber eines kann man feststellen, das grundlegend geblieben ist: Der Friedensschluß von Versailles hat das Völkerrecht bis heute weitgehend verwildert. In diesem Frieden von Versailles wurde festgeschrieben, daß das Völkerrecht im Prinzip in den Papierkorb zu werfen sei, daß nur das als Völkerrecht gelte, was die Siegermächte in einem multinationalen Vertrag miteinander selbst bestimmten und anschließend den von ihnen gegründeten Völkerbund veranlaßten, ihren Willen als den einzig rechtsgültigen zu akzeptieren.

Dabei war dieser als europäisches Gesetz anzusehende Versailler Frieden im Prinzip kein Friede, sondern ein rachsüchtiger Völkervernichtungsakt. Sogar Konferenzdelegationen der Alliierten selbst betrachteten ihre Machenschaften in Versailles als Waffenstillstand, um mit dessen Bestimmungen nach und nach Deutschland als unabhängigen politischen Faktor in Europa gänzlich auszuschalten und dort die Macht zu ergreifen.

Der amerikanische Präsident **Woodrow Wilson**, hat damals eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie wissen, daß diese schon mit seinem Regierungsantritt 1912 anfing, wie er das amerikanische Währungssystem faktisch aus der Hand des Staates gab und mit dem Währungsreformgesetz der Federal Reserve Bank übertrug. Diese privaten Leute haben dann aber weitgehend die politische Führung in den USA übernommen und den Präsidenten **Wilson** für ihre Ziele eingespannt. Es ist bezeichnend, daß jener ziemlich willenlose **Woodrow Wilson** nach Versailles mit 137 jüdischen Beratern gereist ist, die ihrerseits in Versailles mit ihren international verzahnten britischen und französischen Organisationen die "Friedens"-Bedingungen absprachen und festlegten. Diese waren so konzipiert, daß sie zu einer weiteren Kriegführung gegen Deutschland ausgebaut werden sollten bzw. konnten. Hierfür dienten nicht nur maßlose Reparationen, sondern auch neue Grenzveränderungen gegen den Willen der Völker, ausländische Kontrollgremien, gezielte Immigration, Inflationspolitik, Übernahme von Wirtschafts- und Publikationsbereichen.

Damit wurde ein wesentliches Friedensversprechen des amerikanischen Präsidenten **Wilson** gebrochen, hatte dieser doch 1918 den Waffenstillstand mit Deutschland auf Grund seiner sogenannten 14 **Wilson**schen Punkte erreicht, die eine Unveränderbarkeit der Grenzen sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker garantierten. Diese Waffenstillstandsbestimmungen wurden überhaupt nicht eingehalten. Statt dessen verfügten die alliierten Siegermächte die alleinige deutsche Kriegsschuld und leiteten daraus ihre völkerrechtswidrigen Bedingungen ab, die selbst Männer wie **Walter Rathenau** und **Gustav Stresemann** als "Völkermord" bezeichneten und einen zukünftigen Krieg als Konsequenz erkannten. Die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde nicht in bezug auf einzelne Ursprungskriterien untersucht, sondern kurzerhand zum historischen Tatbestand erklärt.

Nur das erkannten die Sieger als Recht an, was sie als Recht bezeichneten.

So veränderten sie im Namen des "Rechts" Grenzen, verfügten Millionen Menschen unter fremdvölki-

sche Herrschaft, duldeten den Raub Posen-Westpreußens durch Polen entgegen den Versailler Bestimmungen sowie den Volkstumskampf der Tschechen und Polen gegen die ihnen unterstellten Volksdeutschen. Auch brachen sie ihre Abrüstungsversprechen. Der von ihnen begründete und beherrschte Völkerbund als neues Vertretungsorgan für die Wahrung des Völkerrechts sorgte für die Einhaltung dieser "Versailler Rechtsordnung".

Bezeichnend ist, daß bis 1933 von den über 2 Millionen Volksdeutschen eine Million schon vertrieben war, bevor **Adolf Hitler** in Deutschland die politische Macht übernommen hatte. Man hat sich später daran gewöhnt, alle völkischen Gegensätze **Adolf Hitler** in die Schuhe zu schieben. Doch das ist dummes Zeug. **Hitler** ist erst wegen vorhanden gewesenen Gegensätzen mit Zustimmung des deutschen Volkes Reichskanzler geworden!

So ist **Adolf Hitler** nicht verantwortlich für die kommunistische Revolution ihre Ideologie, ihre Grundsätze und Weltherrschaftszielsetzung. Diese wurde völlig unabhängig von Deutschland oder der deutschen Politik 1917 in Rußland konzipiert und ausgedehnt auf alle europäischen, ja auf alle Weltvölker, denen der sogenannte weltrevolutionäre Krieg erklärt worden war.

Die Bolschewisten haben sich nie an Völkerrecht gehalten. Sie hatten nur das Bestreben, ihre eigene Ideologie machtpolitisch durchzusetzen und zwar mit den brutalsten revolutionären Mitteln. So waren sie es, die Deutschland ab 1919 bürgerkriegsähnliche Verhältnisse aufzwangen, zu einer Zeit, als **Adolf Hitler** noch als verwundeter Soldat im Lazarett in Pasewalk lag.

Deutschland hatte sich gegen diese Kampfmethoden zu wehren. Ursache und Wirkung dürfen nicht vertauscht werden! **Adolf Hitler** entwickelte wirksame Gegenwehr mit demokratischen und sozialen Grundsätzen, die mit den bolschewistischen Enteignungs-, Entrechtungs- und Mord-Prinzipien nicht vergleichbar waren. Seine Friedensleistungen sind weltweit bewundert worden. Auch sei erinnernswert, daß ganz anders als die Machtverhältnisse im Bolschewismus zustande kamen, alle Führungskräfte der NSDAP mit Zustimmung der Basis bzw. mittels freier Wahlen in ihre Positionen aufgerückt waren.

Der Hinweis, Maßstab für Humanität und zivilisiertes Verhalten sei die Organisationsform der Demokratie, und allein aus diesem Grunde seien Großbritannien, Frankreich und die USA "im Recht", ist grundsätzlich abwegig. Gerade die "Demokratie" hat Männer an die Macht gebracht, die -- wie z.B. **F.D. Roosevelt** und **Winston Churchill** -- ihre Völker auf das Gröbste belogen und betrogen haben. Im übrigen war das Deutsche Kaiserreich, ähnlich wie England, eine konstitutionelle Demokratie, in der die Macht des Kaisers durch die Rechte des gewählten Reichstags beschränkt war. Historische Verwurzelungen nationaler Traditionen sind nun einmal unterschiedlich. Hieraus sind weder Rechte abzuleiten, noch Schuldzuweisungen berechtigt. Es gilt das Verhalten der jeweiligen Führungskräfte zu beurteilen und im internationalen Zusammenhang zu bewerten.

Also Vorwürfe, die alles auf die innergesellschaftliche Ordnungsstruktur eines Staates abstellen, gehören ebenfalls zur unqualifizierten Propaganda und haben mit dem Völkerrecht nichts zu tun.

Unzweifelhaft hingegen ist, daß die Gestalter und dann auch die ersten Verletzer des Versailler Friedens sich zwar "Demokraten" nannten, aber dennoch -- gemessen an ihren vorherigen Versprechungen und den bisherigen Völkerrechtsgrundsätzen -- den Völkern Europas, besonders Deutschland, die übelsten Gewaltakte und Rechtsverwilderungen bescherten, von denen französische Staatsführer selbst sagten, daß diese zu einem neuen Krieg führen müßten.

Allein das Abfinden der Völkerbundsmächte mit dem nachträglichen Raub der deutschen Provinzen Posen-Westpreußen, aber auch der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland über die verfügte **Curzon**-Linie weit hinaus durch Polen hat rechtsbrecherische Maßnahmen als europäische Rechtsgrundlagen zusätzlich zum Versailler Unrecht sanktioniert!

Zu diesen außenpolitischen Rechtsverwilderungen kamen dann noch zum Nachteil Deutschlands die innenpolitischen Machtkämpfe und Machtverschiebungen mit Auswirkungen in den Parteien, der Wirtschaft und Presse, im Kulturbereich und den Besitzverhältnissen hinzu, die sich aus dem Machtstreben jener herleiteten, die in Ausnutzung der Ohnmacht des Reiches zugunsten fremder Einflüsse innerhalb Deutschlands tätig waren. **Adolf Hitler** vereitelte ihren Erfolg, stabilisierte das Land und sicherte in Überwindung des Klassenkampfes mit Hilfe der Volksgemeinschaft das in Frage gestellte Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk.

Flugs erklärten unter Ausnutzung demokratischer Rechte in England und den USA "Heilige Krieger" Deutschland den Krieg, und zwar bereits zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft ohne konkrete Begründung. Kein Staatsanwalt in London und Washington brachte diese Leute wegen "Volksverhetzung" hinter Gitter. Laut Völkerrecht ein zu verurteilender Zustand, doch der Völkerbund schwieg auch hierzu.

Hitler war es gelungen, alle in Deutschland agierenden Volkszersetzer auszuschalten. Er hatte ihr Spiel erkannt, wie man in einer Demokratie Machtverhältnisse usurpieren kann, indem Hintergrundkräfte aus dem In- oder Ausland ihre gleichgesinnten Leute in die einzelnen Parteien einschleusen und sie publizistisch unterstützen, damit sie leichter in deren Führungsgremien aufsteigen können. Auf diese Weise können derartige Strategen normalerweise alle Wahlen ruhig auf sich zukommen sehen -- stets werden ihre Leute als Sieger hervortreten. Und die Nichtgewähl-

ten stellen sich hinten wieder an, für das nächste Mal. Bei **Hitler** war das anders. Seine Partei konnte nicht unterwandert werden. Das war der große Unterschied, aber auch der besondere Ärger jener.

Deutschland stand jedenfalls 1933 oder auch schon vorher der Situation gegenüber, daß die alliierten Sieger von Versailles nicht nur ihre Rechtswidrigkeiten mit aller Konsequenz durchhalten wollten, und sei es schließlich auch mit Hilfe eines großen Krieges. Sie haben diese sogar in weitaus größeren und noch radikaleren Ausmaßen erzwungen. **Hitler** durfte ihren Vorstellungen nach nicht ein Unrecht nach dem anderen der Versailler Bedingungen mit friedlichen Mitteln revidieren. Das war ein klarer Ausspruch des britischen Außenministers Lord **Halifax**.

So haben die "Heiligen Krieger" und ihre Mitstreiter ihre Greuelpropaganda aus dem Ersten Weltkrieg wieder aufgewärmt, freilich mit neuen Varianten. Greuelpropaganda haben nicht einzelne Journalisten im Alleingang produziert: Sie wurde im Ersten Weltkrieg amtlich gegen Deutschland aufgezogen. Ihre Verantwortlichen haben sich um keine ethischen Prinzipien, natürlich auch nicht um das Völkerrecht gekümmert -- weder im Ersten Weltkrieg, noch danach. Ihr Wertmaßstab blieb ihre imperiale Zielsetzung. Diese Politik der westlichen Mächte ist leider unverändert nach dem Ersten Weltkrieg weitergeführt worden bis zum Zweiten Weltkrieg und wurde dann erst recht weiter ausgebaut. Sie hat auch die Weltpolitik der anderen Staaten nachdrücklich beeinflußt.

Die Ideologie und Praxis des Bolschewismus auf der anderen Seite war völlig unabhängig von der deutschen Politik ausgerichtet auf die Weltherrschaft und dies zu einer Zeit konzipiert und begonnen, als Deutschland wehrlos war und nur die Rolle eines besetzten Landes spielte, aber nicht eines "konterrevolutionären" Initiators. Das hat sich 1933 in etwa geändert, als **Hitler** es verstanden hat, sich gegen diese Eingriffe in innerdeutsche Angelegenheiten zur Wehr zu setzen und damit die Grundsätze eines normalen Völkerrechts für Deutschland wieder herzustellen. Das wurde auch von einsichtigen Leuten in Großbritannien und anderen Ländern nicht nur in Europa anerkannt.

Aber es wurde nicht anerkannt von einem Mann wie **F.D. Roosevelt** in den Vereinigten Staaten sowie von den Sowjets. Von **Roosevelt** muß man wissen, daß dieser Mann von Anfang an ausgewählt worden war, die Politik der "Heiligen Krieger" durchzuführen. **Roosevelt** hat, kaum war er Ende 1932 gewählt, gegenüber dem ehemaligen Reichskanzler **Heinrich Brüning** erklärt, *"ich werde Deutschland zermalmen"*.[9a] Warum wollte er schon im Dezember 1932 "Deutschland zermalmen"? Ist nicht eine solche Zielsetzung bereits *"ein Verbrechen gegen den Frieden"*, wie es im Nürnberger Siegertribunal 1945/1946 gegen Deutschland hieß? **F.D. Roosevelt** kümmerte sich grundsätzlich nicht um das Völkerrecht, sondern verfolgte imperiale Ziele jenseits des Atlantik und pazifischen Ozeans!

Er ließ die jüdischen Kriegserklärungen gegen Deutschland gewähren, von denen er wußte, daß sie nicht nur wirtschaftlichen Boykott zum Inhalt hatten, sondern die Existenzvernichtung Deutschlands, was zumindest die Ausschaltung des Reiches als souveränen politischen Faktor bedeutete.

Dies ergibt sich eindeutig aus dem Verhalten der jüdischen Reparationsverhandlungen mit den Alliierten, als sie eine Sonderrolle für sich mit der Begründung beanspruchten, als einizige "Nation" mit Deutschland bereits seit 1933 im Kriegszustand gewesen zu sein, freilich ohne zu berücksichtigen, daß sie uns den Krieg erklärt haben und nicht etwa Deutschland den Juden!

Die deutschen Juden hatten sich in Deutschland sehr wohl gefühlt. Sie lebten im Kaiserreich besser als in vielen anderen Ländern, das bestätigte sogar **Nahum Goldmann**, der langjährige Präsident des jüdischen Weltkongresses. Das haben die Auslandsjuden in den USA den deutschen Juden sehr übel genommen, daß sie mit Deutschland im Ersten Weltkrieg gemeinsam gekämpft hatten und auch keine Lust verspürten, nach Israel auszuwandern. So hatten die deutschen Juden 1933 ernsthaft und wiederholt gegen die "Heiligen Krieger", Greuelhetzer und Zionisten aus den USA und Großbritannien protestiert und sich von deren Treiben distanziert! Was hatten sich auch diese Leute in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen? Sie hatten dafür keinerlei völkerrechtliche Gründe, sondern sie hatten den demokratischen Willen des deutschen Volkes zu respektieren, wie auch die Deutschen jenen der amerikanischen Völker respektiert haben.

Vor allem in den USA wurde diese Politik der Greuelhetze gegen Deutschland ab 1933 verstärkt fortgesetzt und dann ausgedehnt auf angeblich deutsches Weltherrschaftsstreben, provozierende Rüstung, und deutschen Totalitarismus -- der sowjetische mit seinem millionenfachen Mordterror und wirklichem Weltherrschaftsstreben zur gleichen Zeit wurde entweder verschwiegen oder als fortschrittliche Leistung begrüßt. Mit solcher Pressepolemik rechtfertigte man in Washington, Paris und London die dortige Hochrüstung und Einkreisungspolitik gegen Deutschland in An-knüpfung an ihre Allianzen aus dem Ersten Weltkrieg. Die US-Diplomatie und insbesondere die vorbehaltlose Garantie der britischen Regierung an Polen unter Ausklammerung des Aggressors vom 31. März 1939 haben eine anti-deutsche Politik Polens provoziert.

Erst in den 70er oder 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts veröffentlichte der britische Geheimdienstchef **Stephenson**, daß England *"in schmutzigen Tricks*

9a) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 110, S. 34 f.

ausgebildete" Missionen nach Polen zwecks Forcierung des Volkstumskampfes gegen die volksdeutsche Minderheit übersandt habe. Auf diese Weise hat man verhindert, daß Polen -- wie "befürchtet" -- *"die deutsche Seite wählen"* könnte.

Es war hier eine bewußte Provokationspolitik in die Wege geleitet worden, in die sich später auch der britische Premier zwar eingeschaltet hat, aber von deren Anfängen und Einzelheiten er vielfach auch gar nichts gewußt haben mochte, weil vieles hinter seinem Rücken geschehen ist. Auch in London hat man sich 1939 nicht an das Völkerrecht gehalten, sondern "europäische Gleichgewichtspolitik" betrieben, wie **Churchill** dies in seinen Memoiren definiert hat. So hatten es die britischen Politiker seit über 300 Jahren gehalten: Es gab für sie keinen Unterschied zwischen dem deutschen Kaiserreich und dem Nationalsozialismus oder dem Imperium **Napoleons**. England hat sich stets nur nach den Machtverhältnissen ausgerichtet und nicht etwa nach irgendwelchen innergesellschaftlichen Organisationsstrukturen eines europäischen Festlandstaates.

Und ich habe auch kürzlich in einem Interview zur Kriegsschuldfrage ganz klar gesagt, daß der Zweite Weltkrieg von Deutschland nicht zu vermeiden war, weil dieser Kriegswille der anderen Mächte sich seinerzeit so stark durchgesetzt hatte. Es ging nicht um Recht, sondern um die Ausschaltung der Macht Deutschlands, weil es zu stark geworden war. Deshalb sei es zu vernichten. Das hat alles mit Völkerrecht überhaupt nichts zu tun. Die Imperialmächte haben sich über völkerrechtliche Bedingungen, wie sie im **Kellog**-Pakt oder welchen anderen Vereinbarungen auch immer festgelgt waren, hinweggesetzt. Die Methode von Versailles 1919 wurde beibehalten: Der Mächtige bestimmte, was Recht und somit Völkerrecht ist.

Was soll man schließlich von solchen Argumenten halten, wie sie z.B. **Churchill** während des Krieges in einem Brief an **Stalin** zum Ausdruck brachte? Er -- **Chuchill** --

"begrüße die Abtretung Ostpreußens an Rußland, weil russische Truppen während des Ersten Weltkrieges in Ostpreußen gekämpft hätten und daher der ostpreußische Boden mit russischem Blut getränkt sei."

An solchen Sprüchen, derer es viele gibt, zeigt sich besonders deutlich, wie skrupellos diese Alliierten mit dem Völkerrecht umgesprungen sind und jegliche Grundsätze von Demokratie und Humanität verachtet haben.

Bekanntlich hatte **Roosevelt** keine Vollmacht, Krieg zu erklären, aber er war stolz darauf, daß er dennoch in der Lage sei, "Kriege zu machen". Und er hat alles dafür eingesetzt, auch die Japaner in eine Situation hineinzuzwingen, die es ihnen nicht ermöglichte zu überleben. Er schnitt ihnen die Rohstoffbasen ab und weitete seine Stützpunkte im Pazifik aus.

So konnte er auch keine definitiven außenpolitischen Verträge abschließen, aber er umging das einfach, indem er nur Erklärungen abgab. So gab es dann am 14.8.1941 die Atlantik-Charta-Erklärung, im Januar 1943 die Casablanca-Erklärung mit der Forderung auf bedingungslose Kapitulation, später dann die Teheran-, Jalta- und Potsdam-Erklärungen. Ihre Inhalte sind nie mit den einheimischen "demokratischen" Gremien abgesprochen worden. So handelten **Roosevelt** und **Churchill** diktatorisch.

Die sogenannte Atlantik-Charta vom 14. August 1941 steuerte die USA direkt in den Krieg. **Roosevelt** und **Churchill** gaben unter Absingen des Chorals "Vorwärts christliche Soldaten" ein umfangreiches Programm für die Freiheit der Rede, die Freiheit der Meere, die Freiheit des Welthandels, die Gleichberechtigung der Völker bekannt und versprachen, keine Grenzveränderungen gegen den Willen der Völker zuzulassen usw.. Auch solle jedes Volk seine Regierung wählen, wie immer es wolle. Voraussetzung zur Durchsetzung dieser Forderungen war die zuvor erfolgte "Vernichtung des Faschismus" und der "diktatorischen Staaten", das heißt, nur jener Staaten, die **Roosevelt** und **Churchill** als solche bezeichneten. Die Sowjetunion fiel nicht darunter; sie wurde mit Rüstungsgütern aller Art aufgepäppelt. Deutschland, Italien und Japan waren gemeint. Im geheimen Zusatzabkommen hieß es,*"Für die Feinde gelten die verkündeten Grundsätze nicht."*[9b] Somit war alles Heuchelei und Betrug!

Hier spätestens ist die Kriegserklärung **Roosevelt**s an Deutschland anzusetzen.

Dabei war es **F.D. Roosevelt,** der schon im Juli 1939 dem ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten **Eduard Benesch** *"im kommenden Krieg, in den sich die USA einschalten würden"*, die Vertreibung der 3½ Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat zugesagt hatte. Zu diesem Zeitpunkt war ein Krieg in Europa noch gar nicht ausgebrochen. So war **Roosevelt** der erste der "großen Drei", der die Vertreibung der Ostdeutschen proklamiert hatte. Und ausgerechnet er hatte sich -- ganz abgesehen vom verbrecherischen Inhalt seiner "Zusage" -- als Amerikaner in derartige europäische Belange überhaupt nicht einzumischen!

Kaum hatte der Emigrant ohne Volksmandat die genannte Zusage von **Roosevelt** erhalten, wandte er sich an **Stalin**, um auch von ihm die Vertreibung der Sudetendeutschen befürworten zu lassen. Der Sowjetdiktator bestätigte ihm dies und unterwarf dafür das tschechische Volk dem Bolschewismus.

Die Atlantik-Charta diente nachfolgend als Grundlage für die Satzung der Vereinten Nationen, in der die geheimen Zusatzklauseln der Atlantik-Charta *"für die Feinde gelte das alles nicht"* mit den sogenannten "Feindstaatenklauseln" (Artikel 53 und 107) 1954 der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden. Seitdem soll das zum neuen "Völkerrecht" gehören.

Die Alliierten haben sich in den Feindstaatenklauseln bis heute das Recht vorbehalten, alle ihre Besatzungsrechte in Deutschland nach wie vor wieder zur

9b) Vgl. ***HT*** Nr. 19, S. 20 + Register "Atlantikcharta".

Geltung zu bringen. Es war aber nicht das einzige, was hier als völkerrechtlich verbindlich ausgegeben wurde. Auch alles das, was die Alliierten in ihren internationalen Verträgen unter sich oder in ihren verfügten Vereinbarungen mit dem besetzten Deutschland geregelt haben, betrachten sie als völkerrechtlich verbindlich.

Auf der Teheraner Konferenz hat beispielsweise der amerikanische Präsident den **Stalin** gefragt:

"Ja, wenn Sie jetzt weiter im Osten Europas vormarschieren, dann muß ich aber dem amerikanischen Volk sagen können, daß Sie in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien usw. Demokratien errichten werden."

Stalin hat ihn ausgelacht und ihm versichert:

"Selbstverständlich können Sie das dem amerikanischen Volk zusagen. Sie können ihm sogar mitteilen, wir werden noch demokratischer sein als Ihr in Amerika, denn wir werden dort sogar Volksdemokratien einführen."

Roosevelt war zufrieden mit seinem "Oncle Joe". Doch was ist eine "Volksdemokratie"? Sie ist eine Staatsform, für die der Sieger mehrere Parteien zuläßt und veranlaßt, daß sie sich alle "der "Mehrheitspartei" -- in diesem Fall den Kommunisten -- unterstellen. Mit anderen Worten eine bolschewistische Herrschaft unter Verwendung von Parteien, die nichts zu sagen haben. So wurde dies dann auch in ganz Osteuropa 1945 durchgeführt. In Westdeutschland lief das dann alles wesentlich raffinierter aufgezogen mit anderem Vorzeichen ebenfalls ab.

Man hat also das sogenannte Völkerrecht weiter ausgedehnt, indem man gefordert hat, man müsse Demokratien errichten. Allerdings haben die Imperialstaaten die machtpolitischen Möglichkeiten, verschiedene Parteien zu etablieren und sie zur Beantwortung der zentralane Lebensprobleme des Volkes auf eine Einheitsmeinung auszuruichten. Gesellschaftliche Machtgruppen, die sich nie zur Wahl stellen (Privatmonopole der Medien, Finanzhierrarchie und Wirtschaft vornehmlich) spielen hieibei eine beachtliche Rollle.

Insofern ist das Demokratiesystem kein einheitliches für alle Völker und keine Garantie für die Durdurchsetzung des , Volkswillens und Friedens.

Mit den Vereinbarungen in Potsdam im Augusst 1945 legten 3 diktatorisch handelnde Männer aus Moskau, London und Washington das Schicksal der europäischen Völker nach reinem Machtkalkül ohne die geringste Berücksichtigung völkerrechtlicher Grundsätze fest. Alles war ein Hohn auf die Demokratie, Humanität und internationales Recht!

Die deutschen Ostprovinzen wurden widerrechtlich Polen zur Verwaltung übergeben, doch in Wirklichkeit vertrieb man 15 Millionen Deutsche aus ihrer Jahrhunderte alten Heimat, brachte 3,28 Millionen von ihnen um und raubte das Land. Auch dies nannte man dann "Befreiung"!

Das alles haben "die großen Drei" Weltmächte veranlaßt und bis heute als "rechtens" deklariert! Man diktiert Volksbetrug, Volksvertreibung, Grenzveränderungen von geschichtlich größtem Ausmaß und erklärt das zum "Recht" und läßt das noch durch ein Nürnberger Militärtribunal von ihren eigenen Befehlen unterworfenen Richtern mit gefälschten Unterlagen, erpreßten "Geständnissen", verstärkter Greuelpropaganda gegen Deutschland, Besatzungsdirektiven und Umerziehungsrichtlinien in "deutsche Schuld" umfunktionieren.

Wir müssen wieder zu einem internationalen Recht und zu einem Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu einer wirklichen Demokratie und Ehrlichkeit in der Politik zurückfinden und damit auch die Greuelpropaganda der psychologischen Kriegführer zu Grabe tragen.

Der Begriff "Greuelpropaganda" ist nicht etwa eine Erfindung der Deutschen, sondern der britische Informationsminister **Brendan Bracken** hat sie ausdrücklich im Frühjahr 1944 noch einmal von seinen "Meinungsmachern" verstärkt zwecks *"Ablenkung der Welt-öffentlichkeit von den Verbrechen der Roten Armee in Osteuropa"* gefordert!

In London war man stolz darauf, daß sie "diese Kriegswaffe" im Ersten Weltkrieg gemeinsam mit Frankreich schon erfunden hatten.

Nur eine ehrliche Bilanz des historischen Geschehens vermittelt uns das Wissen, die Kraft und den Respekt, dem deutschen Volk wieder die Ehre zurückzugeben, die ihm gebührt, um zukünftige Konfliktsituationen in der Welt beheben zu können!

Wir werden die gegenwärtigen weltpolitischen Krisen nicht verhindern können, wenn wir nicht wieder zu einer wirklich stabilisierten internationalen Rechtsordnung zurückfinden und auch die Ehrlichkeit in der Politik wieder durchsetzen, sowohl was das Geschichtsbild als auch die innerpolitischen gesellschaftlichen Organisationsgrundlagen anbetrifft. Auch müssen wir dafür sorgen, daß alle alliierten Vorbehaltsrechte und innerdeutschen Rechtseingriffe aus der Besetzungszeit, angefangen vom Grundgesetz bis zum Überleitungsvertrag 1955 und Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 aufgehoben werden. Der § 130 StGB zur sogenannten "Volksverhetzung kraft Leugnung des Holocaust" gehört dazu. Gerade dieser macht das deutsche Volk verteidigungsunfähig gegenüber jeglichen Anklagen und daraus gefolgerten Rechtsansprüchen "Heiliger Krieger", die z.Zt. behaupten können, was immer sie wollen. Somit haben wir auch dafür zu sorgen, daß die innere Rechtsordnung unseres Staates wieder auf die Grundlagen eines souveränen Staates wie eines jeden anderen Staates zurückgeführt wird.

Ohne unseren deutschen Einsatz wird dieses Ziel nicht erreichbar werden.

Nicht vergilbte "Dokumentenpapiere" erweisen Fälschungen

Der "Große Wendig"[10] hat eine wichtige Entdeckung des sorgfältig recherchierenden deutschen Nachwuchshistorikers **Gerd Schulze-Rhonhof**, der schon durch sein Buch "Der Krieg, der viele Väter hatte" bekannt geworden ist, wiedergegeben: Dieser hatte sich nicht mit gedruckten Ausgaben der Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes begnügt, sondern prüfte die Originale in Archiven nach -- mehr als 50 Jahre später.

Erstaunliches stellte er fest: Mehrseitige normal harmlose Protokolle über diplomatische Unterredungen aus der Vorkriegszeit enthielten ausgerechnet mit ohnehin schon fragwürdigen Texten weiß gebliebene Papiere zwischen den ansonsten bereits beachtlich vergilbten übrigen Seiten.

Schulze-Rhonhof waren Drucktexte in "Dokumenten" aufgefallen, die weder zeit- noch lagegemäß stimmig waren und somit sinnwidrig erschienen. Die von ihm in den Archiven angeforderten Originalakten waren mindestens 60 oder 70 Jahre alt und *"bis ins Bräunliche vergilbt, da es sich damals um meist billiges Schreibmaschinenpapier handelte"*.

"In vielen Fällen war das Papier, auf dem die zweifelhaften Stellen standen, ein hellweißes Blatt. Manchmal stand oben auf der Seite »Abschrift«, manchmal fehlte der Vermerk. Es ist schon auffallend, daß hin und wieder ein einziges Blatt in mehrseitigen Dokumenten nicht dem Alterungszustand aller anderen Seiten entspricht."

Stets waren es die weißen Seiten, die unstimmige Fälschungstexte vermuten ließen.

"Die Akten, um die es geht, lagen bis 1956 zum Teil in den USA und zum Schluß alle in England. Als sie dann an Deutschland ausgehändigt worden sind, waren die Papiere gerade 20 Jahre alt, und der Alterungsprozeß der originalen, nicht ausgetauschten Blätter war offensichtlich noch nicht so weit fortgeschritten, daß ein Unterschied zu den ausgetauschten Papieren aufgefallen wäre."

So dürften auch deutsche Historiker, sofern sie unmittelbar nach Rückgabe dieser Dokumente durchgesehen haben sollten, durchaus noch getäuscht worden sein. Danach hat sich wohl niemand mehr für diese originalen Bestände interessiert, war es doch einfacher und opportun, sich der gedruckten und "amtlich abgesegneten" Publikationen zu bedienen. Die nach inzwischen weiteren 50 Jahren unterschiedliche Verwitterung des Papiers ist jedoch nicht mehr zu übersehen, und damit sind die Spuren der Fälscher offensichtlich geworden.

Zwei Beispiele:

1.)

10) Rolf Kosick + Olaf Rose (Hrs."Der Große Wendig -- Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", Tübingen, Grabert Verlag, Bd. I - IV, 2006 - 2010 hier: Bd. IV. S- 625 - 626.

Erntehelfer aus der Tschechoslowakei[11]

Die Originalakten über die Vorgänge im Sudetenland 1937 befinden sich im Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin. Zwischen anderen Berichten, Schriftstücken, befindet sich dort ein in Berlin am 3. März 1937 ausgefertigtes Schreiben, demzufolge der stellvertretende Parteivorsitzende der Sudetendeutschen Partei, **Karl-Hermann Frank** zum Reichsführer der SS **Heinrich Himmler** befohlen worden sei, um unverzüglich 25.000 sudetendeutsche "Knechte und 40.000 Mägde" als Arbeitskräfte nach Deutschland "umzusiedeln". Den Einwand **Franks**, die Tschechoslowakei sei ein souveräner Staat, und eine solche Umsiedlung deshalb nicht möglich, habe **Himmler** mit dem Hinweis zurückgewiesen:

"Die Sudetendeutschen kämen ja im übrigen in nicht allzu ferner Zeit sowieso zum Reich."

Abschließend wird der Reichsaußenminister um Stellungnahme ersucht.

Das Dokument enthält zahlreiche Absurditäten:

a) Reichsführer-SS **Himmler** hatte sich um derartige Angelegenheiten überhaupt nicht zu kümmern -- weder um Auslandsdeutsche, noch um deren Umsiedlung, noch um Arbeitseinsätze im Reich, noch um Landwirtschaft. Er besaß dafür keinerlei Kompetenzen!

b) Himmler hatte auch nicht den Reichsaußenminister hierzu zur Stellungnahme aufzufordern!

c) Der Stellvertretende Vorsitzende der Sudetendeutschen Partei war weder **Himmler** befehlsmäßig unterstellt, noch für Umsiedlungen von Sudetendeutschen zuständig. Das mußte **Himmler** zweifellos gewußt haben!

d) Die Worte *"Knechte und Mägde"* passen für den NS-Staat der Volksgemeinschaft, der als Klassifizierung von Arbeitern nur Volksgenossen kannte, grundsätzlich nicht.

e) Eine 1937 von reichsdeutscher Seite angeregte oder gar eingeleitete Umsiedlung von Sudetendeutschen ins Reich hätte der damaligen Außenpolitik widersprochen, da sie Preisgabe des Heimatrechts der Sudetendeutschen bedeutet hätte, die niemals zur Debatte stand.

f) Himmlers Entgegnung auf "**Frank**s Antwort", *"die Sudetendeutschen kämen sowieso in nicht allzu ferner Zeit zum Reich"*, konterkarierte seinen *"Umsiedlungsbefehl"* vollends.

g) Sachlich falsch ist schließlich, daß Deutschland im Frühjahr 1937 Landarbeiter aus dem Ausland benötigte, standen doch hierfür noch fast 63.000 eigene Landsleute zur Verfügung, Ende 1937 noch 34.000.[12]

Diesen "Satz **Himmlers**" hat der Fälscher offen-

11) Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Akte R 103654, Blatt 068. 2. Reichsarbeitsblatt Arbeitsministerium 1937, Teil II, Seite 141.

sichtlich zusätzlich in das Schreiben eingefügt, um einen "Aggressionsplan" gegen die Tschechoslowakei schon für März 1937 zu "dokumentieren". Dem Fälscher dürfte bekannt gewesen sein, daß das Auswärtige Amt tatsächlich im Frühsommer mit der Tschechoslowakei über 3.000 Saisonarbeiter verhandelt hatte. Doch **Himmler** hatte damit nichts zu tun.

Hätte es ein solches Schreiben wirklich gegeben, wäre **Himmler** 1937 wegen Mißbrauch seines Amtes unverzüglich seines Postens enthoben worden.

"Das fragliche Blatt ist schneeweiß und hat ein Wasserzeichen, das sonst nirgends in den Akten auftaucht.

Das Schreiben weist weder einen Kopf mit dem Verfasser noch eine Unterschrift auf. So ist seine Echtheit kaum zu überprüfen. Einige Zeilen des Textes sind von Hand rot unterstrichen, als wäre das Schreiben vom Empfänger gelesen und bearbeitet worden, doch die beim Lesen üblicherweise angebrachte Paraphe fehlt. Auch eine Antwort oder Stellungnahme des Ministers ist im Ordner nicht zu finden."

2.)

Görings Flugplatzwünsche in der Slowakei

In den Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes befindet sich ein angebliches "Original"-Dokument über die Unterredung des slowakischen Außenministers **Dr. Ferdinand Durcansky** mit Reichsaußenminister **Joachim v. Ribbentrop** und **Hermann Göring** in seiner Eigenschaft **als** Reichstagspräsident, Luftfahrtminister und Beauftragten für den Vierjahresplan am 19. Oktober 1938 in Berlin.

Das angebliche Protokoll der Unterredung mit **Göring** ist kurz. **Durcansky** war bemüht, Deutschlands Unterstützung für eine unabhängige Slowakei zu erhalten, **Göring** bekräftigte seine Erwartungen. Im Anschluß an diesen zweifellos richtigen Sachverhalt unterlegt die nachfolgende Notiz **Hermann Göring** ohne Zusammenhang quasi als Gegenleistung für diese guten Dienste Deutschlands den "Wunsch":

»Flughafenbasis in Slowakei für Luftwaffe im Einsatz gegen Osten sehr wichtig.«

Dieser ungewöhnliche Schlußsatz für die diplomatische Unterredung war zweifellos in das angebliche "Protokoll" hineingefälscht worden, um Deutschlands frühzeitige Kriegsorientierung gegen Polen und die Sowjetunion zu "belegen", gab es dafür bislang doch nichts vorzuweisen.

*"Die einschlägige Fachliteratur läßt vielmehr darauf schließen, daß sich **Göring** 1938 als Beauftragter des Vierjahresplans mit **Durcansky** ausschließlich über Wirtschaftsfragen unterhalten hat und daß er sich gedanklich erst recht spät mit einem Einsatz seiner Luftwaffe gegen die Sowjetunion befaßt hat.".*

Doch abgesehen vom Inhalt: Die in den Akten des Auswärtigen Amtes vorliegende "Gesprächsaufzeichnung" enthält weder Ort, noch Datum, noch Unterschrift, dafür aber den Vermerk *"Abschrift"*, der allerdings in der gedruckten Version fehlt -- ein unmöglicher Sachverhalt. Allein hiermit ist Fälschung und historische Wertlosigkeit des Inhalts belegt! Um die Beweislage unmißverständlich zu klären:

"Das Papier ist hellweiß, während die sonstigen Blätter im Aktenordner stark vergilbt sind." [10)]

US-Ankläger Robert Kempner -- Aktendieb en gros

(1) Der britische Informationsminister **Brendan Bracken** mit seiner Anweisung vom 29. Februar 1944, die Greuelpropaganda gegen Deutschland zu verstärken,[13)]

(2) die Enthüllungen des Cheflügners Seiner Majestät, **Sefton Delmer,** nach Kriegsende "erst richtig anzufangen" und im besetzten übrig gebliebenen Deutschland die Lügen der Verbündeten zentral zu koordinieren, damit sie nicht so leicht auffallen und widerlegt werden können,[14)]

(3) der gigantische Raub an deutschen Patenten und anderen Akten sowie die offizielle Entführung von Wissenschaftlern[15)] ist in den ***Historischen Tatsachen*** schon mehrfach dargelegt worden. Freilich ebenso das unredliche Vorgehen der Siegertribunale mit eigenem "Rechtskodex" im Londoner Vertrag vom 8.8.1945,[16)] verfälschte und sortierte deutsche Akten sowie ihre Veröffentlichung in eigener Regie ebenfalls.

Aufgefallen war seit Jahren die dubiose *"Einführung" des Wannsee-Protokolls vom 22.01.1942 in den Wilhelmstraßen-Prozeß 1936"* durch den jüdischen Remigranten und nunmehrigen US-Chefankläger **Robert Kempner**.[17)]

Rolf Kosiek ergänzte im "Großen Wendig" [10) S. 630 - 633] dieses kriminelle Vorgehen gegen das besiegte deutsche Volk mit den Belegen für die private Diebstahlmöglichkeit und willkürliche Entwendung deutscher Dokumente en gros durch den maßgebenden US-Ankläger, zu dessen Aufgabe es hätte gehören sollen, auch Entlastendes zugunsten der Angeklagten zu berücksichtigen, es zumindest der Verteidigung zugänglich zu machen.

Das Deutsche Auswärtige Amt antwortete kürzlich auf Anfrage eines Bürgers, ob die von den Alliierten beschlagnahmten deutschen Akten inzwischen zurückgegeben worden seien:

"Die nach Ende des Zweiten Weltkrieges beschlag-

12) Statistisches Jahrbuch Deutsches Reich 1938, S. 371,

13) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 23, S. 40.

14) Vgl. Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961, S. 626 ff.

15) Friedrich Georg, "Unternehmen Patentraub", Tübingen 2008, Grabert Verlag + Bogdan Musjal, "Stalins Beutezug", Berlin 2010, Propyläen-Ullstein. -- Vgl. ***HT*** Nr. 110, S. 30 ff.

16) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 2, S. 8 ff

17) Vgl. ***HT*** Nr, 35..

nahmten Akten sind bis auf einen bekannten Rest, der sich in Moskau befindet, bereits in den 1950er Jahren nach Deutschland zurückgekehrt. Sie stehen im Bundesarchiv und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes für die Nutzung offen. Auch die in Rußland befindlichen Unterlagen sind seit den 1990er Jahren bereits für die historische Forschung herangezogen worden." [10) S. 631]

Doch diese Aussage ist nur halbrichtig. Vieles fehlt (z.B. die Akten **Rudolf Heß oder über_den Fall Oradour**), andere wie z.B. die **Adolf Eichmann**-Akten sind eigens von der Bundesregierung gesperrt, die KZ- und Reichsbahnakten und viel Dokumentenmaterial der Wehrmacht und Waffen-SS unbekannt verschlossen.[18)]

"In Moskau wurde nach Aussagen Beteiligter seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums ein schwunghafter Handel mit deutschen Dokumenten

Der Spiegel berichtete" 2005, Nr. 45, S. 76.

"Der ehemalige US-Ankläger Robert Kempner ließ bei den Nürnberger Prozessen massenhaft Papiere mitgehen. Die Hälfte davon darf jetzt ein Altwarenhändler verhökern."

"Im jahrelang leer stehenden Hause des 1993 verstorbenen ehemaligen preußischen Beamten in der US-Kleinstadt Lankdone in Pennsylvania hatte der Altwarenhändler William Martin 1999 bei der Entrümpelung meist in Müllsäcken verpackte deutsche Akten gefunden, deren Reste dann FBI-Agenten anläßlich einer dortigen Hausdurchsuchung 2003 in 2 Übersee-koffern und 21 Kisten fanden und beschlagnahmten.

Unter den rund 30.000 im Jahre 1999 noch vorhandenen Dokumenten aus diesem Diebstahl befanden sich -- jeweils in Originalen -- das Kriegstagebuch Nr. 1 des »Arbeitsstabs Oldenburg« vom Februar bis Juni 1941 sowie weitere Unterlagen zu den geplanten Unternehmen »Barbarossa« (Ostfeldzug) und »Marita« (Griechenland) sowie Materialien aus dem Reichsministerium Alfred Rosenbergs.

Der Altwarenhändler klagte gegen die Beschlagnahme. Das Bezirksgericht in Philadelphia brachte 2003 einen Vergleich zustande: Die Hälfte der Akten erhielt der Händler zum freien Verkauf zurück. Er schätzte den gesamten Wert auf 170.000 Dollar. Die andere Hälfte ging an das Holocaustmuseum und an das Nationalarchiv in Washington. An deutsche Stellen wurden die deutschen Dokumente nicht übergeben." [10) S. 632 + 18)]

Buchenwald-Zeugen

Walter Hornig,

Direktor der **Wilhelm Gustloff** Werke mit Fertigungsstätten im KL-Buchenwald, hat sein Kriegserlebnis eidesstattlich versichert, notariell beglaubigen lassen und publiziert.[19)] Im "Großen Wendig" [10) S. 487 - 493] wird er zitiert in bezug auf die sozial abgesicherte, kulturell und ärztlich fürsorgliche Behandlung der Fremdarbeiter, ihre beschwerdefreie Arbeitsleistung in Buchenwald, die bevorzugte Unterbringung von prominenten politischen Häftlingen, und dies in vielfältigen Einzelheiten. Es gab sogar Holländer und Franzosen, die Anträge zur Einbürgerung in Deutschland gestellt haben.[10) S. 489]

Der schwere alliierte Luftangriff auf das Konzentrationslager am 24. August 1944 mit über hundert Toten und tausend Verletzten bildete ebenso einen Schwerpunkt dieser Berichterstattung wie die Nachkriegsberichterstattung mit gefälschten und mit falschen Textierungen versehenen Fotos und Filmen u.a. des Greuelregisseurs Alfred Hitchcock.

Auch die Antwort von **Eugen Kogon** im Münchner Prozeß gegen SS-Richter **Konrad Morgen** auf die Frage des Richters, ob er nach den ihm inzwischen zugänglich gewordenen Kenntnissen sein Buch "Der SS-Staat" jetzt noch einmal so schreiben würde, bleibt historisch bemerkenswert. Er antwortete "Nein".[10) S. 493]

Erwin Krombholtz,

geboren am 15. Juli 1917, hat am 29. November 1984 vor dem Notar **Dr. Richard Bölsche** in Aschaffenburg an Eidesstatt festgehalten:

"Im Januar 1946 kam ich als Internierter der sowjetischen Besatzungsmacht in das Konzentrationslager Buchenwald, nachdem ich seit Mai 1945 durch die NKWD-Lager Biesdorf bei Berlin, Weesow, Landsberg/Warthe geschleppt wurde. Mein Aufenthalt in Buchenwald war bis Februar 1950, als wir mit der Hälfte der Lagerinsassen dem Strafvollzug der Deutschen Demokratischen Republik zur Aburteilung als sogenannte Kriegsverbrecher übergeben wurden. Während den 4 Jahren in Buchenwald hatte ich genügend Zeit und Gelegenheit, das Lager bis in den letzten Winkel ausgiebig kennenzulernen.

Im Frühjahr 1946 wurde eines Tages das turnusmäßige Brausen der Lagerinsassen, auf Befehl der Lagerleitung, eingestellt. Wie wir nach Aufhebung der Sperre feststellten, wurde die Brauseanlage während der Sperrzeit für eine Filmreportage zu einer Gaskammer »umfrisiert«. Man entfernte die Brausenköpfe, und die verbliebenen Anschlußstutzen waren plötzlich die gewünschten Gasauslaßdüsen. So einfach ging das!

Gleichzeitig mit dieser Erklärung möchte ich hiermit festhalten, daß ich in meiner Buchenwaldzeit nur 2 (zwei) Verbrennungsstellen im Krematorium gesehen habe." [10) S. 614]

18) Astrid Eckert, "Kampf um die Akten", Stuttgart 2003.

19) Walter Hornig, "Aus meinem Leben, Lebenserinnerungen", Weilheim 1984

DDR: Waldheim-Prozesse 1950

Gemeinsam mit 3.432 eh. Mitgliedern der NSDAP oder Staatsbeamten[20] (Männer und Frauen) aus den NKWD-Speziallagern Bautzen, Sachsenhausen und Buchenwald war **Erwin Krombholtz** im Januar 1950 als 30-Jähriger der DDR-Justiz nach Waldheim übergeben worden, die ihn im Rahmen der dortigen, ab 21. April 1950 beginnenden "Kriegsverbrecherprozesse" zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte und im Oktober 1952 vorzeitig entlassen hat. Sein Bericht über Waldheim:

"Das Zuchthaus war in einem unhygienischen, verwahrlosten und verseuchten Zustand.

Zur Aburteilung wurden Spezial-Strafkammern des Landgerichts Chemnitz gebildet. Die überstellten Menschen waren schwer an Körper und Seele angeschlagen. Es war ein wahllos zusammengewürfelter Elendshaufen von deutschen Männern und Frauen, der nach damals 5-jährigem unmenschlichen Freiheitsentzug -- nach dem Sinn sowjetisch geschulter Menschen »Vernichtungsmaschinerie« -- der Justizbehörde der DDR übergeben wurde. Die Sowjets wollten mit diesem Vorgang beweisen, daß ihre widerrechtliche und lange Festhaltung in den NKWD-Speziallagern notwendig war, um eventuelle Kriegsverbrecher ausfindig zu machen. Das Pankow-Regime zögerte auch keine Minute mit der Verurteilung dieser ausgemergelten Gestalten.

Ein einmaliger Rechtsbruch in der Geschichte deutscher Justiz. Ohne Ausnahme wurden hohe Freiheitsstrafen, in vielen Fällen »lebenslänglich«, und in 32 Fällen die Todesstrafe ausgesprochen. Nach einer Verhandlungsdauer von 10 - 20 Minuten wurde das vor Beginn der Verhandlung fertiggestellte Urteil verlesen.

Von den 32 zum Tode Verurteilten wurden 24 hingerichtet.

Die Exekution wurde in der Nacht vom 3. zum 4. November 1950 im Neuen Zellenhaus der Strafvollzugsanstalt Waldheim auf primitivste Art in einem mit Stroh und Holz verkleideten schalldichten Keller vollzogen. Der Todeskandidat wurde auf einen Stuhl gestellt und die Schlinge über den Kopf gestülpt. Der Stuhl wurde danach unter den Füßen weggestoßen. Dem Delinquenten wurden die Augen nicht verbunden. Er sollte den Leichnam des vor ihm Gerichteten sehen. In der Kellerecke wurden die notdürftig abgedeckten Leichen aufgestapelt.

Ergänzend ist weiter zu bemerken, daß die gequälten Opfer einzeln in Abständen von 10 Minuten in Hemd, Unterhose und barfuß aus der Zelle geholt wurden. Am Ende des Flurganges im Parterre des Neuen Zellenhauses führte eine Treppe in die Hinrichtungskammer im Kellergeschoß. Die Opfer wurden von VoPo-Offizieren in Empfang genommen und mit brutaler Gewalt vorangetrieben. Einige gingen arglos aus ihren Zellen. Doch andere ahnten, was ihnen bevorstand. Sie sträubten sich und schrieen erbärmlich. Die dicken Mauern des Kellergewölbes verschluckten die jammervollen Schreie. Gegen morgens waren die Hinrichtungen beendet. Die Leichen wurden in roh gezimmerten Kisten zur Kreisstadt Döbeln zum Krematorium gebracht. Die Hinterbliebenen erhielten eine amtliche Benachrichtigung über ein normales Ableben vom Generalstaatsanwalt des Landes Sachsen.

Den Vorgang am Hinrichtungsabend erlebte ich im Neuen Zellenhaus. Meine Zelle war direkt neben den Todeszellen. Der Ablauf der Hinrichtungen wurde mir bekannt, als ich kurze Zeit darauf als Kalfaktor in der Parterre mit einem älteren Vopo-Wachtmeister in ein heimliches Gespräch kam. Er war eine Ausnahme unter dem Wachpersonal mit menschlichen Gefühlen. Da er einen gleichaltrigen Sohn hatte, kam eine gewisse Zuneigung zu mir zustande. Seine Offenheit hätte ihm bestimmt Kopf und Kragen gekostet.

Das Unrecht der Waldheimer Schauprozesse wurde seinerzeit im westlichen Deutschland unversehens ruchbar. Nur wenige Proteste gab es in der westlichen Öffentlichkeit am 4. September 1950 erklärten Justizminister **Thomas Dehler** und der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen **Jakob Kaiser** den Protest der Bundesregierung: Der Waldheim-Prozeß hat mit Rechtspflege nichts zu tun, sondern stellt einen Mißbrauch der Justiz zur Tarnung politischen Terrors dar!

Im Oktober 1952 konnten die ersten etwa 1.600 Waldheim-Verurteilten die Haftanstalt verlassen, 1954 bis 1956 kamen weitere frei, der letzte um 1960."

Rolf Kosiek berichtigte: Der letzte Waldheim-Häftling wurde am 18. Dezember 1963 entlassen. Die schlimmen Bedingungen der Haftzeit haben rund 470 Inhaftierte nicht überlebt.[10) S. 619]

Im übrigen haben die BRD-Offiziellen mit ihren Lizenzvorstellungen vom *"Tätervolk"* und der *"rechtmäßigen Befreiungs-Justiz"* nach alliiertem "Siegerrecht" das Gedenken an diese willkürlichen Terroropfer weitgehend verdrängt. Haben sie doch auch die Nürnberger Tribunalurteile und nachfolgende "Rechtssprechung" der westlichen Besatzungsmächte als "rechtens" akzeptiert. Auch hatten sich diese Leute längst an die sowjetische "Befreiungspraxis" willkürlicher Verurteilungen zu 25 Jahren Deportation und Zwangsarbeit, ja willkürliche Erschießungen und Vertreibung gewöhnt.

---

20) 700 Amtsträger der NSDAP, 400 Polizeiangehörige, 280 SA- oder SS-Mitglieder sowie 200 Staatsbeamte des Dritten Reiches. Hinzu kamen 160 Personen, denen Vergehen gegen die SED oder die sowjetische Besatzungsmacht vorgeworfen wurden.

Weiteres Massengrab in Slowenien entdeckt

Karl-Peter Schwarz, Wien, berichtete im Internet (Wikipedia) mit Datum vom 11. November 2010:

Mehr als 600 Massengräber sind bisher von slowenischen Regierungskommissionen registriert worden.

Mehr als 14.000 Opfer waren Slowenen, an die 20.000 deutsche Soldaten und Angehörige der deutschen Minderheit. Zehntausende Kroaten waren darunter, aber auch Serben, Montenegriner, Italiener und Ungarn.

Auf der stets aktualisierten Karte der slowenischen Gräberkommission war die Gegend um Brezice (deutsch: Rann) schon lange verzeichnet. Vor 2 Jahren wurde das erste Mal versucht, die genaue Lage des Massengrabs festzustellen. Gelungen ist das erst Mitte Oktober 2010.

Die slowenische Regierung entsandte eine Untersuchungskommission, schaltete die Staatsanwaltschaft und Gerichtsmediziner ein.

Die Untersuchungskommission entdeckte eine etwa 1½ Meter hohe Schicht von Schädeln und Knochen, die einen 186 Meter langen und 4 Meter breiten Graben füllt.

Wie in Tezno bei Maribor (Marburg) wurde auch hier ein von den Deutschen angelegter Panzergraben benutzt, um sich der Leichen zu entledigen. In dem Graben bei Brezice am linken Ufer der unteren Save, unweit der kroatischen Grenze, wird z.Zt. die Opferzahl des Massenmordes auf 2.000 - 3.000 geschätzt.

Fünfzehn Kilometer weiter westlich, mitten in der Flußlandschaft der Kraka rund um Kostanjevica, befinden sich weitere Massengräber.

Reste von Textilien wurden in dem Panzergraben nicht gefunden. Wie an anderen Orten mußten die Gefangenen ihre Kleidung ausziehen. Man fand sie mit Telefondrähten aneinandergebunden, erschossen. Dokumente über den Hergang des Verbrechens sind nicht bekannt geworden. Feststellungen über die Identität der Opfer erweisen sich als äußerst schwierig, zumal man es hier mit einer jahrzehntelangen Vertuschungspolitik der Kommunisten und auch ihrer Nachfolger zu tun hat. Viele Skelette deuten auf ältere Menschen hin, vielleicht waren es deutsche Einwohner Brezice. Wahrscheinlich liegen auch deutsche Soldaten hier begraben.

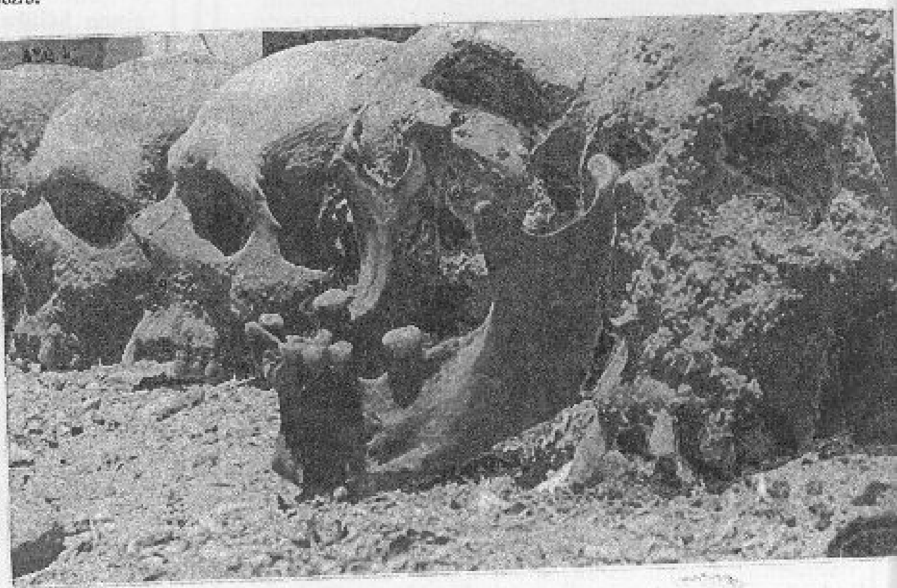
Am 22. Mai 1945 wurden in dieser Gegend 2.000 Angehörige der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division "Prinz Eugen" erschossen. Diese Division bestand zu mehr als 90% aus Volksdeutschen, die vorwiegend aus dem serbischen Banat stammten, aber auch aus Kroatien, Rumänien und Ungarn.

In Tezno ist der Graben 950 Meter lang und enthält mehr als 15.000 Skelette.

Die Arbeit der Gräberkommission sowie der Historiker war seit 2008 durch den neuerlichen Machtanstieg der ehemals kommunistischen Linken in Slowenien wiederum stark behindert worden. Das Kulturministerium widersetzte sich heftig dem Plan, 200 der größeren Massengräber mit Kreuzen und Gedenktafeln zu kennzeichnen.

Seit Abwahl der konservativen Regierung **Janša** und dem Amtsantritt des Präsidenten **Danilo Türk** wird der slowenische Kommunismus rehabilitiert -- trotz Aufdekkung der Massengräber in Tezno, im Bergwerksstollen von Huda Jama und jetzt in Brezice.

Die westlichen Siegerstaaten sowie die Führungskräfte in der Europäischen Union haben zu allen diesen kommunistischen Massenmorden während und nach der Endphase des Zweiten Weltkrieges weitestgehend geschwiegen. Nach Siegerrecht waren und sind alle ihre eigenen Verbrechen unverzüglich amnestiert worden. Die britische Regierung hat nicht einmal protestiert, als die **Tito**-Kommunisten die ihnen in Kärnten nach Kriegsende 1945 überstellten 12.000 Kosaken, Kroaten und Slowenen kurzerhand erschossen haben. Erstmals gedachten britische Geistliche am 20. Oktober 2010 in einem ökumenischen Gottesdienst ihrer.



Nahe des ostslowenischen Städtchens Brezice ist Mitte Oktober 2010 ein weiteres Massengrab mit vermutlich 2.000 - 3.000 deutschen Opfern der kommunistischen Tito-Partisanen entdeckt worden. Die 1½ m dicke Skelettschicht füllt einen ehemaligen Panzergraben in 186 m Länge und 4 m Breite.

Auf den "Killing Fields" der Tito-Partisanen sind nach Kriegsende ca. 100.000 Menschen erschossen worden. Die slowenische Regierung geht von 500 Massengräbern aus der Zeit von Mai/Juni 1945 aus, in denen sich auch unzählige Kroaten und Slowenen befinden.

Westalliierte Kriegsverbrechen nach der Invasion in der Normandie 1944

"Der britische Historiker und Bestsellerautor **Prof. Dr. Antony Beevor** gilt als einer der großen seiner Zunft. Bereits 2005 sorgte er mit seinem Buch **»Berlin 1945. Das Ende«** (C.Bertelsmann), das auch die Gewalttaten der Roten Armee in den Blickpunkt rückte, für Aufsehen.

Nun beleuchtet der »akribische Rechercheur« (Deutschlandradio) in seinem neuen Buch **»D-Day. Die Schlacht um die Normandie«**[21] den Krieg im Westen als härter und grausamer als bisher bekannt. Neben den deutschen Kriegsverbrechen stellt **Beevor** auch lange Beschwiegenes wie die Ermordung deutscher Kriegsgefangener oder die enormen Verluste unter der französischen Zivilbevöllkerung durch die alliierte Kriegführung dar.

Der ehemalige Offizier, Jahrgang 1946 und Absolvent der britischen Militärakademie Sandhurst hat ein »packendes« (***NZZ***) und »brillantes«Buch« (***The Daily Telegraph***) vorgelegt." [22]

Prof. Beevor begann sein Interview mit der ***Jungen Freiheit*** am 12. November 2010 zum Volkstrauertag mit der Feststellung, man habe zu berücksichtigen, daß die deutschen Soldaten

"für ein kriminelles Regime gekämpft haben, was aber nicht heiße, daß sie alle Kriminelle waren".

Die *"Kriminalität des Regimes"* wird kurzerhand behauptet, ohne diese völkerrechtlich zu begründen. **Prof. Beevor** interpretiert fantasiereich, indem er die willkürliche, dem Völkerrecht widersprechende "Rechtsnorm" der Siegermächte übernahm und somit nicht sachlich urteilte, sondern parteilich. **Adolf Hitler** war schließlich durch mehrfache unangefochten rechtmäßige Wahlen mit meist überwältigender Mehrheit gewählt bzw. als Reichskanzler und für seine Politik bestätigt worden. Er hatte jeweils erheblich mehr Stimmenanteile seines Volkes erhalten als sie **Winston Churchill** jemals in Britannien vom englischen Volk erhalten hat! Kein Völkerrechtsgrundsatz gibt einer Regierung oder einem Professor das Recht, allgemeinverbindlich über die Rechtmäßigkeit oder Kriminalität einer anderen Staats- oder Regierungsform oder gar den Zivilisationscharakter eines anderen Volkes zu entscheiden und nur sich selbst "demokratische Friedensliebe" zu attestieren!

Die von **Prof. Beevor** vorweggenommene einseitige Verurteilung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches als *"kriminelles Regime"* hat er am Ende seines Interviews mit der ***Jungen Freiheit*** selbst gegeißelt, als er dem Historiker die Aufgabe zuwies, Fakten festzustellen und nicht zu verurteilen.

Also zu den Fakten:

Bei der Schlacht um die Normandie und die Befreiung Frankreichs, die rund 500.000 Menschen das Leben gekostet hat, gab es zwar auch Grausamkeiten, Härten und Tötung von Kriegsgefangenen, verursacht von Briten, Kanadiern und US-Amerikanern, doch angesichts der *"Tatsache, daß solches in allen Kriegen auf allen Seiten geschah"*, ging die Berichterstattung darüber im Befreiungsmythos unter. Die Pauschalerfassung *"alle Seiten aller Kriege"* ersparte Mr. **Beevor,** konkrete Einzelheiten der deutschen Wehrmacht oder Waffen-SS zu benennen.

Obgleich es darüber *"natürlich keine Statistik gibt, denkt"* **Beervor**, daß es auf beiden Seiten *"etwa 1.000 Fälle"* von Gefangenentötung gegeben habe.

Beevor hat in seinem neuen Buch bisher Verschwiegenes zu diesem Thema aufgegriffen.

"Zunächst gab es die Ermordung von Gefangenen durch US-Fallschirmjäger auf der Halbinsel Cotentin. Aus vielen Berichten geht klar hervor, daß einige ihrer Kommandeure angedeutet hatten, keine Kriegsgefangenen zu nehmen, weil das die Fallschirmjäger behindern würde. Außerdem wurde ihnen während der Ausbildung ein aggressiver Kämpfer-Instinkt eingeimpft. Deshalb riefen sie bei ihrer Landung:

»Los, laßt uns Krauts killen!«"

Und als sie Gerüchte vernahmen - vielleicht wahre, vielleicht falsche, daß Kameraden, die sich beim Landen in Bäumen verfangen hatten, von Deutschen mit Bajonetten oder Flammenwerfern getötet worden waren, wuchs ihr Wunsch nach Rache. Ein US-Fallschirmjäger trug, wie ein Kamerad beobachtete, Handschuhe rot von Blut, weil er den Deutschen, die er getötet hatte, die Ohren abschnitt.

Die erbitterten Kämpfe und schweren Verluste der Amerikaner am D-Day am Strandabschnitt »Omaha« verursachten, daß in Einzelfällen Gefangene erschossen wurden. Ob deutsche Gefangene auch nach der Aushebung eines Widerstandsnestes erschossen wurden, wie ein deutscher Soldat behauptet hat, kann weder bewiesen noch widerlegt werden.

An der Front der zweiten Britischen Armee, nahmen Kanadier Rache an Gefangenen der SS-Division »Hitlerjugend«, nachdem 187 ihrer Leute, inklusive Verwundeter, ermordet worden waren. Ein kanadischer Major wurde offensichtlich enthauptet."

Einzelheiten über diesen angeblichen Vorfall ersparte sich Mr. **Beevor**. Da die *"Ermordeten"*, wie behauptet, gefunden und gezählt worden seien, hätte ein unparteiischer Berichterstatter zweifellos Konkretes darüber zu ermitteln gewußt. Das totale Verschweigen jeglicher Einzelheiten läßt diese beweislos eingefügte Behauptung unglaubwürdig er-

21) Anthony Beevor, "D-Day - Die Schlacht um die Normandie", München 2009.

22) ***Junge Freiheit***, 12. November 2010, S. 3.

scheinen.

*"Nach diesen Ereignissen **erschossen die Kanadier und in vielen Fällen britische Soldaten SS-Kriegsgefangene,** obwohl sich die SS nur selten ergab. Meistens kämpften diese Soldaten bis zum Ende, weil sie von ihren Offizieren gewarnt worden waren, wenn sie sich ergeben, ohne schwer verwundet zu sein, würden sie als Deserteure betrachtet."*

"Die Kämpfe um die Normandie waren insgesamt viel härter und erbarmungsloser als wir bisher dachten. So verloren die Deutschen etwa an der Ostfront im Schnitt pro Division im Monat rund 1.000 Mann, in der Normandie waren es dagegen 2.300!"

Trotz dieses gewaltigen Ausmaßes der deutschen Verluste waren die Alliierten angesichts ihrer ungeheuren Überlegenheit an Flugzeugen, Panzern, Artillerie, Schiffen, Nachschubreserven, Mannschaften, Fahrzeugen, Maschinenwaffen über die Härte des deutschen Widerstands geschockt.

In seinem Buch schilderte **Beevor** über das befreite Paris:

"Viele Franzosen waren erschüttert, als das Kunstmuseum von US-Truppen übernommen wurde und ein riesiges Schild verkündete, GIs könnten hier gratis Kondome erhalten ... Im Viertel Pigalle, das bei den Amerikanern bald nur noch 'PigAlley' -- 'Schweineallee' -- hieß, bedienten Prostituierte pro Tag über 10.000 GIs ... und an der Place Vendome lagen diese betrunken auf den Gehsteigen."

Beevor:

"Stimmt, und der Kontrast zum Verhalten der deutschen Besatzungstruppen in ihrer Freizeit, denen es sogar verboten war, auf der Straße zu rauchen, konnte größer nicht sein. Das Problem war, daß viele GIs -- die Taschen voller Dollars -- glaubten, die Schrecken der Front gaben ihnen das Recht, im Hinterland zu tun und zu lassen, was sie wollen."

Beevor spezifiziert, daß die französische Zivilbevölkerung durch völlig unnötige und völkerrechtswidrige alliierte Luftangriffe und Artilleriebeschuß erhebliche -- weitgehend verschwiegene -- Verluste erlitten hat.

"Insgesamt wurden über 35.000 französische Zivilisten während der Befreiung der Normandie getötet und schätzungsweise über 100.000 schwer verwundet. Niederschmetternd ist vor allem die Tatsache, daß während des ganzen Krieges beinahe 70.000 französische Zivilisten von alliierten Bomben und Granaten getötet wurden, und damit etwas mehr als die Gesamtzahl der britischen Zivilisten, die der deutschen Luftwaffe zum Opfer fielen."

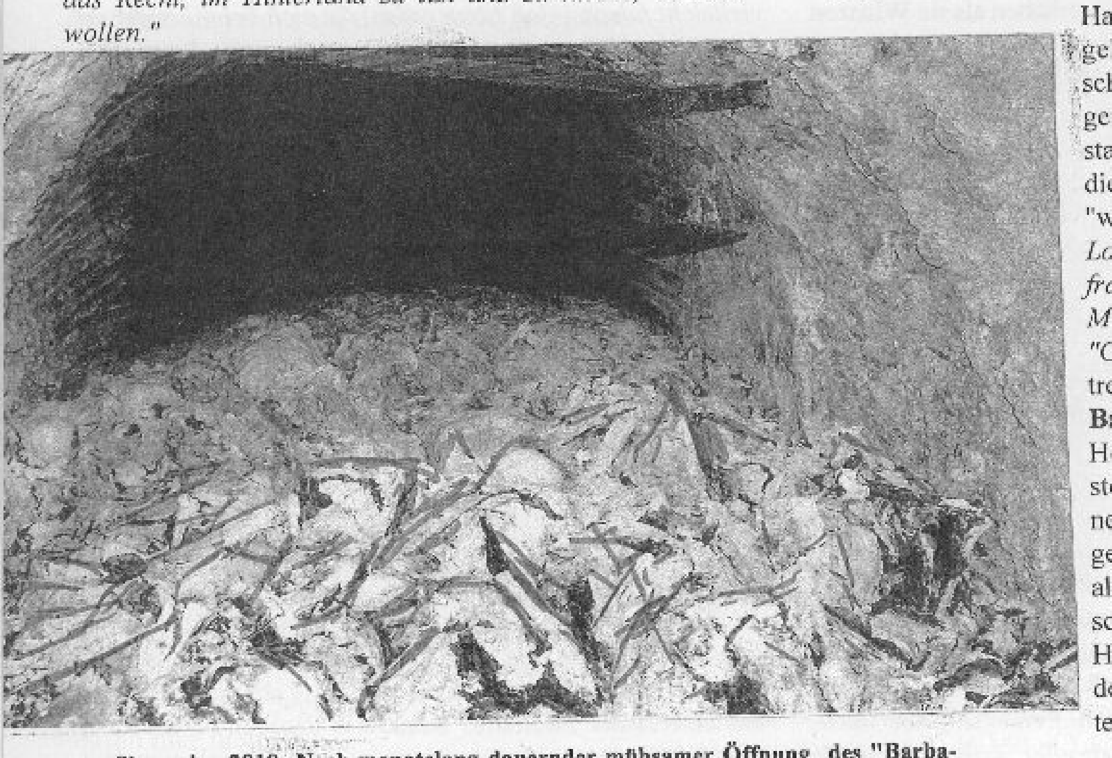
Beevor hat viel Kritik dafür erhalten, daß er die britische Bombardierung des französischen Küstenstädtchens Caen -- *"eine der größten Tragödien während der Schlacht, in der knapp 2.000 Einwohner völlig sinnlos starben"* -- als *"nahe an einem Kriegsverbrechen"* bezeichnet hatte. Ihn wunderte das, denn *"nahe an"* ist schließlich nicht das, wofür allein die Deutschen zuständig sein sollen.

Die Feuerwalze, wie sie auch Caen erlebte, habe schließlich auch etwas mit "Demokratie" zu tun, "sorgen doch", so Prof. **Beevor,** *"in diesen Staaten Parlamente, Presse und Öffentlichkeit dafür, mögliche Verluste zu vermeiden. Und dies tue man mit einer überlegenen Feuerwalze, die schon ehe eigene Truppen vorgeschickt werden, möglichst viele Feinde tötet,"* -- Man gönne sich eine Besinnungspause für dieses *"Paradoxon demokratischer Kriegführung"*.

Zusammenhanglos und kurz baute **Prof. Beevor** in die Schilderung des alliierten Luftangriffs auf Caen ein "deutsches Kriegsverbrechen" dazwischen:

"Angehörige der Gestapo" hätten am selben Tag -- dem 10. Juni 1944 -- auf dem Gefängnishof der französischen Hafenstadt Caen 87 Résistance-Angehörige in Sechsergruppen erschossen und 3 Wochen dort liegen lassen. Erst dann sei "die Gestapo" wiedergekommen und habe die Leichen entfernt. Beobachtet "wurde" der Hergang *"durch ein Loch in den Vorhängen, die den französischen Teil vom deutschen Militärgefängnis abtrennten"*. *"Gesehen"* habe das der Stellvertretende Gefängnisaufseher **Jean-Baptiste Pierre** und eine junge Holländerin, die im Mai 1945 verstorben ist. Ein anonym gebliebener Gefangener habe die Schüsse gehört. "Nur einer habe geschrien, als er den Hof betrat". "Die deutsche Gefängniswärterin, die die Häftlinge zuvor abscheulich behandelt habe, war bleich und erschüttert".[21) S. 163]

Weitere "Erkenntnisse" zu diesem *"durch ein Loch in den Vorhängen gesichtetem"* Geschehen gibt es nicht.



Slowenien 2010: Nach monatelang dauernder mühsamer Öffnung des "Barbara"-Stollen bei Hada Jama fand man im 700 Meter tiefen Schacht Tausende Leichen. Es handelt sich um Opfer der Tito-Partisanen, vorwiegend deutsche Soldaten der Heeresgruppe E, die sich auf dem Rückzug aus Griechenland und Jugoslawien befanden und sich am 9. Mai 1945 ergeben hatten. -- Bildquelle Reuter.

"Holocaust-Forscher" ermittelt These

"Deutsche Politik – jüdische Arbeiter – deutsche Killer"[23)]

Dennoch kleidet **Christopher R. Browning** sich karrierebewußt akademisch-wissenschaftlich mit vielzähligen Fußnoten.

Die Markenzeichen seiner Thesenmethode sind:

(1) Nur Deutsche sind "Täter". Politische Zusammenhänge, die nicht in dieses Schema passen, bleiben ausgeblendet. Schon sein englischer Buchtitel verweist deutlich auf die "jüdischen Arbeiter" und "the German killers" als die Kennzeichen der deutschen Politik.

(2) Diese Thesenmethode kennt weder imperiale Zielsetzungen westlicher Großmächte, noch des auf Weltrevolution bedachten Bolschewismus, noch einen seit dem 24. März 1933 gegen Deutschland erklärten "Heiligen Krieg" des international agierenden "Judea"-Zionismus.

(3) Als Folge dieser Ausblendung gab es auch keine "amtliche Greuelpropaganda" gegen Deutschland mit *"Lügen von morgens bis abends"* (**Sefton Delmer**),[24)] keine gefälschten Dokumente, erpreßte Geständnisse, das gesamte Geschichtsbild verfälschende Umerziehungspraktiken der Sieger.

Adolf Hitler am 30. Januar 1939

Nachwuchshistoriker **Christopher R. Browning** kommentiert unter Vorwegnahme eines in seinen Zusammenhängen nicht untersuchten *"Überfalls auf Polen"* und Bezugnahme auf nicht spezifizierte *"mehrere Gelegenheiten"* zur Reichstagsrede des Reichskanzlers am 30. Januar 1939:

*"In den Monaten vor dem Überfall auf Polen kündigte **Hitler** bei mehreren Gelegenheiten an, daß sich für ihn mit dem Ausbruch eines neuen Krieges neue, nie dagewesene Erwartungshorizonte verknüpften.*

So flocht er in seine Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 die Prophezeiung ein, ein neuer Weltkrieg werde mit der Vernichtung des europäischen Judentums enden.

Und seinen Generälen schärfte er am 22. August, »brutales Vorgehen« ein; es gehe um die »Vernichtung Polens« und die »Beseitigung der lebendigen Kräfte« auf Seiten der Kriegsgegner." [23) S. 13 - 14]

Die Wirklichkeit sah anders aus. Seit 1964 sind mit den Büchern von **David Hoggan** "Der erzwungene Krieg" und **Udo Walendy** "Wahrheit für Deutschland - - Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" die international belegten und schon Jahrzehnte zuvor in den Archiven vorhandenen Nachweise für die wahren Zusammenhänge komprimiert publiziert worden, die zum Ausbruch des Konfliktes mit Polen geführt haben. Auch liegt dort bereits der Nachweis vor, daß die behauptete Geheimrede **Adolf Hitlers** vor seinen Generälen am 22.8.1939 eine Nachkriegsfälschung ist.

Wer sich mit allen diesen Details gar nicht erst auseinandersetzt, sondern parteiische Schlagworte von sich gibt, hat die Erwartung, als Historiker ernst genommen zu werden, verspielt.

Nach vielfachen Ausführungen über die Unsinnigkeit eines neuen Krieges, Verneinung irgendwelcher deutschen Einmischungs- oder Eroberungsziele, wie sie die Auslandspresse unterstelle, und deutlichen Hinweisen auf die aggressive international koordinierte jüdische Agitation zur Vernichtung Deutschlands im Schutz der Großmächte hatte **Adolf Hitler** am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag wörtlich ausgeführt:

> "Das Judentum wird sich genauso einer soliden aufbauenden Tätigkeit anpassen müssen, wie es andere Völker auch tun, oder es wird früher oder später einer Krise von unvorstellbarem Ausmaße erliegen. ...
>
> Ich will heute wieder ein Prophet sein:
>
> Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.
>
> Denn die Zeit der propagandistischen Wehrlosigkeit der nichtjüdischen Völker ist zu Ende. Das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien besitzen jene Einrichtungen, die es gestatten, wenn notwendig, die Welt über das Wesen einer Frage aufzuklären, die vielen Völkern instinktiv bewußt und nur wissenschaftlich unklar ist.
>
> Augenblicklich mag das Judentum in gewissen Staaten seine Hetze betreiben unter dem Schutz einer dort in seinen Händen befindlichen Presse, des Films, der Rundfunkpropaganda, der Theater, der Literatur usw.. Wenn es diesem Volke aber noch einmal gelingen sollte, die Millionenmassen der Völker in einen für

23) Christopher R. Browning,"Judenmord --NS-Politik - Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter", Frankfurt/M 2001, S. 13. -- engl. Ausgabe: "Nazi Policy --Jewish Workers - German Killers". Cambridge University Press 2000.
*"**These**, daß die Judenpolitik der Nazis, als eine Komponente eines breiter angelegten, nach Osten gewendeten rassistischen Imperialismus, sich in drei abgrenzbaren, aufeinander folgenden Plänen für ethnische Säuberungsmaßnahmen manifestierte und, diese durchlaufend, eine Übergangsphase erreichte, die durch die implizite Bereitschaft zum Völkermord in Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion gekennzeichnet war."* (S. 13)

24) Beachte Register Personen: **Delmer, Sefton**

diese gänzlich sinnlosen und nur jüdischen Interessen dienenden Kampf zu hetzen, dann wird sich die Wirksamkeit einer Aufklärung äußern, der in Deutschland allein schon in wenigen Jahren das Judentum restlos erlegen ist.

Die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, damit diese wurzellose internationale Rasse an den Geschäften der Kriege verdient und ihre alttestamentarische Rachsucht befriedigt.

Über die jüdische Parole »Proletarier aller Länder vereinigt Euch« wird eine höhere Erkenntnis siegen, nämlich:

»Schaffende Angehörige aller Nationen erkennt Euren gemeinsamen Feind!« ..."

Diese und auch die übrigen Ausführungen **Adolf Hitlers** in dieser Rede haben nichts zu tun mit den von **Christopher R. Browning** erfundenen *"neuen, nie dagewesenen Erwartungshorizonten"* oder *"Anfeuerungen zur Kriegsentwicklung und als Folge davon zur Vernichtung des europäischen Judentums"*.[23) S. 14]

Hitlers Worte sollten zweifellos die weltjüdischen ***"Heiligen Krieger"*, die seit Jahren die *"Vernichtung Deutschlands"* forderten**, abschrecken und ihnen deutlich machen, daß sie sich in ihren Erwartungen täuschen, denn ein neuer Krieg werde anders enden, als sie sich dies vorstellen. Für die Bolschewisten gehörte das Wort *"Vernichtung"* (*"Vernichtung der Klassenfeinde"*) seit 1917 zum Standardprogramm, für die "Judea"-Kräfte seit Beginn des Jahres 1933!

Als Geschichtsfälscher erweist sich, wer das eine ausklammert und das andere im Sinnzusammenhang verdreht. **Ch. R. Browninng** ging noch weiter, indem er zusätzlich gefälschte "Dokumente" wie u.a. die angebliche Rede **Hitlers** vor seinen Generälen am 22. August 1939 anfügte.[24) S. 453] Verschwiegen hingegen hat er zudem, daß bis Ende 1941 **Hitler** 537.000 Juden aus seinem Herrschaftsbereich legal hat ausreisen lassen! Doch derlei widersprach **Ch. R. Brownings** ***"These"*** **!**

Zitate zur These

*"Als sich Generalquartiermeister **Eduard Wagner** bei **Reinhard Heydrich** nach den Aufgaben der Einsatzgruppen erkundigte, bekam er die lapidare Auskunft:*

»Flurbereinigung: Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit, Adel«" [23) S. 14]

Anstatt nachzuprüfen, ob das überhaupt stimmt, ob **Heydrich** solches spezifiziert haben könnte -- dafür fehlten ihm bekanntlich die Kompetenzen, zumal die Einsatzgruppen der Wehrmacht unterstellt worden waren --, wer es außer **"Wagner"** noch gehört habe, wie es Generaloberst **Franz Halder** (laut Fußnote 2) in sein Kriegstagebuch hatte eintragen können, spekulierte **Browning** darüber, was mit *"Flurbereinigung"* gemeint gewesen sei. Es seien

"Beschlüsse über die pauschale Festsetzung und Dezimierung der polnischen Führungseliten gewesen, allem Anschein nach schon vor Beginn der Invasion gefaßt".[23) S. 143]

Ein mysteriöser *"Anschein"* reicht zum Nachweis! Auch was **Elisabeth Wagner** als Herausgeberin des Kriegstagesbuches ihres Mannes 1963 veröffentlicht hat oder gar Admiral **Wilhelm Canaris** 1939 Generaloberst **Keitel** gesagt habe, bleibt angesichts der ungeheuer vielfältigen Nachkriegsfälschungen fragwürdig. Andere Quellen führt **Browning** nicht an.

*"Der Plan **Heydrichs**, unverzüglich mit der Konzentration der Juden in großstädtischen Ghettos zu beginnen, mußte zurückgestellt werden, weil die Wehrmacht, die logistische Störungen befürchtete, Bedenken anmeldete.*

Das hielt zumindest einen jungen und ehrgeizigen SS-Funktionär nicht davon ab, initiativ zu werden und sogleich den Sprung vom Nahziel zum Endziel zu vollziehen, d. h. direkt zur Vertreibung der Juden überzugehen.

***Heinrich Müller**, Chef der Gestapo, erteilte **Adolf Eichmann** bei einer Besprechung am 6. Oktober 1939 den Befehl, mit Gauleiter **Wagner** in Kattowitz wegen der Abschiebung von 70.000 bis 80.000 Juden aus dem östlichen Oberschlesien Verbindung aufzunehmen. Was das Ziel dieses Vorhabens betraf, so notierte **Eichmann** sich:*

»Diese Tätigkeit soll in erster Linie dazu dienen, Erfahrungen zu sammeln, um die Evakuierung größerer Massen durchführen zu können.«

***Eichmann** brauchte nur ein paar Tage, um dieses Projekt um weitere Deportationen -- aus Mährisch-Ostrau im Protektorat und aus Wien -- aufzustocken.*

In Nisko am San, an der westlichen Grenze des Distrikts Lublin, hatte er ein Durchgangslager aufgetan, von dem aus die Deportierten nach Osten abgeschoben werden sollten ...." [23) S. 16 - 17]

*"Am 11. Oktober lag deutschen Stellen in Wien die Information vor, **Hitler** habe die Umsiedlung von 300.000 Reichsjuden angeordnet, und aus Wien würden innerhalb von neun Monaten sämtliche Juden abgeschoben. Am 16. Oktober ließ **Eichmann Arthur Nebe**, dem Chef der Kriminalpolizei, die vertrauliche Mitteilung zukommen, in drei bis vier Wochen würden die Judentransporte aus dem Altreich anrollen: An sie könnten Waggons mit »Zigeunern« angehängt werden."* [23) S. 17]

"Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1939 hatten also Planungen für die »ethnische Säuberung« des Dritten Reichs von Juden und »Zigeunern« konkrete Gestalt angenommen". Es ging um nichts Geringeres als ein groß angelegtes Programm von Deportationen und Vertreibungen, sowohl aus dem Altreich als auch aus den neu annektierten Gebieten, an den östlichen Rand des neuen deutschen Ostimperiums, nämlich in den an die deutsch-sowjetische Demarkationslinie grenzenden Distrikt Lublin.

Kaum war indes die Durchführung des Nisko-Planes angelaufen, da wurde sie Knall auf Fall gestoppt. Am 19.

24) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho/Weser 1965.

*Oktober -- die Abfertigung des zweiten und dritten Transports war gerade im Gang -- erteilte »Gestapo-**Müller**« aus Berlin einen Aufschiebebefehl, in dem es hieß, die »Umsiedlung und Abschiebung von Polen und Juden in das Gebiet des künftigen polnischen Reststaates« bedürfe einer »zentralen Leitung. Deshalb muß dazu grundsätzlich eine Genehmigung der hiesigen Dienststellen vorliegen.*

Kurze Zeit später folgte die klare Anweisung, daß »jeglicher Abtransport von Juden zu unterbleiben habe." [23) S. 17]

Himmler habe *"die Notbremse gezogen"*.

Prüfung dieser Behauptungen

Es stellt sich heraus:

(1) Das, was **Wagner** von **Heydrich** "gehört" haben will, wandelte **Browning** kurzerhand in *"Beschlüsse über die pauschale Festsetzung und Dezimierung der polnischen Führungseliten"* um, ohne daß hierfür der geringste Beweis erbracht worden ist.

(2) Dann habe es einen *"Plan **Heydrichs**"* gegeben, *"unverzüglich mit der Konzentration der Juden in großstädtischen Ghettos zu beginnen und 70- 80.000 ostoberschlesische Juden umzusiedeln"*. Weder Plan, noch Auftrag, noch Bestätigungen hat Thesenpropagandist **Browning** nachgewiesen! [25)]

(3) *"Am 11. Oktober 1939 lag deutschen Stellen in Wien* (also mehreren anonym gebliebenen!) *die Information vor* (mündlich oder schriftlich weiß man nicht), ***Hitler** habe die Umsiedlung von 300.000 Reichsjuden angeordnet"*, **Browning** liefert keine Beweise. Statt dessen stockt er auf. Im Alleingang "plante ein junger SS-Funktionär ("Gestapo-**Müller**") *"ethnische Säuberung"* im Springverfahren *"zum Endziel"*.

(4) Adolf Eichmann soll "Gestapo-**Müllers**" eigenmächtige Deportationsbefehle ausgeführt haben, obgleich "Gestapo-**Müller"** kurz darauf selbst dementierte, daß es solche Befehle im Oktober 1939 gegeben habe.

(5) Gestapo-**Müller** soll ausgerechnet zum Zeitpunkt, als **Adolf Hitler** einen bedeutenden Friedensappell an Großbritannien und Frankreich gerichtet hat (am 6. Oktober 1939) -- den **Browning** typischerweise verschweigt! -- eigenmächtig *"den Sprung vom Nahziel zum Endziel"* mittels Deportationsbefehl vollzogen haben. Von einem solchen Befehl gibt es keine Spur!

Man bedenke: **Hitler** appelliert für Frieden, **Browning** verschweigt dies, unterstellt statt dessen "Nah- und Fernziel", dem *"ein junger SS-Funktionär"* eigenmächtig entgegenspringt!

(6) Kurz darauf informiert derselbe Springer die Dienststellen, daß es gar keine Anweisungen für Deportationen gebe und solche nicht ohne zentrale Anweisungen stattfinden dürften. Daß bereits solche vorgenommen worden sein sollen, hat **Browning** nicht bewiesen!

(7) SS-Sturmbannführer (Major) und Referatsleiter im RSHA **Adolf Eichmann** fertigte ***"für sich"*** Notizen an, deren Inhalt **Browning** kurzerhand ohne jegliche Bestätigungen als historisch bedeutsam einstufte. -- Ein solches Verfahren ist Märchenerzählerei!

(8) Eichmann, der zur Aufstockung von Transporten *"nur ein paar Tage benötigte"*, läßt **Nebe** *"die Mitteilung zukommen"* (laut Fußnotenhinweis per "Ferngespräch"), Deportationszüge würden *"anrollen"*, *"Waggons mit Zigeunern könnten angehängt werden"* (nicht etwa *"Waggons **für** Zigeuner"*) -- so, als hätten Referatsleiter **Eichmann** und **Arthur Nebe**, Chef des deutschen Kriminalpolizeiamts, darüber zu bestimmen gehabt! Eine Genehmigung von höchster Führungsebene dafür hatte es im Herbst 1939 bekanntlich nicht gegeben!

Zieht man das Resüme aus diesen 17 **Christopher R.Browning**-Seiten, der im Klappentext als

"einer der herausragenden Köpfe der Internationalen Holocaust-Forschung"

vorgestellt wird, so ist das Ergebnis vernichtend. Es erübrigt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit seinen übrigen 250 Seiten. Nicht nur, daß er sich mit diesem Buch persönlich als Wissenschaftler disqualifiziert und als opportuner Propagandaschreiber präsentiert hat: Er hat die allgemeine Holocaust-Forschung völlig diskreditiert, weil diejenigen, die seine Arbeit als "Forschung" hochloben, sich mit durchgängigen Unkorrektheiten, Unwahrheiten, Fälschungen, Verdrehung von Sachverhalten, Ausklammerung von Zusammenhängen und mit Fantasiegeschichten solidarisieren und damit das gegenwärtige Geschichtsbild vom eigentlichen Thema selbst für unseriös halten müssen.

Hierfür spricht auch die sehr spät begonnene literarische Verarbeitung und dann noch die ungläubige Aufnahme des Erstlingswerks:

*"**Raul Hilberg**, der große Pionier der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Holocaust, fand in den 50er und 60er Jahren keinen Universitätsverlag, der sein inzwischen als Klassiker anerkanntes Werk »The Destruction of the European Jews« veröffentlichen, und keine wissenschaftliche Zeitschrift, die es besprechen wollte."* [23) S. 8]

Im Kreuzverhör beim **Ernst-Zündel**-Prozeß 1985 in Toronto, auf Unstimmigkeiten in seinem Buch seitens des Verteidigers hingewiesen, antwortete er:

*"Wenn ich in meinem Buch zu der Schlußfolgerung gekommen bin, daß es einen Judenvernichtungsbefehl **Adolf Hitlers** gegeben hat, dann ist damit keinesfalls gesagt, daß irgendjemand daran glauben oder es gar als bewiesen ansehen müsse, daß es einen solchen Befehl wirklich gegeben hat."* [26)]

---

25) Zum Verbleib der ostoberschlesischen Juden vgl. ***HT*** Nr.113, S. 12 ff.

26) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 36, S. 5.

"Tausende Wiedergutmachungsanträge gefälscht"

Am 10.11.2010 wurde aus New York bekannt:

Mitarbeiter und Nutznießer der Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc. (Jewish Claims Conference, JCC) haben mehrere Fonds für "Holocaust-Überlebende" um insgesamt mindestens 42 Millionen Dollar geplündert. Hauptverantwortlich ist ein früherer Fonds-Chef.

Als das FBI den Betrügern schon auf den Fersen war, versuchten sie einen Zeugen mit Morddrohung einzuschüchtern, andere bedrängten sie, die Ermittler zu belügen. 17 Personen aus New York-Brooklyn wurden mit der Beschuldigung verhaftet, sich mit gefälschten Wiedergutmachungsanträgen 42 Millionen Dollar aus Deutschland betrügerisch angeeignet zu haben. Etliche der fälschlich "Entschädigten" waren erst nach 1945 geboren. Unter den Verhafteten befinden sich 6 Mitarbeiter der Jewish Claims Conference (JCC).

658 Lebensläufe waren manipuliert und mit falschen Fotos versehen worden. Die Empfänger unrechtmäßiger Zahlungen gaben einen Teil ihrer "Entschädigung" an die Drahtzieher weiter. Involviert in die Betrügereien waren auch Anwaltskanzleien, die über Zeitungsinserate Auswanderer aus der ehemaligen UdSSR anwarben, um für sie Entschädigungen zu reklamieren.

US-Staatsanwalt **Preet Bharara** packte aus:

"Wir haben hier mit Tausenden von falschen Anträgen zu tun."

Die Zahl 6.000 sickerte durch.

Dies hat allerdings nichts mit dem vor einigen Jahren bereits abgeschlossenen Fall des ehemaligen Vorsitzenden der World Jewish Restitution Organization und ab Oktober 2001 Generalsekretärs des Jüdischen Weltkongresses (WJC), **Israel Singer**, zu tun, der sich aus der WJC-Kasse jahrelang mit mehreren Millionen Dollar über Schweizer Konten selbst bedient hatte.[27]

Das überraschende Durchgreifen der Jewish Claims Conference gegen Betrüger in ihren eigenen Reihen in Sachen Restitution-Fonds führt gewiß auf folgende Gründe zurück:

1.) Die Unterschlagungen sind international bekannt geworden und drohten ernsthafte bzw. unerwünschte Reaktionen auszulösen.

2.) Die international sich immer stärker ausbreitende Diskussion darüber, daß die Zahl der Wiedergutmachungsanträge in Höhe von 6 - 7 Millionen[28] -- um mit **Norman Finkelstein** zu sprechen,[29] --

"an die Leugnung des Holocaust grenzt",

eine Erklärung finden soll, damit der Glaube an den "Holocaust" nicht beeinträchtigt wird.

Erst wenn die Jewish Claims Conference und der Jüdische Weltkongreß dafür sorgen, daß sie und ihre Nebenorganisationen die zwecks Betrug am deutschen Volk aufgehäuften Falschmeldungen auch in ihren Geschichtsdarstellungen ausräumen, kann es ein ehrliches Miteinander mit dem deutschen Volk geben! Bleibt zu hoffen, daß das eigenmächtige Aufklärungsbemühen um 42 Millionen veruntreute Dollar ein Schritt in diese Richtung ist.

Die Welt hat um Verständnis gebeten, daß sie die Kommentarspalte zu ihrem Artikel vom 10.11.2010 geschlossen halten mußte.

Anläßlich der internationalen Diskussion um die o.g. Millionen-Betrugsaffäre gelangte auch an die Öffentlichkeit, daß die Bundesrepublik an die Jewish Claims Conference seit 1952 mehr als

66 Milliarden Euro

(also nahezu das Doppelte in DM) Wiedergutmachung gezahlt hat und daß noch weitere Milliarden in zweistellig zur Zahlung anstehen.[27]

Dies jedoch ist nur ein "Kleinbetrag" der Wiedergutmachung im Vergleich zur Gesamtleistung der Bundesrepublik an die verschiedenartigsten Empfänger und Länder seit 1945.

Hans Meiser, der sie aufgeschlüsselt hat,[30] summierte

6,281 Billionen Euro!

--1 Billion sind 999 + 1 Milliarde! --

Der Bedeutung dieser Details wegen haben wir diese Aufstellung am Ende des Registerheftes Nr. 115a wiedergegeben.

Zu einem analogen Ergebnis mit vielen diesbezüglichen Einzelheiten bis zum "Erziehungsgeld für Asylbewerber" finden sich im Buch von **Dr. Gerhard Frey** (Hsg.), "Deutschlands Ausplünderung" [31]

27) ***Deutsche National Zeitung,*** München 19. November 2010, S. 1 + 6 + ***Süddeutsche Zeitung,*** 11. November 2010.

28) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 107, S. 14.

29) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 110, S. 40.

30) Hans Meiser, "Ausplünderung Deutschlands", Tübingen 2010, Grabert Verlag, S. 178. -- Vgl. Rolf Kosiek / Olaf Rose, "Der Große Wendig -- Richtigstellungen zur Zeitgeschichte", Tübingen 2010, Bd. IV.

31) Dr. Gerhard Frey (Hsg.), "Deutschlands Ausplünderung", München 1993.

Große Suchaktion

Sefton Delmer, Cheflügner seiner Majestät:

*"Wir führen eine Art totalen Nervenkrieg gegen **Hitler.** Dabei ist alles erlaubt, sofern es dazu dient, das Ende des Krieges und **Hitlers** Niederlage zu beschleunigen. ... Sollten Sie jedoch Lust haben, sich meiner Einheit anzuschließen, so muß ich Sie gleich darauf aufmerksam machen, daß wir jeden, auch den schmutzigsten Trick anwenden, der sich nur denken läßt. Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, um so besser. Lügen, Betrug, alles."* [32) S. 590]

"»Vor allem Genauigkeit« predigte ich meinen Leuten immer wieder. »Wir dürfen nie zufällig oder aus Nachlässigkeit lügen, sondern immer nur bewußt und überlegt.«

Und während wir eine Nachrichtensendung nach der anderen und ein Wehrmachtsprogramm nach dem anderen brachten, bildete sich ein ganzes System von Hetzkampagnen heraus." [32) S. 459]

"Unsere »schwarzen Operationen« wurden in ihre offizielle Geschichtsschreibung mit einbezogen" [32) S. 633]

Nahum Goldmann, langjähriger Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses:

"Wie man mit Geschichten erzählen Millionen verdient." [33) S. 180]

Bild-Zeitung am 17. Mai 1984, S. 2:

*"SS-Obersturmbannführer **Walter Rauff**, Erfinder der rollenden Gaskammern, verantwortlich für den Mord an 250 Millionen Juden, starb in Chile an Lungenkrebs."* [34)]

In Auschwitz ermordete Juden gemäß Französischer Ermittlungsstelle (11.12.1945) = 8 Millionen, ***Süddeutsche Zeitung*** (19.8.1998, Großrabbi Polens = 6 Millionen IMT-Nürnberg-Dok. 008-USSR = 4 Millionen, IMT-Dok. 3868-PS = 3 Millionen. -- Schrumpfende Zahlenaufstellung bis 66.206 = folgende Seite.)

Die ***Frankfurter Allgemeine Zeitung*** zitierte am 5.3.2005 die Antwort von **Richard v. Weizsäcker** auf die Frage, was er von den Konzentrations- und Massenvernichtungslagern gewußt habe:

"Das ist ganz eindeutig. Wenig bis nichts."

Rudolf Augstein, vormals Artillerieoffizier, nach 1945 lizensierter Herausgeber des ***Der Spiegel*** erklärte, den Namen Auschwitz bis Kriegsende nicht gehört zu haben.[35)],

Am 15.10.1999 versicherte **Joachim Fest** (Biograph von **Rüstungsminister Albert Speer**, im ZDF-"Aspekte", trotz spitzfindiger Fragen sei Albert Speer nicht davon abzubringen gewesen, nichts von einer Judenvernichtung in Auschwitz gewußt zu haben.[35)]

Ex-Bundeskanzler **Helmut Schmidt**, wie auch sein SPD-Genosse **Hans-Jochen Vogel** hatten von Judenermordung oder Auschwitz bis Kriegsende nichts gewußt.[35)]

Von mehr als 400 befragten halbjüdischen Wehrmachtsangehörigen (rund 150.000 bis in hohe Generalsränge dienten in der deutschen Wehrmacht) hat keiner etwas über Judenvernichtung gewußt.[36)]

Kein "Widerstandskämpfer" gegen den Nationalsozialismus hat seinen Widerstand mit Judenvernichtung begründet!

Jüdische Weltbevölkerung nach jüdischen Angaben

Jewish Encyclopedia, USA, Ausgabe	**1933**	**15.600.000**
World Almanac (American Jewish Committee Hsg.)	**1939**	**15.600.000**
World Almanac	**1945**	**15.192.089**
World Almanac	**1946**	**15.753.638**
World Almanac	**1947**	**15.698.259**
World Almanac	**1948**	**ca. 15.500-000**
World Almanac	**1949**	**ca.15.500.000**

32) Sefton Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961.
33) Nahum Goldmann, "Das jüdische Paradox", Köln - Frankfurt 1978.
34) Vgl. ***HT*** Nr. 21, S. 36. -- Lt. Staatsanwalt keine Volksverhetzung.
35) Georg Wiesholler, "Brief an das Landgericht München", Ottobrunn 2010, S. 101.
36) Gerhard Frey (Hsg.), "Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht", München 2011, S. 205 - 208. -- Originalquelle; Bryan Mark Rigg, "Hitlers jüdische Soldaten", 2003.

Offizielle Zahlen der jüdischen "Holocaust"-Opfer

17. Mai 1984	***Bildzeitung ("in rollenden Gaskammern")***	**= 250 Millionen**

Allein in Auschwitz:

Datum	Quelle	Zahl
31.12.1945	Französische Ermittlungsstelle für Nazi-Kriegsverbrechen	8.000.000
19.08.1998	Der Groß-Rabbiner von Polen (***Süddeutsche Zeitung***)	6.000.000
20.04.1978	***Le Monde*** (französische Tageszeitung)	5.000.000
23.01.1995	***Die Welt***	5.000.000
20.04.1989	**Eugen Kogon**, "Der SS-Staat", Seite 176	4.500.000
31.12.1952	Der Neue Herder (Lexikon), 7. Auflage (Seite 214)	4.500.000
01.10.1946	IMT-Dokument 008-USSR (Alliiertes Militärtribunal Nürnberg)	4.000.000
02.05.1997	*USA-Today* (größte Tageszeitung der USA)	4.000.000
24.11.1989	Oberstaatsanwalt **Majorowsky** (Anklage Az.: 12 Js 1037/89)	4.000.000
26.07.1990	**Heinz Galinski** in ***Allgem. Jüdische Wochenzeitung*** (Bonn)	4.000.000
08.10.1993	ZD F-Nachrichten	4.000.000
01.12.2003	Spanische Enzyklopädie: Nuevo espasa, diccionario enciclopédico.	4.000.000
01.10.1946	IMT-Dokument 3868-PS (Alliiertes Militärtribunal Nürnberg)	3.000.000
01.01.1995	***Damals*** (BRD-amtlich gefördertes mtl. Geschichtsmagazin)	3.000.000
29.06.2002	**Marcel Reich-Ranicki**, sog. Literaturkritiker (-papst) in ***Die Welt***,	3.000.000
31.12.2001	**Putzger**, Historischer Weltatlas, 103. Auflage	3.000.000
18.07.1990	**Adolf Eichmann** laut ***Rheinische Post***	2.500.000
18.07.1990	***The Peninsula Times*** (Tageszeitung, San Francisco, USA)	2.000.000
25.07.1990	***Hamburger Abendblatt***	2.000.000
02.05.1997	***USA-Today*** (größte Tageszeitung der USA)	1.500.000
11.06.1992	**Heinz Galinski**: ***Allgem. Jüdische Wochenzeitung*** (Bonn)	1.500.000
08.10.1993	ZDF (berichtigendes Schreiben zur Nachricht von "4 Millionen")	1.500.000
23.01.1995	***Die Welt***	1.500.000
03.05.2000	***Die Welt***	1.500.000
01.09.1989	***Le Monde*** (französische Tageszeitung)	1.433.000
02.02.1995	***BUNTE*** Illustrierte	1.400.000
22.01.1995	***Welt am Sonntag***	1.200.000
31.01.2004	***Die Welt***	1.200.000
27.01.1995	***Die Welt***	1.100.000
27.01.1995	IfZ (Institut für Zeitgeschichte, München)	1.000.000
03.05.2000	***Frankfurter Allgemeine Zeitung***	1.000.000
06.02.1999	***BILD***	1.000.000
31.12.1989	Pressac, "Auschwitz, Technique ..." (i. A. Klarsfeldstiftung)	928.000
27.09.1993	***Die Welt***	800.000
22.01.1995	***Welt am Sonntag***	750.000
25.04.1994	***Focus***	700.000
23.01.1995	***Die Welt***	700.000
31.12.1994	Pressac, "Die Krematorien ..." (Im Auftrag der Klarsfeldstiftung)	470.000
1948	**Auschwitz-Prozeß in Krakau (ohne Bezugnahme auf Juden)**	300.000
01.05.2002	**Fritjof Meyer:** Zeitschrift ***Osteuropa*** 5/2002 (*"wahrscheinlich"*)	300.000
08.01.1948	***Welt im Film*** (britische Wochenschau-Reportage Nr. 137)	300.000
06.01.1990	***Frankfurter Rundschau***	74.000
17.08.1994	Internationaler Suchdienst Arolsen (Sach Nr: 10824)	66.206

Anmerkung zu den o.g. Zahlen: Manche Medien werden mit unterschiedlichen Zahlen für jeweils ein und dasselbe Datum zitiert. Es handelt sich dabei um unterschiedliche Beiträge in einer einzigen Ausgabe. Siehe z.B. ***Die Welt*** vom 23.1.1995. Das **Axel-Springer**-Blatt nannte auf Seite 6 in drei verschiedenen Beiträgen für Auschwitz 1,5 Millionen und 700.000 Auschwitz-Opfer. Bei ***USA-Today*** und beim ZDF erlebte man ähnliche Zahlensprünge an einem Tag bzw. in einer Ausgabe.

Bundeskanzlerin Merkel in Danzig am 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs

"Sehr geehrter Herr Staatspräsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Heute vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen das tragischste Kapitel in der Geschichte Europas. Der von Deutschland entfesselte Krieg brachte unermeßliches Leid über viele Völker. Jahre der Entrechtung, der Erniedrigung und der Zerstörung.

Kein Land hat so lange in seiner Geschichte unter deutscher Besatzung gelitten wie Polen. Gerade in dieser dunklen Zeit, über die wir heute sprechen, wurde das Land verwüstet. Städte und Dörfer wurden zerstört. In der Hauptstadt wurde nach der Niederschlagung des Aufstands 1944 kaum ein Stein auf dem anderen gelassen. Willkür und Gewalt durchzogen den Alltag. Kaum eine polnische Familie blieb davon verschont.

Hier auf der Westerplatte gedenke ich als deutsche Bundeskanzlerin aller Polen, denen unter den Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht unsägliches Leid zugefügt wurde.

Die Schrecken des 20. Jahrhunderts gipfelten im Holocaust, der systematischen Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden.

Ich gedenke der sechs Millionen Juden und aller anderen, die in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern einen grausamen Tod erlitten.

Ich gedenke der vielen Millionen Menschen, die ihr Leben im Kampf und im Widerstand gegen Deutschland lassen mußten.

Ich gedenke aller, die unschuldig durch Hunger, Kälte und Krankheit, durch die Gewalt des Kriegs und seine Folgen sterben mußten.

Ich gedenke der 60 Millionen Menschen, die durch diesen von Deutschland entfesselten Krieg ihr Leben verloren haben. Es gibt keine Worte, die das Leid dieses Kriegs und des Holocaust auch nur annähernd beschreiben könnten.

Ich verneige mich vor den Opfern.

Wir wissen: Die Greuel des Zweiten Weltkriegs können wir nicht ungeschehen machen. Die Narben werden weiterhin sichtbar bleiben. Aber die Zukunft im Bewußtsein unserer immer währenden Verantwortung gestalten, das ist unser Auftrag.

In diesem Geist hat sich Europa aus einem Kontinent des Schreckens und der Gewalt in einen Kontinent der Freiheit und des Friedens verwandelt. ..."

Für die deutsche Bundeskanzlerin gab es keine Zerstückelung und Existenzbedrohung des Reiches durch die Versailler Siegermächte 1919, keine Vertreibung und Ermordung deutscher Menschen der abgetrennten Gebiete, keine weiteren Eroberungsgelüste und Überfälle auf deutsches Land und Kriegsdrohungen durch Tschechen und Polen, keinen weltrevolutionären Bolschewismus, keine Kriegserklärungen an Deutschland durch Judea 1933, keine kriegswillige Einkreisungspolitik Großbritanniens und Frankreichs mit Kriegsermunterungen für Polen und die UdSSR, keine anschließende Kriegserklärung auf Drängen der USA an Deutschland 1939. Auch verschwieg diese Kanzlerin jegliche polnischen Kriegsprovokationen seit Frühjahr 1939 mit verschärftem Volkstumskampf, Teilmobilisierung, Abbruch diplomatischer Gespräche mit der Reichsregierung am 26. März 1939, verbunden mit Kriegsdrohung, Grenzverletzungen, Ablehnung deutscher Vermittlungsvorschläge. Für diese Kanzlerin gab es auch keine deutschen Friedensvorschläge, die wiederholt von Großbritannien abgelehnt wurden, nicht einmal sowjetische Kriegspläne gegen Europa, keine Kriegsausweitungsinitiativen und Verbrechen der Alliierten.

Die Alliierten waren -- **Merkel** zufolge -- die einzigen, die Frieden, Humanität, Gerechtigkeit und Menschenwürde verkörper(te)n. Im Gegensatz hierzu soll das deutsche Volk für alle Übel verantwortlich bleiben. Ihm sei auf Dauer ("ewig") mittels Straf-§§ verboten, nachzuprüfen, ob die Anklagen stimmern oder nicht..

"Das Geschichtsbild darf durch Deutschland nicht geändert werden." [37)]

Mit diesem "Maulkorbdekret" bekräftigte diese "Demokratin" für ihr Volk den Entzug grundsätzlicher Lebens- und Menschenrechte.

"Konsequenterweise" hat die BRD von 1965 - 1992 an "Wiedergutmaachung" für Polen 26.740 Mrd. Euro-Werte geleistet.[30) S. 160] Weiteres wird -- z.T. auch auf Umwegen über die Europäische Union -- vernebelt.

Im späteren Teil ihrer Rede gedachte **Angela Merkel** der polnischen und "6 Millionen" jüdischen Opfer sowie *"aller anderen, die in deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern einen grausamen Tod erlitten ... sowie der vielen Millionen Menschen, die ihr Leben im Kampf und Widerstand gegen Deutschland lassen mußten. Ich gedenke der 60 Millionen Menschen, die durch diesen von Deutsch-*

37) Vgl. ***HT*** Nr. 101, S. 3, Rede in Warschau am 16.3.2007.
38) Gemeinschaft Deutscher Osten /GDO), Rundbrief 2009, Herbst/ Winter, Augsburg S. 75. -- 86150 Augsburg, Sterngasse 1.

land entfesselten Krieg ihr Leben verloren haben." [38]

Deutsche Opfer benannte sie nicht.

Auch am 9. November 2009 gedachte sie der -- neu formulierten -- "Pogromnacht" vom 9. November 1938 mit der ebenfalls propagandistisch geschichtswidrig zugefügten Behauptung, daß hiermit "*die Ermordung der europäischen Juden begonnen*" hätte.

"Dann feierte sie das Engagement unserer Nachbarn.

»Die Einheit unseres Landes wäre ohne unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa undenkbar.«

*Dabei hob sie auch Polen hervor. Daß in Warschau führende Politiker Anfang 1990 Deutschland unverhohlen mit Krieg drohten, läßt **Merkel** beiseite."* [39]



Den Tenor dieser Rede ergänzte sie mit einer modernen Propagandamethode, deren Exponat noch aus ihrer Zeit als Bezirkssekretärin für Agit-Prop, der kommunistischen FDJ stammen könnte:

Auf der Internetseite "bundeskanzlerin.de" erschien Ende 2009 unter der Überschrift "*Deutschland wird nie vergessen*" ein "Foto", das mit

"*Erschießung von polnischen Zivilisten durch deutsche Soldaten, September/Oktober 1939*"

untertitelt und als "*Ermordung polnischer Zivilisten*" kommentiert wurde.

Das Archiv für Kunst und Geschichte ("akg-images") lieferte dieses mit allen Merkmalen einer primitiven Fälschung gekennzeichnete "Foto" typisch anonym, ohne Hinweis auf genauen Zeitpunkt, Ort, Befehlsgeber, Beweise, Funde, internationale Untersuchung. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** hat all dies Ungeklärte nicht nur als "historisches Anklagedokument gegen Deutschland" übernommen, eine Überprüfung der Au-thentizität des Bildes unterlassen, sondern auch noch sogleich ohne Beleg die "*Erschießung*" in "*Ermordung*" umfunktioniert. Nach damaligem und selbst heutigem Kriegsrecht wäre die Erschießung ziviler Heckenschützen, Saboteure und Spione kriegsrechtlich gerechtfertigt gewesen.

Allein die Tatsache, daß sich Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf ihrer Internetseite solcher primitiven antideutschen Propaganda bedient, belegt, daß sie ihre Amtstätigkeit als Dienst für die Feindstaaten Deutschlands auffaßt und betreibt. Welcher Staatsmann außerhalb der BRD hat ein ähnliches Verhalten aufzuweisen? Die ***Deutsche National-Zeitung*** folgerte mit Recht:

*"Doch sorgfältiger Umgang mit Quellen ist **Merkels** Belastungseifer im Wege. Wo immer es etwas zu Lasten Deutschlands zu vergröbern oder zu übertreiben gilt, ist sie zur Stelle."* [40]

Zu ergänzen wäre: "oder kritiklos von den Feindstaaten Deutschlands zu übernehmen gilt". Auch dieser Zeitungskommentar belegt: **Hier handelt es sich nicht um ein Versehen, sondern um ein System des Amtsmißbrauchs, das nach dem Strafrecht der Weimarer Repu-blik als Verrat an Volk und Vaterland mit Zuchthaus zu bestrafen war. (StGB § 90 Landesverräterische Untreue: Wer ein Staatsgeschäft wissentlich zum Nachteil seines Auftraggebers führt, wird mit Zuchthaus bestraft. -- §§ 268, 269, 270 Urkundenmißbrauch: Schon der Versuch einer schweren Urkundenfälschung zum Schaden anderer ist zu bestrafen).** [41]

Diese global-primitive Geschichtsdogmatik beschränkt sich nicht auf die frühere kommunistische SED-Sekretärin für Agitation **Merkel**. Sie kennzeichnet vielmehr ihr gesamtes Gefolge inclusive der vom Ausland gesteuerten Medien. Auch die öffentlichen Dienste einschließlich Justiz mit Staatsanwälten und Richtern, Schulbehörden, politischen Bildungsstellen und Institute, "gesellschaftliche Organisationen" sind dabei. Und die Parteien "*wirken an der politischen Willensbildung mit*". Sie akzeptieren Derartiges vorbehaltlos. So auch die geschichtswidrige Belastung der Deutschen mit Tötung "*von mehr als 6 Millionen Polen während des Krieges*" durch die in der Technischen Universität Breslau am 25.9.2008 mit polnischer Ehrendoktorwürde ausgezeichnete **Angela Merkel**. [42]

---

39) ***Deutsche National Zeitung***, München, 20. November 2009, S. 3.

40) ***Deutsche National Zeitung***, München 25.12.2009.

41) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 93, S. 3 ff.

42) ***Deutsche National-Zeitung***, München, 8.1.2010, S. 2. -- Vgl. zur polnischen "Kriegsopfer-Statistik" ***HT*** Nr. 59, S. 33 ff.

Ein unwürdiges und das eigene Volk verunglimpfendes Interview des Bundespräsidenten Horst Köhler mit der polnischen *Gazeta Wyborscza* am 13. Juli 2009

Gazeta Wyborcza: Viele Deutsche, die die gleiche Herkunft wie Sie haben, nennen sich »Vertriebene« und beteiligen sich in Vertriebenenverbänden. Sie aber haben mehrmals betont, daß Sie nicht zu dieser Gruppe gehören. Wieso?

Horst Köhler: Die Geschichte meiner Familie ist von Umsiedlung und Flucht bestimmt, nicht von Vertreibung. Daher fühle ich mich nicht als Vertriebener. Und doch meine ich, kann ich nachvollziehen, was Vertreibung bedeutet.

Gazeta Wyborcza: Ich spreche es an, weil die Vertriebenen in Polen seit Jahren große Besorgnis erregten. Wir fürchteten, daß sie alten Besitz in Westpolen wieder bekommen wollen oder die Geschichte umzuschreiben versuchen. Manche deutsche Politiker nahmen keine große Rücksicht auf diese polnischen Ängste. War das nicht ein Fehler, seinen Nachbarn nicht verstehen zu wollen?

Horst Köhler: Meine Erfahrung ist: Es verleiht Kraft und weitet den Blick, sich in den anderen hineinzuversetzen, zu lernen, wo der andere ist, und davor Respekt zu entwickeln. Empfindsamkeit für einander bringt uns gemeinsam voran. Vielleicht wird in Deutschland nicht immer der richtige Ton getroffen. Aber ich bin froh, sagen zu können: Es gibt in Deutschland keine ernst zu nehmende politische Kraft, die die Geschichte umschreiben will. Ich habe es begrüßt, daß sich auch der Bund der Vertriebenen von der so genannten »Preußischen Treuhand« und ihren rückwärtsgewandten Forderungen ausdrücklich distanziert hat. Ich kann verstehen, daß die Klage dieser kleinen privaten Vereinigung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte seinerzeit die polnische Öffentlichkeit bewegt hat. Ich hätte mir allerdings gewünscht, daß die Abweisung der Klage durch das Gericht eine ebenso breite Resonanz gefunden hätte.

Mein Amtsvorgänger, Bundespräsident **Johannes Rau**, und der polnische Staatspräsident **Aleksander Kwasniewski** haben im Oktober 2003 in Danzig gemeinsam erklärt, daß es keinen Raum mehr geben kann für Entschädigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste. Diese Danziger Erklärung habe auch ich mir zu eigen gemacht. Es geht eben nicht um materielle Entschädigung, sondern es geht um die Erinnerung an menschliches Leid und um unsere gemeinsame Entschlossenheit zur Aussöhnung und zukunftsgerichteten Zusammenarbeit.

Dafür ist es sehr wichtig, mehr von einander zu wissen, die gegenseitigen Sorgen zu kennen und auf einander einzugehen. Die Menschen sollen miteinander ins Gespräch kommen, am besten auch zwischen den Generationen. Jung und Alt können gemeinsam vieles möglich machen. Das schließt aber ein, zuzuhören und einander Glauben zu schenken und auch bereit zu sein, neue Erfahrungen an die Stelle alter Stereotypen zu setzen.

Gazeta Wyborcza: Letztendlich haben beide Länder eine Kompromißlösung gefunden. Die deutsche Regierung hat die Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung« gegründet. Die umstrittene BDV-Präsidentin **Erika Steinbach** beteiligt sich in dieser Stiftung nicht. Wie finden Sie diese Lösung? Können die Deutschen gewährleisten, daß die Geschichte bei der Darstellung des Schicksals der Vertriebenen nicht umgeschrieben wird?

Horst Köhler: Zweck der Stiftung ist es, im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert wachzuhalten. Es geht um ein Schicksal, das Millionen von Menschen überall in Europa erlitten haben. Ich bin sicher: Die geplante Dauerausstellung wird keinen Zweifel daran lassen, was die Ursachen für Flucht und Vertreibung der Deutschen war: Das nationalsozialistische Unrechtsregime und der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg.

Gazeta Wyborcza: Ein Besuch in Warschau wird Ihre erste Auslandsreise nach Ihrer Wiederwahl, so wie in 2004. Wieso ist Polen so wichtig für Sie? (Ich vermute, nicht wegen der Geschichte und Ihrem Geburtsort).

Horst Köhler: Polen ist für mich so wichtig, weil es unser größter Nachbar im Osten ist und weil ich die Freiheitsliebe der Polen bewundere. Ich glaube, daß wir gerade wegen unserer leidvollen Geschichte besondere Verantwortung für den Weg in die Zukunft tragen. Wenn wir diesen Weg als gute Nachbarn gehen, dann können wir das Beste für das Wohlergehen der Menschen in beiden Ländern erreichen. Ich freue mich auf meine Gespräche in Warschau. Ich will mit dieser ersten Auslandsreise nach Warschau zu Beginn meiner zweiten Amtszeit ein Zeichen setzen für die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen...!" [43)]

43) ***Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens***, Ausgabe Juli/August 2009 24361, Groß-Wittensee, Seeufer 4, Horst Oehmann (Hsg.).

Zur Lage der Nation

Die BRD-amtliche Sprachregelung duldet keinen Widerspruch der von den Siegermächten diktierten Beschuldigung des deutschen Volkes, ein "Unrechtregime" geschaffen, ihm zugejubelt und mit diesem einen Zweiten Weltkrieg gegen die "friedliebenden, zivilisierten Nationen" entfesselt zu haben, -- mit dem vorsätzlichen Ziel eines "singulären Holocaust an den Juden". Ein BRD-"Staatsmann" benötigt keine Geschichtskenntnisse, keine Bindung an den feierlich abgelegten Amtseid "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren" -- wohl wissend, daß dieser *"nicht "justiziabel"* ist [44] --, keine Verpflichtungen zur Wahrheit oder Interessen- und Rechtsvertretung für sein Volk. Nur eines muß er gelernt haben: kritiklos alles, und sei es noch so verlogen, nachzuplappern und als "offenkundige Weisheit" vorzutragen, was die Siegerfreunde dem deutschen Volk an Schuld anlasten.

Bundespräsident **Horst Köhler** hat sich mit derlei Sprüchen hochgedient. Ihm wird nicht übel, angesichts der grauenvollen Vertreibung von 15 Millionen seiner Landsleute aus ihrer Heimat, diese zum *"Respekt und zur Empfindsamkeit"* für die Vertreiber aufzufordern. Weder regte er Polen zum Respekt vor den Deutschen an, noch beanstandete er, daß Polen womöglich einmal *"nicht das richtige Wort im Umgang mit den Deutschen gefunden"* hätte seit 1919.

Ein neuer Bundespräsident

Christian Wulff (51, CDU) setzte als Ministerpräsident von Niedersachsen mit Berufung der Türkin **Aygül Özkan** auf den Posten der Integrationsministerin für die Entscheidungskräfte im politischen Hintergrund der BRD die Signale zugunsten seiner weiteren Kür -- zum Bundespräsidenten.

Er empfahl sich für eine *"bunte Republik Deutschland"*. In den Vordergrund stellte er das Anliegen, ausländischen Kindern in Deutschland die gleichen Bildungs- und Berufschancen zu ermöglichen, wie sie deutschen Kindern gewährt sind. Was bedeutet, bereits das Schulbildungsniveau der deutschen Kinder nachhaltig herabzudrücken und deren Berufschancen ebenso zu verringern, um nur das Mindeste an Nachteilen für sie zu nennen.

Seinen Systemfreunden, die ihn zum Sprecher machten, gehöre das vom Großraub im Osten übriggebliebene Restdeutschland nicht etwa den Deutschen, sondern mit gleichen Rechten Immigranten aller Herren Länder mit prozentual steigender Tendenz. -- Wenn das kein Volksverrat, Amtseidbruch und Verfassungsbruch ist, was ist dieses Verhalten sonst?

Völlig abgehoben von seinem "Souverän" -- dem deutschen Volk -- überraschte er mit seiner ersten Rede nach Amtsübernahme seine Mitbürger bereits mit einem Rückstoß in fremdkulturelle vormittelalterliche Religionszwänge.

Des deutschen Volkes BRD-Repräsentanten hätten ungeheueren Nachholbedarf, sich endlich für die Wiederherstellung seiner Ehre und Rechte, die Rückgabe seiner Ostgebiete, die Zurückweisung der Kriegsschuld und unzähliger ihm angedichteter Kriegsverbrechen sowie für Deutschlands gleichberechtigte Stellung in der Welt einzusetzen und nicht für Überfremdung des noch übrig gebliebenen Restbestandes seines Landes!

Das Verhalten des neuen Bundespräsidenten **Christian Wulff**, sich nicht dem deutschen Volk, sondern einer *"multikulturellen Gesellschaft"* verpflichtet zu fühlen, ist von Anfang an ein Hohn auf seinen Verfassungsauftrag sowie seinen Amtseid, *"Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren"*! Er und seine Hintermänner wissen indessen, daß der Amtseid "nicht justiziabel" ist und selbst Verrat an der Zukunft des deutschen Volkes gefahrlos praktiziert werden könne.

Kaum war **Christian Wulff** mühsam gewählt, reiste er schon nach Polen. Am 14. Juli 2010 meldete die ***Deutsche Presseagentur***:

"Bundespräsident Chrtistian Wulff (CDU) hat sich am Dienstag bei seinem Antrittsbesuch in Warschau zur fortdauernden deutschen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus bekannt. Die Deutschen hätten dem polnischen Volk und der Gewerkschaft Solidarnosc die deutsche Einheit und die europäische Vereinigung zu danken." [45]

Kein Amtsträger nahm Anstoß an seiner Unkenntnis der Geschichte bzw. ihrer Verdrängung zum Nachteil seines Volkes und an der Würdelosigkeit seines Auftretens. Er absolvierte ein von ihm erwartetes Vasallenritual!

Zum "Tag der deutschen Einheit" -- 3. Oktober 2010 -- brachte **Chr. Wulff** immer noch kein Wort zur Erinnerung an die Vertreibung der Ostpreußen, Westpreußen, Schlesier, Sudetendeutschen, Ost-Pommern und Ost-Brandenburger über die Lippen.

Statt dessen: *"Der Islam gehört zu Deutschland"*!

Ein solcher Volksverrat ist nur möglich, weil das deutsche Volk nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 seine Souveränität immer noch nicht zurückerlangt hat! Integrationsförderung für fremde Kulturen, Religionen und Mentalitäten mit vormittelalterlicher Dogmatik und Intoleranz, Expansionswillen und Gewaltbereitschaft kann

44) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 67, S. 12.

45) ***Deutsche National-Zeitung***, München, 23.7.2010.

nur als Volkszersetzung und Volksenteignung sowie erneute Entrechtung der Frauen verstanden werden.

Man brauchbt nicht alle Einzelheiten der vormittelalterlichen islamischen Religionsbücher und "-gesetze"zu kennen oder die einem fiktiven **Allah** oder auch einem **Mohamed** zugesprochenen Befehle oder Empfehlungen zur Bekämpfung oder Ausrottung der "Ungläubigen", um zu wissen, daß derlei als "heilig " ausgegebene Sprüche nicht in die europäische zivilisierte Gegenwart passen. Jeder Blick in die Geschichtsbücher zeigt brutale Kämpfe, Kriege und Grausamkeiten, die im Namen des Islam und seiner "Heiligen" vollzogen worden sind. Man kann Islamisten und Eiferern anderer Religionen raten, sich wissenschaftliche Kenntnisse und ein modernes Humanitätsverständnis anzueignen, Völkerrechtsgrundsätze unabhängig von religiösen "Vorschriften" und eigenen Machtinteressen zu respektieren. Dies allerdings verlangt, auf vormittelalterliche Glaubensmissionen zu verzichten.



Verantwortungslos hingegen ist, solchen Religionsgrundsätzen in zivilisierten Völkern die Wege zur Integration und somit Ausbreitung zu ebnen!

Die Folgen können nur großflächiges Chaos sein!

Der Schlesier vom 15.10.2010, S. 6 ergänzte mit einem Kolorit:

"Seit Gründung des Islam durch ***Mohamed****, der 66 Kriege gegen Nicht-Muslime geführt hat, wurden Christen von Muslimen unterdrückt, verfolgt und getötet."*

Die *Deutsche Stimme* ergänzte in ihrer Ausgabe vom Dezember 2010:

"Als ***Mohamed*** *starb, hinterließ er seinem Nachfolger, dem Kalifen* ***Abu Bakir****, die Verpflichtung, »alle Ungläubigen« zu vernichten,*

Der nächste Kalif, ***Umar****, eroberte i. J. 635 Damaskus. 638 mußte sich die christliche Stadt Jerusalem dem Kalifen ergeben. Seitdem hat der Islam riesige Territorien, Ägypten und Nordafrika religiös »gesäubert«. Der 2. Kalif hat im Sinne des »Propheten« den Hidiaz, also Arabien »christenrein« und »judenrein« gemacht. Das hieß entweder Bekehrung oder Vertreibung."*

Die Bundesregierung stellte kürzlich trotz nicht mehr überschaubarer Verschuldung in Billionenhöhe ohne jegliche Veranlassung 8 Millionen Euro zur Ausbildung türkischer Imane in Deutschland zur Verfügung!

Derlei volksvergessene Willkürsprüche und Staatsakte sind derart grotesk, daß Zweifel darüber angebracht sind, ob der Vergleich der Bundesrepublik mit "Absurdistan", wie er vom Volksmund seit Jahrzehnten gepflegt wird, ausreicht, um diese Paradoxien richtig zu kennzeichnen.

Noch ein Kolorit:

Die BRD-Politiker haben das Bildungsniveau des deutschen Schulsystems -- vorwiegend in den Hauptschulen -- mittels multikultureller Überfremdung und der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtiger Schüler schockierend abgesenkt. Sie verschlimmern die Lage der Jugend noch mit ihrem unablässigen Bemühen um "Green-Card-Intelligenzler", die "notwendig" seien, die fehlenden "Fachkräfte" aus dem Ausland herbeizuschaffen, womit den deutschen Kindern weitere Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden.

Noch ein Kolorit:

"Jeder Achte verweigert Integration = rund 2 Millionen Immigranten"

So die Auskunft der Bundesregierung.[46]

Noch ein Kolorit:

Der Politikwissenschaftler **Stefan Hug** verweist in seinem Buch "Migrantengewalt -- Wie sich unser Staat selbst entmachtet", Beltheim-Schnellbach /Bublies Verlag, (304 Seiten), 2010 auf die langjährige offizielle Tabuisierung der Ausländerkriminalität in der BRD, auf die gängige Methode der Polit- und Mediengurus, tunlichst den Deutschen Schuld und Fremdenfeindlichkeit anzulasten. Er vermerkt Ursachen, Ausmaß und Gefahren des multikulturellen Zusammenlebens im nicht-souveränen Deutschland, in dem Ausländer sogar vor Gericht vielfach bevorzugt behandelt werden.

Noch ein Kolorit:

Udo Ulfkotte hat in seinem Buch "Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold" sowie in seinen anderen Büchern[47] dem Gefasel von der "Integrationsbereicherung" unter Bezugnahme auf eine Fülle von Quellenbelegen die ruinöse Wirkung auf das BRD-Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialsystem entgegengestellt:

"Vergessen Sie die horrenden Kosten der Wirtschaftskrise. Sie sind trotz der vielen Milliarden, die wir alle dafür bezahlen müssen, nichts im Vergleich zu jenen Beträgen, die wir für die Heuschrecken der Zuwanderungsindustrie ausgeben."

"Über eine Billion Euro haben Migranten allein in

46) ***UN*** (***Unabhängige Nachrichten***), Oberhausen 10/2010, S. 2
47) Udo Ulfkotte, "Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold", 72108 Rottenburg, Kopp Verlag. -- Vgl. auch seine Bücher "SOS Abendland", "Vorsicht Bürgerkrieg" und "Wirtschaftskrieg".

Deutschland in unseren Sozialsystemen bislang an Schäden verursacht."[47]

Mehr als 40% aller Sozialhilfeempfänger sind Ausländer. Seit Jahrzehnten finanzieren deutsche Krankenversicherungen Mitglieder von Großfamilien aus der Türkei und dem Balkan, die noch nie in der BRD gelebt haben, Gleichzeitig werden Deutschen die Mitgliedsbeiträge ungebührlich erhöht.

Noch ein Kolorit:

Michael Grandt hat in seinem Buch "Der Staatsbankrott kommt" [48] folgende Sachverhalte dargelegt: Die hemmungslose Schuld- und Sühne-Belastung, fehlende Einwirkungsmöglichkeit auf internationale Finanzmanipulationen und -spekulationen, unverständliche Großzügigkeit gegenüber Emigranten aus unterschiedlichsten Ländern, und das alles angesichts unentwegter Neuverschuldung. Der eigenen Staatsführung sind damit die wirtschaftspolitischen Instrumente zur Selbsthilfe genommen, weshalb alle Anzeichen eines sich nähernden Staatsbankrotts erkennbar werden.

Noch ein Kolorit:

Wolfgang Seeger hat mit seiner Broschüre "Ausländer-Integration ist Volksmord" [72] die volksverderbenden und friedensfeindlichen Folgen einer Multikulti-Gesellschaft nachgewiesen.

Das Buch von **Thilo Sarazin,** "Deutschland schafft sich ab -- Wie wir unser Land aufs Spiel setzen",[51] entfachte zwar auf höherer Ebene zeitweilig ernsthafte Diskussionen, doch hatte es keine positive Auswirkung auf den Vollzugswillen der über Deutschland bestimmenden internationalen Globalisten.

Christian Wulff zelebrierte derweil seine "Schuld- und Sühne"-Regie *"auch für alle zukünftigen Generationen des deutschen Volkes"* weiter: im Dezember 2010 in Israel, anschließend zur Gedenkfeier in Warschau für **SPD-Willi Brandt**s Kniefall gleichen Geistes. -- Ein weltweit wirklich singulärer Präsident!

"Ob die Deutschen aussterben, ist mir verhältnismäßig wurscht"

Renate Schmidt (SPD) am 14.3.1987 im Bayerischen Rundfunk. Sie wurde befördert: Von 1990 - 1994 war sie Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, von 2002 - 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Kinder.

"Sterben die Deutschen aus? Das ist für mich nicht das Problem. Diese Frage stelle ich an allerletzter Stelle, weil dieses mir verhältnismäßig wurscht ist." [49] S. 180

US-amerikanische Juden-Genozid-Initiatoren unter Protektion des US-Präsidenten F. D. Roosevelt -- ohne Stephen Wise und Samuel Untermayer, die bereits seit 1933 ihre Kriegserklärung als "Vernichtung Deutschlands" verstanden haben.









Louis Nizer **Prof. Earnest Hooton** **Theodore Nathan Kaufmann** **Henry Morgenthau jr.**

48) Michael Grandl, "Der Staatsbankrott kommt", 2010.

49) Dr. Gerhard Frey (Hsg.), "Wer? Wann? Was? -- Zitate entlarven Prominente", München 2008.

50) Wolfgang Seeger, "Ausländer-Integration ist Volksmord", Pähl, Obb. 1980 (Verlag Hohe Warte) -- Nachdruck Lühe Verlag, Postfach 1249, 24390 Süderbrarup. -- Vgl. auch:
Edmund Sawall, "Auflösung Deutschlands", Tübingen 2004, Hohenrain Verlag.

51) Thilo Sarazin, "Deutschland schafft sich ab -- Wie wir unser Land aufs Spiel setzen", München 2010.

Die Bundesregierung integriert weiter

Auszüge aus dem »8. Bericht der Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland«

■ "Zu Beginn der 16. Legislaturperiode hatte die Bundesregierung die Integration von Migrantinnen und Migranten zu einer gesellschaftspolitischen Schlüsselaufgabe gemacht." (S. 25)

■ "Um die Potentiale von Migrantenorganisationen wirksam werden zu lassen, ist es daher erforderlich, die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und die Kooperation öffentlicher Stellen wie auch gesellschaftlicher Organisationen mit ihnen zu verbessern. Vor diesem Hintergrund hat sich die Beauftragte dafür eingesetzt, im Rahmen der Arbeiten am bundesweiten Integrationsprogramm einen Schwerpunkt auf die Stärkung von Migrantenorganisationen zu legen." (S. 31)

■ "Die deutsche Gesellschaft durchläuft einen tief greifenden Wandlungsprozeß. Zu den Ursachen gehört nicht zuletzt die demographische Entwicklung, kurz gesagt: Die deutsche Bevölkerung wird weniger, älter und vielfältiger. Insgesamt erfordert der demographische Wandel erheblichen Anpassungsbedarf in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im infrastrukturellen Bereich." (S. 35)

■ Integration ist also mehr denn je eine politische und gesellschaftliche Aufgabe von zentraler Bedeutung. Es gilt, den gesellschaftlichen Wandel und Umbruch u.a. auch als integrationspolitische Chance zu begreifen und zu nutzen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist für die Zukunft der deutschen Gesellschaft entscheidend. (S. 36)

■ "Insgesamt sind Personen mit Migrationshintergrund (Durchschnittsalter 34,4 Jahre) im Schnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (Durchschnittsalter 45,3 Jahre) ... Gleichzeitig ist angesichts des großen Anteils junger Migrantinnen und Migranten davon auszugehen, daß der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kontinuierlich zunehmen wird." (S. 41)

■ "Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeichnet sich zum einen durch eine deutlich höhere Anzahl von Familien mit Kindern und zum anderen durch kinderreiche Familien aus." (S. 42)

■ "Diese Kinder und Jugendlichen bilden Deutschlands größtes neu zu erschließendes Bildungspotential." (S. 66)

■ "Die Beauftragte weist daher auf die Notwendigkeit hin, den Anteil von Lehrkräften mit Migrationshintergrund systematisch und nachhaltig zu erhöhen -- beginnend bei der Berufswerbung an Schulen über die Auswahl der Studierenden, Unterstützungsangebote im Studium, aber auch Fort- und Weiterbildungsangebote sowie einer veränderten Einstellungspraxis und Führungskräfteentwicklung. Dabei muß eine Auswahl selbstverständlich nach Eignung und Leistung unter Berücksichtigung interkultureller Kompetenzen erfolgen." (S. 109)

■ "Für die Einrichtungen der Altenhilfe bedeutet die demographische Entwicklung, daß sie sich auf eine sich verändernde Zielgruppe einstellen müssen. Es gibt immer mehr ältere Menschen mit Migrationshintergrund." (S. 309)

■ "Für besonders wichtig hält die Beauftragte es daher, daß ältere Migrantinnen und Migranten in den Einrichtungen zweisprachiges Personal vorfinden, das mit ihnen in ihren jeweiligen Muttersprachen kommunizieren kann." (S. 310)

■ "Die 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind auch für die Medien eine nicht mehr zu vernachlässigende Zielgruppe. ... Medien prägen mit ihrer Berichterstattung und in ihren Unterhaltungsangeboten Bilder von den verschiedenen ethnischen und kulturellen Bevölkerungsgruppen in unserer Gesellschaft mit und bilden die Plattform für öffentliche Kommunikation zwischen einzelnen Gruppen. Sie spielen daher im Prozeß der Integration eine bedeutende -- wenn auch nur mittelbare -- Rolle." (S. 371)

■ "Im Rahmen der bereits seit längerem geführten Fachdiskussion wurde auch immer wieder das Modell »anonymer Lebensläufe« bzw. »anonymer Bewerbungen« erörtert. Dabei werden bestimmte persönliche Angaben, die erfahrungsgemäß zu Diskriminierungen führen können, nicht mehr in den Lebenslauf bzw. die Bewerbung aufgenommen. Variabel ist der genaue Grad der Anonymisierung. Zumeist soll dabei das Paßbild neben dem Namen auch der Geburtsort und die Wohnanschrift entfallen. Die Anonymisierung kann sich aber auch auf weitere Merkmale wie das Geburtsdatum und Angaben zur familiären Situation erstrecken." (S. 388)

■ "Der Bedarf an islamischen Religionslehrerinnen und -lehrern wird vom Wissenschaftsrat für den Fall einer flächendeckenden Einführung von islamischem Religionsunterricht auf ca. 2.000 Lehrkräfte in allen Schulformen geschätzt. Zudem arbeiten in den rund 2.600 Moscheen in Deutschland nach Angaben des Wissenschaftsrats ca. 1.500 hauptamtliche und 1.000 ehrenamtliche Imame, die bislang überwiegend im Ausland ausgebildet werden.

So entsendet allein die türkische Religionsbehörde (DIYANET) jährlich etwa 800 Imane nach Deutschland." (S. 439)

Keine Volksgenossen mehr, sondern nur noch "Bürger mit oder ohne Migrationshintergrund"

Die Bundesregierung hat mit Ernennung von "Beauftragten", aber auch allgemein, eine neue Sprachregelung für die Definition ihres "Souveräns" -- des deutschen Volkes -- in die Wege geleitet. Es gibt keine Volksgenossen mehr, -- abgesehen von Parlamentsdebatten-- auch nicht mehr einfach "Bürgerinnen und Bürger", sondern:

1.) Bewohner oder Bevölkerung **"Bürgerinnen und Bürger ohne** Migrationshintergrund" (Deutsche, 65,455000.[2])

2.) Eingebürgerte **mit** Migrationshintergrund und Migrationserfahrung (immigrierte Ausländer mit deutschem Paß. 8,297 Millionen.[52]).

3.) "Deutsche mit Migrationshintergrund **ohne** Migrationserfahrung" (in Deutschland geborene Ausländerkinder mit deutschem Paß, 3,283 Millionen, weitere 1,661 Millionen ohne deutschen Paß),

4.) Ausländische Bewohner mit Migrationshintergrund und Migrationserfahrung (Ausländer ohne deutschen Paß, 7,271 - 10,624 Millionen)

5.) ausländische Bewohner ohne Mirgationserfahrung (Ausländerkinder ohne deutschen Paß).

Waren es 2005 laut Statistischem Bundesamt 15.3 Millionen, so haben sich im Jahr 2009 bereits 16 Millionen "Bürgerinnen und Bürger mit Immigrationshintergrund" im zerstückelten Rest Deutschlands zur "kulturellen Bereicherung" des deutschen Volkes dauerhaft eingerichtet.

Die Quote der Arbeitslosigkeit und Kriminalität -- so die Angaben der Bundesregierung im Jahr 2009 -- lag bei Personen mit Migrationshintergrund um das Doppelte über den ursprünglichen Deutschen. Diese Angaben dürften allgemein geschönt sein:

Zum einen, weil zwischen alteingesessenen Deutschen und "eingedeutschten" Fremden für die Öffentlichkeit nicht sorgfältig unterschieden wird, und zum anderen zur Kriminalitätsrate der Deutschen die rechtsstaatswidrigen "rechtsradikalen Meinungsdelikte", die es für Ausländer und andere gar nicht gibt, mitgezählt werden.

Daß die Quote fehlender oder schlechter Schulabschlüsse für Ausländerkinder im Durchschnitt jene der deutschen Mitschüler erheblich übertrifft, gilt als allseitig bekannt und bedeutet für "den Souverän" -- das deutsche Volk -- nicht nur erhebliche Nachteile für seine heranwachsende Jugend, sondern auch unübersehbare Sozialbelastungen im späteren Berufsleben und Alter. Konkret: 13,4% BRD-Immigrationshintergrundler im Alter von 25 bis 65 Jahren haben keinen Schulabschluß, 38,3% keine Berufsausbildung. Diese in dieser Größenordnung auf Grund ihrer integrationsungeeigneten Fremdartigkeit kaum reduzierbare Bevölkerung bleibt eine Dauerbelastung deutscher Kraken- und Sozialkassen. Auch in der Regierung kann das niemand übersehen!

Thilo Sarazin,[51]) (SPD) Vorstandsmitglied der deutschen Bundesbank, brach 2010 aus dem Mitmacher-Kartell aus. Das Grollen der öffentlichen Claqueure, die zum großen Teil in ausländischen Diensten oder "ihnen nahe" stehen, bewegte den Blätterwald der Presse ebenso wie die Fernsehwellen und die Debatten der angeblichen "Volksparteien". Dabei hatte **Sarazin** -- wie die Berliner ***BZ*** im Vorgriff auf sein Buch erwähnt hat --, nur simple Wahrheiten zusammengestellt, wenn auch auf türkische Immigranten und nicht auch auf andere Deutschland Mitregierende bezogen:[54])

■ "Die sozialen Belastungen einer ungesteuerten Migration waren stets tabu."

■ "Keine andere Religion in Europa tritt so fordernd auf."

■ "Keine Gruppe betont in der Öffentlichkeit so sehr ihre Andersartigkeit, insbesondere durch die Kleidung der Frauen."

■ "Keine andere Immigration ist so stark wie die muslimische mit Inanspruchnahme des Sozialstaats und Kriminalität verbunden."

■ "Bei keiner anderen Religion ist der Übergang zu Gewalt, Diktatur und Terrorismus so fließend."

■ "Ich möchte, daß meine Urenkel auch in 100 Jahren noch in Deutschland leben können."

■ "Die mangelnde Integration liegt an den Attitüden der muslimischen Einwanderer."

■ "Der sichtbare Unterschied der ein Gefühl der Distanz schafft, besteht vor allem im Kopftuch."

■ "Rund 60% der Ehen türkischer Staatsbürger in Deutschland werden mit einem Partner aus der Türkei geschlossen. Diese Importpartner weisen durchweg eine sehr niedrige Bildung auf."

■ "Die zum großen Teil arbeitslosen Familienoberhäup-

---

52) Statistisches Bundesamt, "Ergebnisse des Mikrozensus 2009", Wiesbaden, S. 32: "Gesamtbevölkerung 81.904.000".

53) Zahlen für 2008 gemäß "8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migrartion, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.", S. 38. -- Vgl. Fn. 232)

54) ***Unabhängige Nachrichten*** (***UN***), Oberhausen 8/2010, S. 6.

ter haben zwar zu Hause das Sagen, aber nach außen können sie gegenüber ihren Söhnen nicht mit dem Prestige des Ernährers aufwarten."

■ "Um so eifriger vermitteln sie dem männlichen Nachwuchs übersteigerte Vorstellungen von einer tapferen, um der »Ehre« willen jederzeit gewaltbereiten Männlichkeit."

■ "Zum Schulfrust gesellt sich sexuelle Frustration und beides trägt zum Aggressionsstau der jungen Männer bei." 55) S. 9

Zusätzlich zu dieser volksfeindlichen Langzeitstrategie bundesdeutscher Regierungen ist die ebenso volksfeindliche Verschuldung (August 2010) von 1.711.970.938.586 Euro mit einem Schuldenzuwachs pro Sekunde von 3.527 Euro. Und dies bei einer Langzeitarbeitslosigkeit von über 3 Millionen unterstützungsberechtigten Menschen bzw. Familienernährern und einer 40%-Quote Sozialempfänger "mit Migrationshintergrund". 55) S. 12 + 56) S. 3

Daß zur gleichen Zeit Milliarden Steuergelder zur "Sanierung" von Großbanken für deren dubiose "Spekulationsverluste" zur Verfügung gestellt werden, ohne überhaupt strafrechtliche Konsequenzen für betrügerisch oder unverantwortlich operierende Bankenmanager zu erwägen und ihnen nicht einmal ihre "Boni" in Höhe von zig Tausenden von Euro zu streichen, ist für den "mündigen Bürger" gleichermaßen nicht nachzuvollziehen. Dazu kommen noch weitere Milliarden Gelder für marode, stützungsbedürftige EU- und sonstige Länder. Und dies alles bewirken BRD-Regierungen, die die "Ewigkeitsschuld" Deutschlands zur Staatsdoktrin erhoben haben und selbst von ihren Propagandasprüchen abweichende Wissenschaftler ins Gefängnis sperren und wissenschaftliche Literatur nebst ihren Beweismitteln vernichten!



Auf bundesdeutschem Boden befinden sich gegenwärtig immer noch etwa 70.000 US-Soldaten. Das Schaubild verweist auf deren Stützpunkte. BRD-Spitzenpolitiker begrüßen nicht nur ihre Anwesenheit, sondern finanzieren ihren Unterhalt mit Millionen Euro deutschem Steuergeld.

Die Bundesrepublik ist mittlerweile zur zentralen Drehscheibe für US-Weltstrategen mit bedeutenden US-Kommandostellen (US-Eurocom und Africom) avanciert, zumal sich hier dank uneingeschränkter "Bündnisbereitschaft" als Folge der "Bedingungslosen Kapitulation" alles für sie mühelos durchsetzen läßt und von Mitteleuropa optimal zur Observierung des ganzen Kontinents bestens geeignet ist. Freilich auch für Lufttransporte aller Art in Kriegs- und Krisengebiete.

"Strafwürdiger als Hochverrat!"

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der Bundesrepublik abändern will, während derjenige, der das deutsche Staatsvolk in der Bundesrepublik abschaffen und durch eine „multikulturelle Gesellschaft" ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt.

Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger.

Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf die Dauer ignorieren dürfen." 57)

55) *Unabhängige Nachrichten* (*UN*), Oberhausen 9/2010.
56) *Unabhängige Nachrichten* (*UN*), 3/2010.

57) Der Staatsrechtler und ehemalige Berliner Staatssekretär **Dr. Otto Uhlitz** in "Aspekte der Souveränität", Kiel 1987.

Richter- und Staatsanwälte-Seminar in Jad Vashem

Das Justizministerium Nordrhein-Westfalen teilte in einer Presseerklärung mit, daß erstmals vom 30.8. - 3.9.2009 (Jahrestag des Kriegsbeginns 1939, der gerade in Jad Vashim Bekenntnisse abverlange, inbegriffen) 25 Richter und Staatsanwälte zu einem knapp einwöchigen Seminar nach Jad Vashem, in die israelische Holocaust-Gedenkstätte bei Tel Aviv, einberufen worden waren.

Die Themen wie *"Täter, Zuschauer und Retter"*, *"Der Holocaust und sein Einfluß auf den einzelnen"* (u.a.) wurden vom Gastgeber abgehandelt und ohne Widerspruch mit Applaus bedacht.

"Die intensive Befassung mit dem Holocaust sei eine eminent wichtige Bereicherung und Sensibilisierung für die Teilnehmer, die in ihrer täglichen Arbeit mit staatlicher Autorität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auftreten,"

erklärte Justizministerin **Roswitha Pipenköter** am 5.9.2009 in Düsseldorf. Sie dankte u.a. dem Freundeskreis Jad Vashem e.V. für das Zustandekommen dieser Studienreise und verwies auf die Dokumentations- und Forschungsstätte "Justiz und Nationalsozialismus" in der Justizakademie Recklinghausen und deren Schriftenreihe zur weiteren Fortbildung der Richter und Staatsanwälte im vorbezeichneten Sinne.

Frage an unsere Leser:

Welcher souveräne Staat hat jemals seine Richter und Staatsanwälte zur Bewußtseinsbildung in die politische Gedenkstätte eines fremden Staates geschickt? Wir kennen keinen ähnlichen Fall.

92-jähriger eh. deutscher Leutnant = lebenslänglich [58)]

Der Bundesgerichtshof brachte es mit Beschluß vom 25. Oktober 2010 fertig, mit Ablehnung der Revision des gesundheitlich stark angeschlagenen 92-jährigen angeklagten, ehemaligen Leutnants der deutschen Gebirgsjäger, **Josef Scheungraber** 65 Jahre nach Kriegsende für nicht konkret Bewiesenes anläßlich der Vergeltungsaktion für einen Partisanenüberfall im Juni 1944 in Norditalien, lebenslänglich ins Gefängnis zu verweisen.

Das Landgericht München hatte **Josef Scheungraber** am.11.8.2009 wegen 10-fachen Mordes und eines versuchten Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, obgleich -- wie es selbst die ***Süddeutsche Zeitung*** durch ihren Prozeßbeobachter feststellte:

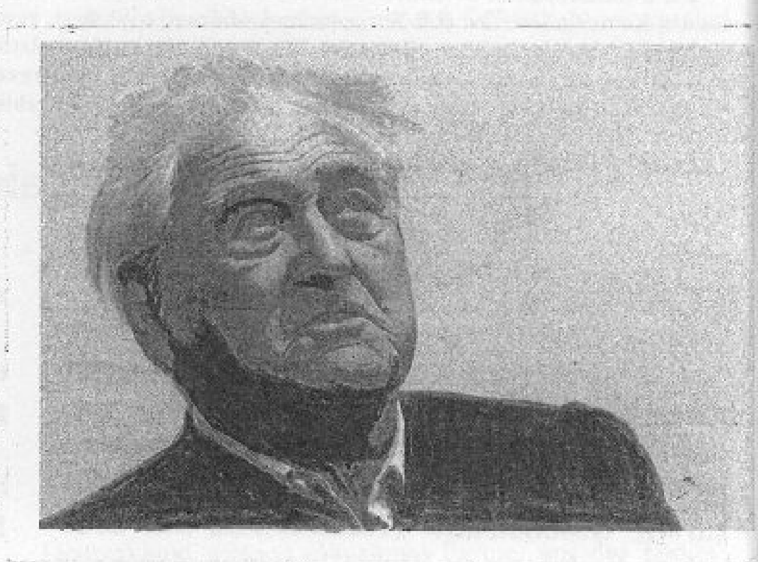
"Nicht nur die Anwälte von ***Scheungraber*** *hatten einen Freispruch erwartet. ... Was genau damals passiert ist, läßt sich heute nur schwer nachvollziehen."*.

Im Gegensatz zum BGH-Urteil hatte die Anwesenheit des Angeklagten am Tatort gar nicht nachgewiesen werden können, befand er sich doch zur Zeit der Sprengung des Hauses mit den behaupteten 11 männlichen Vergeltungsopfern auf der Trauerfeier zur Beisetzung seiner hinterrücks ermordeten Kameraden. Sogar der von den Gerichten zugrunde gelegte Tathergang ist strittig und nicht bewiesen worden.

"Kein Zeuge hat einen schriftlichen oder mündlichen Befehl des Angeklagten zu dieser Aktion bekundet. Kein Zeuge hat seine Anwesenheit bei dieser Aktion bekundet. Keine Urkunde mit entsprechendem Inhalt ist im Verfahren vorgelegt worden."

Blieb schon die Täterschaft **Scheungrabers** umstritten, so erst recht waren die behaupteten *"niedrigen Beweggründe"* nicht nachzuweisen, die für Mord und Verjährungsfristen entscheidend sind. "Totschlag" wäre 1960 verjährt gewesen. Die Begründungen sowohl des Landgerichts als auch des BGH zur verachtenswerten Gesinnung und Motivierung des Angeklagten zwecks Rechtfertigung der Mordanklage waren völlig willkürlich, ohne die geringsten konkreten Anhaltspunkte, -- nach 66 Jahren.

Die Prozeßführung an sich, dazu in einer derart rachsüchtigen Einseitigkeit gegen eigene Landsleute bis über 65 Jahre nach Kriegsende hinaus angesichts pauschaler Amnestien für sämtliche alliierten Kriegsverbrechen schon 1945 bleibt ein untilgbarer Schandfleck in der Geschichte der Bundesrepublik.



58) ***Deutsche Nationalzeitung***, München, 26.11.2010, S. 7.

Landgericht bestätigt Hausverbot eines Hotels für NPD-Vorsitzenden

Gegen das Hausverbot des Hotels »Esplanade« in Bad Saarow (Oder-Spree Kreis) hat der NPD-Parteivorsitzender **Udo Voigt** wegen Verletzung seiner Menschenrechte, des Grundgesetzartikels 3, der die Gleichberechtigung eines jeden Bürgers gewährleistet, geklagt. Der Hotelier hatte ihm das Hausrecht verweigert, weil durch seine Anwesenheit *"das exzellente Wohlfühlerlebnis für die anderen Gäste nicht mehr gewährleistet sei"*. Das Landgericht Frankfurt/Oder hat die Klage abgewiesen und damit sein Persönlichkeitsrecht dem Hausrecht des Hotels untergeordnet. Dem Hotelier stehe die Freiheit zu, Verträge abzuschließen oder nicht. Die Sorge um sein Image sei berechtigt. Das Antidiskriminierungsgesetz sei in diesem Fall nicht anwendbar.

Man hält es nicht für möglich, was der "Rechtsstaat" Bundesrepublik für Blüten treibt. Wäre **Udo Voigt** Ausländer oder Jude -- das Geschrei in der Presse wäre nicht auszudenken und der Hotelier hätte ein Strafverfahren am Hals! [59)]

Nicht genug mit diesem BRD-Landgerichtsurteil: **Heinz Baumeister** vom Hotel Esplanade in Bad Saarow erhielt auch noch einen "Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus" von der Jüdischen Gemeinde in Berlin und dem Förderkreis "Denkmal für die ermordeten europäischen Juden". Die Verleihung fand im Rahmen eines Charity Dinner am 11. November 2010 unterhalb des Holocaust-Mahnmals in Berlin statt. Ihre Teilnahme hatten zugesagt: Bundestagspräsident **Norbert Lammert** (CDU) Kulturstaatsminister **Bernd Neumann** (CDU), und Tischredner Bundesverteidigungsminister **Karl Theodor zu Guttenberg** (CSU).

Daß ausgerechnet diese Leute ein solches Ausgrenzen politisch Andersdenkender hochloben, ist unverständlich, waren doch gerade sie es, die ihre eigene Ausgrenzung durch Andere als kriminell anzuprangern nie müde wurden.

»Alles für Deutschland« = "Volksverhetzung"

Sascha Kroltzig berichtet:

"Im Juni 2008 wurde ich maßgeblich wegen des Ausrufes ***»Alles für Deutschland«*** zu einer 6-monatigen Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt. Ich erwähnte diese Parole, die angeblich ein »Kennzeichen der SA« gewesen sei, auf einer Demonstration in Dortmund am 14. März 2005.

Zusammen mit meinem Anwalt habe ich gegen dieses Urteil des AG Hamm vom 28.6.2005 (Az.: 139 Js 435/05) Revision beim Oberlandesgericht Hamm eingelegt.

Das OLG hat am 1.2.2006 (Az.: 1 Ss 432/05) die Revision verworfen.

Gegen die Entscheidungen des Amtsgerichts und des Oberlandesgerichts haben wir beim BVerfG Verfassungsbeschwerde eingereicht. Am 24. Mai 2006 hat das BVerfG verfügt (Az.: 1 BvR 693/06), daß die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung zugelassen wird.

Somit ist und bleibt der Ausruf ***»Alles für Deutschland!«*** in der Bundesrepublik strafbar! [60)]

Übersetzungshilfe = "Beihilfe zur Volksverhetzung"

Günter Deckert, einst Oberstudienrat in Weinheim, Baden-Württemberg, der bereits 5 Jahre Gesinnungshaft wegen unerwünschter Übersetzung eines Vortrages des US-Gaskammer-Experten **Fred Leuchter** und rechtsstaatswidriger Richterschelte des sich in dieses Verfahren einmischenden Bundeskanzlers **Helmut Kohl** hinter sich hat, wurde Ende Juli 2010 vom Amtsgericht Weinheim zu 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Grund: "Volksverhetzung" wegen Übersetzungshilfe für das Buch "Auschwitz -- die erste Vergasung -- Gerüchte und Wirklichkeit" des Italieners **Carlo Mattogno** geleistet zu haben. Das Buch war bereits 2007 beim Verlag Castle Hill Publishers in England erschienen.

Es spielte für Amtsrichter **Henninger** keine Rolle, welche Texte der Bösewicht bearbeitet und welchen Einfluß er auf die Gestaltung des Buches allgemein genommen hatte. Alleine die von **Deckert** zugegebene Tatsache, Mitwirkung an der Endbearbeitung eines Buches, das die "erwiesen offenkundige Tatsache, des Holocaust" in Details in Frage stellt, genügte. Es bedurfte keiner Sachbeweise, auch nicht für die "Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Störung des öffentlichen Friedens". Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, Informations- und Pressefreiheit gelten weder für "alle Lehrer" -- diese "sind an die Schulrichtlinien gebunden", noch für Deutsche allgemein in einem Staat, der die Verunglimpfung des Andenkens **deutscher** Verstorbener und Greuelpropaganda gegen das deutsche Volk **nicht** unter Strafe stellt!

59) ***Deutsche Stimme***, Riesa, August 2010, S. 18.

60) ***Deutsches Rechtsbüro im Deutschen Rechtschutzkreis e.V.***, Postfach 400215, D-44736 Bochum, Monatsnachricht 07/2006.

Verbot der Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene

Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Anghörige e.V. (HNG) betreut seit 1979 Gefangene und deren Angehörige, die auf Grund ihres Bekenntnisses zu Volk und Heimat in die Mühlen der »demokratischen« Justiz gekommen sind. Nun soll die Organisation verboten werden. In den frühen Morgenstunden des 7. September 2010 wurden bundesweit Wohnungen, Geschäfts- und Nebenräume von Mitgliedern und Unterstützern der HNG durchsucht. Aus den Dursuchungsbeschlüssen ergibt sich, daß ganz gezielt nach Adreß-, Mitglieder- und Telefonlisten gesucht werden sollte. Darüber hinaus interessierten sich die Beamten auch für alle anderen Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Verein stehen könnten, u.a. auch für die Satzung, Einladungen, Fotos und Filmaufnahmen. Natürlich durfte die Suche nach sogenannten NS- Devotionalien und Kalendern nicht fehlen.

Es ist das erklärte Ziel der selbsternannten »Demokraten«, die nationale Gefangenenhilfsorganisation HNG zu verbieten. Bisher sind alle nationalen Vereine, ganz gleich welcher Prägung und Aufgabenstellung in der BRD verboten worden, so daß auch in diesem Fall nichts anderes zu erwarten sein wird. Die Bundeskanzlerin **Angela Merkel** tönte bereits mehrfach "Null-Toleranz mit Rechtsradikalen", wobei "rechtsradikal" jeder ist, der noch sein deutsches Denken und Empfinden und klare Geschichtskenntnisse behalten hat.

"Deutschland muß sterben" fällt unter Kunstfreiheit

Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 23. November 2000: *"Die Punkhymne »Deutschland muß sterben« ist von der Kunstfreiheit geschützt."* Der Verurteilte, der diese Hymne auf einer linken Demonstration in Berlin über Lautsprecher verbreitete, wurde freigesprochen.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hatte den Refrain der Punkhymne *"Deutschland muß sterben, damit wir leben können"* als *"Verunglimpfung der Staatsgewalt"* angesehen und den Versammlungsleiter zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen von jeweils 25 Mark verurteilt. Nach Auffassung des Amtsgerichts bringe das Lied der Hamburg Punkband "Slime" unmißverständlich zum Ausdruck, daß sich eine Besserung der Lage für die Staatsbürger nur durch eine Vernichtung des Staatssystems der Bundesrepublik Deutschland erreichen lasse.

Die Bundesverfassungsrichter hingegen meinten, das Amtsgericht Berlin habe zu undifferenziert auf den Wortlaut abgestellt und übersehen, daß hier ein *"gängiges, dichterisches Stilmittel"* verwendet worden sei. In der Refrainzeile werde vor allem *"ein Lebensgefühl von Fremdheit und Hoffnungslosigkeit in aggressiver Zuspitzung vermittelt"*. **Heinrich Heine**s ungleich bedeutenderes Gedicht "Die schlesischen Weber" sei in seiner Anlage ganz ähnlich. Dort hieß es:

"Deutschland, wir weben Dein Leichentuch",

wobei ebenfalls drastische Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen geübt wurde.

Außerdem habe die Punkband auf ein in ihrer Heimatstadt Hamburg stehendes Kriegerdenkmal von 1936 Bezug genommen und die dortige Inschrift

"Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen."

satirisch verfremdet. Zwischen der *"künstlerischen Einkleidung und dem eigentlichen Aussagekern sei zu unterscheiden"*. Dabei ist die Kunstfreiheit laut Grundgesetz schrankenlos gewährleistet. Sie könne also nicht wie andere Grundrechte einfach per Gesetz eingeschränkt werden. Vielmehr können nur entgegenstehende Verfassungsgüter wie der Persönlichkeitsschutz zu einer Beschränkung führen. Im jetzigen Fall war die Kunstfreiheit gegen den *"Bestand der rechtsstaatlichen Demokratie in Deutschland"* abzuwägen.

"Das Absingen eines dreiminütigen Liedes vor rund 50 Zuhörern ist noch keine allzu große Gefahr für die Staatsordnung".



Gedenktafel für das jüdische Palästina-Amt in Berlin-Charlottenburg, Meineke-Str. 10, das dort bis Ende 1941 mit der Jewish Agency und anderen jüdischen Organisationen Auswanderungswilligen aus Deutschland behilflich war.

Strafbare Volksverhetzung dagegen ist Satire, wenn ...

LG-München, Beschluß v. 6.10.2010, Az.: 2Kl.s 115 Js 12237/09

Die Große Staatsschutzkammer des Landgerichts München verurteilte am 6.10.2010 die Pädagogin **Ursula Haverbeck** (82) und den Gymnasiallehrer a.D. **Georg Wiesholler** (91), weil sie das Volk verhetzt hätten.

"Die besondere Bedeutung des Falles" lieferte die Broschüre **"Amalia Hinterwäldlerin"**. In dieser hat die Angeklagte ihre fiktive Amalia vor Gericht ihre aus der gegebenen Sachlage sich ihrer Meinung nach zwangsläufig erscheinende Fragen und Antworten zur jüngsten deutschen Vergangenheit vorgetragen. Dafür erhielt Ursula Haverbeck 6 Monate Freiheitsstrafe, 2 Jahre auf Bewährung; und 1.000 Euro Geldstrafe. Der Verleger **Wiesholler** muß für diese "Volksverhetzung" der Vieles nicht begreifen wollenden Hinterwäldlerin 600 Euro zahlen. Der Staatsanwalt hatte für derlei, "den öffentlichen Frieden gefährdenden" Plädoyes höhere Strafen beantragt.

Der etwa 40-jährige Richter **Riedmann**:

"Die Meinungsfreiheit sei nur im Rahmen der allgemeinen Gesetze geschützt. Eine Meinung darf jeder haben. Schlimm kann es allerdings werden, wenn er diese öffentlich verbreitet. Der Holocaust ist ein geschütztes Faktum. Dieses werde in der Broschüre »Amalia Hinterwäldlerin« in Abrede gestellt. Deshalb sei eine Verurteilung wegen Volksverhetzung notwendig. Das Recht auf Kunstfreiheit, auf das sich die Angeklagten beriefen, habe in Abwägung zur satirisch herauszuhörenden Faktumsleugnung keine Bedeutung.".

Bundesverfassungsgericht schafft Rechtsstaat ab

An das
Bundesverfassungsgericht
z.Hd. Herrn Präsident **Papier**
Postfach 1771
76006 Karlsruhe

Ursula Haverbeck
Bretthorst-Str. 199
32602 Vlotho

Offener Brief

Betr. Pressemitteilung Nr. 129/2009 vom 17. November 2009 zu dem Beschluß 1 BvR 2150/08

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Bundesverfassungsrichter!

Als Ihr Souverän, Ihr Arbeit- und Geldgeber schreibe ich Ihnen. Ich nehme damit meine Verantwortung wahr, wie Sie mir als Glied des deutschen Volkes in einem demokratisch verfaßten Staat obliegt.

Das Deutsche Volk hat zwar die Geltung des Grundgesetzes nicht legitimiert, aber dieses ist nach allgemeiner Auffassung zur Zeit geltendes Recht in der Bundesrepublik, und alle Staatsdiener, Beamte wie Angestellte, sind darauf vereidigt, insbesondere alle Richter.

Das Bundesverfassungsgericht ist als höchstes Gericht eingesetzt zur Wahrung der Grundrechte und des Grundgesetzes und hat darüber zu wachen, daß die von den Politikern verabschiedeten Gesetze nicht dagegen verstoßen.

Mit ihrer Presseerklärung vom 17. November 2009, wie auch dem zugrunde liegenden Beschluß vom 4. November 2009 haben Sie diese Rechtsgrundlage der Bundesrepublik aufgehoben bzw. abgeschafft. Wir befinden uns also in einem rechtsfreien Raum und müssen uns völlig neu orientieren.

Begründung

Unmißverständlich heißt es in ihrer Presseerklärung, daß ein Gesetz, welches ein Grundrecht einschränkt, immer allgemein gefaßt sein muß. Ist es das nicht, dann handelt es sich um unzulässiges Sonderrecht. (Der Hinweis auf Grundgesetz Artikel 19 fehlt, der dies ohne Einschränkung festlegt). Zwei Absätze weiter geben Sie zu, daß § 130 Abs 4 kein allgemeines Recht, sondern ein Sonderrecht sei (aber natürlich auch Abs 3).

Dieser Paragraph hätte also längst vom Bundesverfassungsgericht gekippt werden müssen.

Das geschieht nicht. Statt dessen wird die Ausnahme vom Verbot, die jedoch nach Artikel 19 eine nicht vorgesehene und daher nicht statthafte Einschränkung ist, begründet mit der zu begrenzenden *"propagandistischen Gutheißung der historischen nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft."*

Dieses Gutheißen einer heute abgelehnten historischen Herrschaftsform ist aber nichts anderes als eine Meinungsäußerung, und eine solche darf -- wie Sie in einem weiteren Absatz feststellen -- unter keinen Umständen eingeschränkt werden.

"Das Ziel, Äußerungen wegen ihrer Unvereinbarkeit mit sozialen oder ethischen Auffassungen zu behindern, hebt das Prinzip der Meinungsfreiheit selbst auf und ist illegitim."

Ja, Sie gehen sogar noch einen Schritt weiter:

"Das Grundgesetz rechtfertigt deshalb auch kein allgemeines Verbot der Verbreitung rechtsradikalen oder nationalsozialistischen Gedankengutes schon in Bezug auf die geistige Wirkung seines Inhaltes."

Hinzu kommt noch, daß sowohl das Gutheißen wie auch das Billigen von NS-Verbrechen in Abs. 3 völlig sinnentfremdet bei Gericht angewendet werden. In der großen Vielzahl der Verfahren nach Paragraph 130 geht es weder um Leugnen, noch um Gutheißen, sondern um das Erfor-

schen der NS-Geschichte und Verbrechen. Zur Frage steht Art und Umfang der dem Deutschen Volk angelasteten Verbrechen, desgleichen auch der Verlauf der NS-Geschichte insgesamt, einschließlich der Ursachen für den Zweiten Weltkrieg. Der Bürger will wissen, was hat wann, wie und wo stattgefunden.

Der Historiker und Forscher, der sich bemüht, die Zeitgeschichte aufzuhellen und die entgegengesetzten Aussagen zu klären, muß feststellen, daß in diesem besonderen Fall ihm unterstellt wird, sein Forschen und Fragen sei nichts anderes als Billigen der zu erforschenden Tatbestände.

Es wird also durch diese unklare und in sich widersprüchliche Rechtfertigung des Paragraphen 130 Abs. 3 und 4 vom Bundesverfassungsgericht nicht nur Artikel 19, sondern auch Artikel 5 praktisch abgeschafft, insbesondere die Freiheit der Forschung, für die es nach Artikel 5 keinerlei Einschränkung gibt, desgleichen die Freiheit der Berichterstattung bzw. der Presse, wo es eindeutig heißt:

"Eine Zensur findet nicht statt."

Es wird aber auf Grund dieses Paragraphen 130, Volksverhetzung, ständig zensiert!

"Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht."

Diese Grundrechte sind orientiert am Völkerrecht. Es heißt in Artikel 25 "Geltung des Völkerrechtes":

"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."

In diesem Völkerrecht findet sich in Artikel 10 die Meinungsfreiheit als eines der höchsten Güter der Demokratie dargestellt, das in keiner Weise behindert werden darf.

Wird also Artikel 1 ebenfalls außer Kraft gesetzt, dann stehen und fallen damit die Grundrechte insgesamt, sie sind nichts mehr wert.

Nebenbei sei auch noch darauf hingewiesen, daß **GG-Artikel 3 "Gleichheit vor dem Gesetz"** ebenfalls nicht mehr besteht. Juden, Ausländer, Deutsche erfahren eine unterschiedliche Behandlung bei Gericht. Dies geschieht mit Billigung des Bundesverfassungsgerichtes, das hier keine Abhilfe geschaffen hat.

Somit zeigt sich das Bundesverfassungsgericht der ihm zugewiesenen Aufgabe nicht gewachsen. Es hat seinen Sinn verloren. Da hinter dem Bundesverfassungsgericht die Parteien stehen, ist von den Politikern keine Abhilfe zu erwarten.

Jetzt muß daher das deutsche Volk die Verantwortung für die Rechtsordnung selber übernehmen. In einem rechtsfreien Raum kann kein Volk leben.

Ursula Haverbeck

=========

Zu ergänzen wäre:

Der vom Bundesverfassungsgericht gebilligte Paragraph 130 StGB enthält -- in Verletzung des grundgesetzlich garantierten Gleichheitsprinzips nur für Deutsche und nur auf den Nationalsozialismus bezogene -- unkonkrete Straftatbestände. Allein hiermit können sich vom deutschen Volk distanzierende, aber in Deutschland lebende Minderheiten sowie ihre ausländischen "Freunde" dem gesamten deutschen Volk ihre gewünschte Einheitsmeinung für Politik, Gesellschaft, Geschichte und Rechtsfolgerungen aufzwingen! Selbst unerwünschte historische Untersuchungsergebnisse sind mit Literaturvernichtung, ihre Autoren mi Gefängmis bedroht. Daß diese "Rechts"-Position stets gegen die deutschen Lebensinteressen ausgenützt wird, versteht sich von selbst.

1.) Die Strafwürdigkeit der **"Leugnung des Holocaust"** erfaßt faktisch das gesamte Kriegsgeschehen, da an allen Fronten und im Hinterland stets Juden involviert waren. Erfindungsreiche Juristen können somit die Untersuchung hierüber mit diesem StGB-§ unterbinden, soweit ihre Ergebnisse den Herrschenden unerwünscht sind.

Dabei war und ist dem Bundesverfassungsgericht bekannt, daß jemand nur etwas "leugnen" kann, was er als Tatbestand erkannt hat, in der juristischen Praxis jedoch dieser Sachverhalt bisher nie überprüft worden ist. Statt dessen wird mit dem Schlagwort "Leugnen" etwas ganz anderes bestraft: nämlich Anzweifeln und Inabredestellen nur behaupteter -- angeblicher -- Tatsachen!

2.) Der Begriff **"Verharmlosung von NS-Verbrechen"**.

Was eine "Verharmlosung" ist, kann ein Richter im kritischen Fall beliebig "interpretieren".

3.) Der Begriff **"Gefährdung des öffentlichen Friedens"**.

Kann ein Redakteur einer auflagenstarken Zeitung den Tatbestand eines "gefährdeten öffentlichen Friedens" mittels eines von ihm geschriebenen Artikels auslösen? Oder ein Fernsehreporter mit simulierter !Empörung"?

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage nicht beantwortet, sondern sich sogar damit abgefunden, daß Gerichte dahingehend entschieden haben, daß *"der öffentliche Frieden nicht unbedingt gefährdet sein müsse, sondern für die Strafbarkeit allein schon die Möglichkeit hierfür genüge."*.

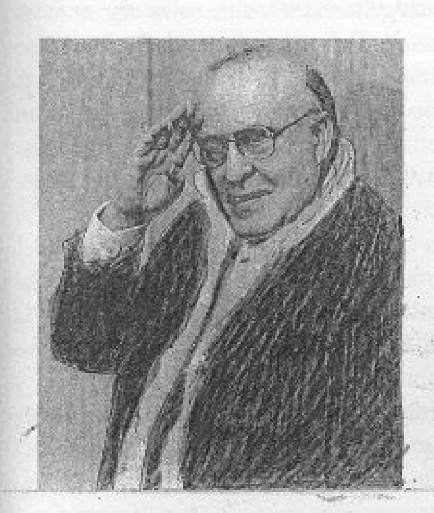
Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt -- wie am Beispiel des Historikers **Udo Walendy** ersichtlich (vgl. ***Historische Tatsachen*** u.a. Nr. 74) -- Beschwerdeverfahren gegen diese Praxis einfach *"nicht zur Entscheidung angenommen"*.

Damit bleibt die Willkür mit dieser uferlosen Floskel in der BRD-Justizpraxis erhalten. Auch damit ist die herrschende Einheitsmeinung abgesichert, denn wer abweicht, *"stört den öffentlichen Frieden"* und ist reif für den Knast. -- Demokratie pur.

4.) Die Begriffe **"Billigung"**, **"Verherrlichung"** und **"Rechtfertigung"** können "juristisch interpretiert" auf jeden sachlich richtigen, emotionsfrei reflektierten Satz zur Geschichte des Nationalsozialismus bzw. des Dritten Reiches mit strafrechtlicher Relevanz angewendet werden. So ist die objektive Geschichtsschreibung über diese Epoche kriminalisiert. Damit freilich ist auch die Demokratie mit der

beschworenen Meinungsfreiheit zu Grabe getragen.

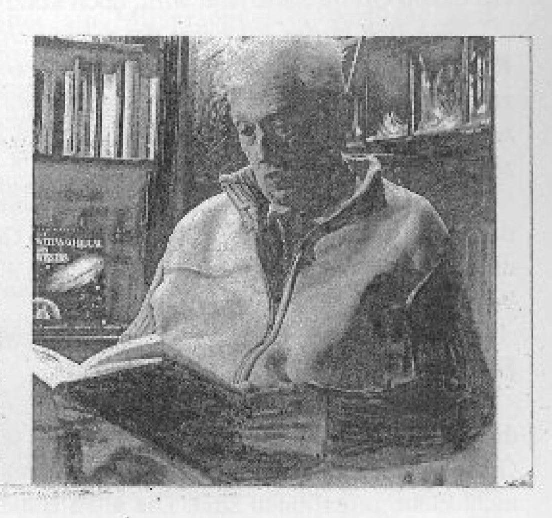
Im übrigen sei auf die Ausführungen in den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 102, S. 11 - 13 + Nr. 107, S. 9 zum § 130 und seine Auswirkungen verwiesen.



Ernst Zündel



Ursula Haverbeck



Udo Walendy

"Ausgemistet, aussortiert, -- Büchermassaker in den Schulbibliotheken unter Vorwand der Rechtschreibreform

Theodor Ickler

"Als im Sommer 1996 die Einzelheiten der geplanten Rechtschreibreform bekannt wurden, glaubten besonders die Jugendbuchverlage, ihre Produkte möglichst rasch auf die neuen Schreibweisen umstellen zu müssen. Neue Schulbücher wurden ohnehin nur noch in Reformorthographie genehmigt, aber auch bei privater Lektüre sollten die Kinder sich nicht mehr an herkömmlichen Schreibweisen die Augen verderben. Angeblich entsprach dies dem Wunsch der Eltern; auch herrschte weithin die Vorstellung, die Reformschreibung sei gesetzlich vorgeschrieben. Die noch lebenden Autoren stimmten mehr oder weniger zähneknirschend zu; einige klagten in privaten Äußerungen über den Zwang, dem sie sich nicht zu entziehen vermochten.

Die Umstellung geschah durchweg so schnell wie nachlässig, keine andere Literaturgattung zeigte derart viele Irrtümer und Versehen. Die korrekten Umsetzungen der Reform waren allerdings sprachlich nicht besser als die fehlerhaften: "so Leid es Lilli auch tut" -- "Ratte ist immer an allem Schuld" -- *"Morgen!"*, sagte er Hände reibend -- "Offenbar wirkte Mamsell sehr Furcht einflößend". Die Reparaturbedürftigkeit der neuen Regeln stand für jeden Sachkundigen schon damals fest, und so kam es auch: Durch die Revisionen 2004 und 2006 wurden von den rund zehntausend reformierten Duden-Einträgen etwa viertausend nochmals geändert. Die Lebensdauer der Rechtschreibwörterbücher sank auf 23 Monate (Duden) oder gar nur 13 (Wahrig).

Im Rechtschreibwortschatz der Grundschulen betraf die Reform zwar nach amtlicher Zählung nur 24 Wörter (alle wegen der ss-Schreibung). Gleichwohl wurden von Anfang an auch Schul- und Leihbibliotheken durchforstet und von Büchern in "alter" Rechtschreibung gereinigt. Typische Vollzugsmeldung:

"Alle Bücher in alter Rechtschreibung wurden ausgemistet."

Die Dunkelziffer dürfte enorm sein; **wahrscheinlich sind Millionen Bände vernichtet worden**. Hier können nur einige wenige Stimmen zitiert werden.

Ein Gymnasium in Stuttgart klagte 2004 über finanzielle Schwierigkeiten, nachdem

"hunderte von Büchern aufgrund der Rechtschreibreform ausgemustert und ersetzt werden mussten". Eine Schule in Bensheim meldet:

"Bücher, die nicht mehr der neuen Rechtschreibung entsprachen, wurden ausgemistet."

Aus Hude:

"Bücher aus der ehemaligen Schulbücherei sind allerdings nicht zu finden. Alle Bücher hier sind neu angeschafft. Das liegt an der Rechtschreibreform. Wir können den Kindern ja nicht zumuten, heute falsche Schreibweisen zu lesen",

erläutert die Rektorin. Einzelnen Lehrern ging das Vernichten von Büchern gegen den Strich, sie schickten sie nach Polen oder Rumänien oder verkauften sie auf dem Flohmarkt. Gerade aus kleinen Büchereien in Landgemeinden wurden bis zu zwei Drittel aller Bücher aussortiert. Gern werden Spendengelder oder die Mittel von Fördervereinen dazu verwendet, die Folgen der Vernichtungsaktion auszugleichen:

"Der Schulleiter, der vor kurzem die Literatur mit alter Rechtschreibung aussortierte, ist froh über die Idee des Fördervereins: Ohne ihn könnte sich das unsere kleine Schule niemals leisten." (Obergrenzebach 2008).

So auch an der Deutschen Schule in Madrid:

"Bücher mit alter Rechtschreibung wurden aussortiert", so hörte man hier 2009.

Die nächste Revision steht bevor, der Rat für deutsche Rechtschreibung diskutiert bereits das Unvermeidliche. Aber aus einem Ort im Sauerland wird. noch kürzlich berichtet:

"Wer sich in der Bücherei der Grundschule zurzeit ein Buch ausleihen möchte, steht vor fast leeren Regalen. Vor zwei Wochen haben wir mit zwei Praktikantinnen des Gymnasiums unsere Bücher aussortiert, die noch die alte Rechtschreibung beinhalten",

erklärt Schulleiter P. B. Das Ergebnis: mehr als die Hälfte der Bücher sind nicht mehr zeitgemäß. (...) Gefunden hat er unter anderem alte Schätzchen wie »Ferien auf Saltkrokan« von 1964.

"Solche Bücher dürfen wir Kindern nicht mehr in die Hand geben",

betont er. Das sollten jene Eltern zur Kenntnis nehmen, die sich im Internet verwundert fragen, warum in ihrer Gemeindebücherei die Werke von **Lindgren** und **Kästner** nicht mehr aufzufinden sind: Die alten Bände sind aussortiert, neue aber noch nicht angeschafft. Nicht alle Bücher jedoch werden in einer der verschiedenen Versionen der Reformschreibung nachgedruckt. Die **Friedrich-Gerstäker**-Gesellschaft zum Beispiel teilt mit, daß die Werke ihres Namenspatrons aus Kostengründen kaum umgestellt werden dürften.

Ähnliche Meldungen gibt es aus Österreich. Dort wurden nach Auskunft der Schulleiter an jeder zweiten Volks- und Hauptschule die Buchbestände rigoros dezimiert, obwohl das Kultusministerium im Jahre 2004 ausdrücklich erklärt hatte: Ein Aussortieren von Büchern, die es nur in traditioneller Rechtschreibung gibt, *"würde einen Eingriff in die literarische Vielfalt bedeuten"*. Das Ministerium riet, nicht über den Rahmen der jährlichen Bestandspflege hinauszugehen. Ähnlich das hessische Kultusministerium:

"Kein Buch muss ausgesondert oder vorzeitig ersetzt werden, nur weil es die alte Schreibweise enthält. Mehrbedarfsanträge dürfen daher weder direkt noch indirekt mit Anschaffungen rechtschreibreformerischer Bücher begründet werden.".

Bei den Schulen ist dieser Aufruf zu Mäßigung offensichtlich nicht angekommen.

Es wird auch selten bedacht, dass die namhaften deutschen Schriftsteller, darunter alle **Büchner**-Preisträger, sich weiterhin der herkömmlichen Orthographie bedienen und auf ihren Wunsch auch in Schulbüchern so gedruckt werden.

Immer beliebter werden darüber hinaus Klassikertexte in Originalschreibweise, wie sie etwa bei **Reclam** und **Suhrkamp** in wohlfeilen Schulausgaben herauskommen.

Die Büchervernichtung wäre auch unter diesem Gesichtspunkt nicht notwendig gewesen.

Vergleichbare Verluste hat es in Friedenszeiten bisher nicht gegeben. Die Urheber der Rechtschreibreform allerdings dürften von solchen Schreckensmeldungen unbeeindruckt bleiben. Auf Warnungen vor einem Traditionsbruch antworteten sie schon 1992 mit der kulturrevolutionären These:

"Das meiste, was gedruckt oder geschrieben wird, gilt dem Tagesbedarf: Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Korrespondenz, Schulbücher. Geht man von 1995 als einem möglichen Reformdatum aus, so brauchen die Kinder, die ab dann lesen lernen, in den seltensten Fällen etwas von dem zu lesen, was vor 1995 geschrieben und gedruckt wurde." [61]

Die Welt, 11. September 2008, S. 12

Privatisiert, ausgesaugt und wieder verstaatlicht

Der Verkauf der Bundesdruckerei war ein Desaster -- Nun korrigiert der Bund seinen Fehler und zahlt viel Lehrgeld

Von Nikolaus Doll

BERLIN -- Aus München kommt selten Gutes für die Berliner Bundesdruckerei. Dort sitzt der Konkurrent **Giesecke & Devrient (G&D)**, der jahrelang versucht hat, den Banknoten- und Ausweisdruck-Konzern zu schlucken. Und jüngst verfügte das Oberlandesgericht der bayerischen Landeshauptstadt, die Berliner dürften den Namensteil "Bundes" nicht mehr benutzen. Schließlich, so hatte ein Wettbewerber geklagt, sei das Unternehmen längst privatisiert.

Doch nun müssen die Bundesdrucker die Bayern nicht länger fürchten: Die Bieterschlacht ist beendet, der Verkauf unter Dach und Fach. **G&D** ist aus dem Rennen, der Name kann bleiben, denn der Staat übernimmt den Konzern ganz und kauft sich damit zurück, was er vor acht Jahren leichtfertig verhökert hat. Die Korrektur dieses fatalen Fehlers wird den Bund -- und damit den Steuerzahler -- viele Millionen Euro kosten:

Im Jahr 2000 konnte es der Bundesregierung gar nicht schnell genug gehen. "Der Hans hat schon das Dollarzeichen in den Augen", spöttelten Parteigenossen über den damaligen Finanzminister **Hans Eichel** (SPD), der mächtig Dampf bei der Privatisierung der Bundesdruckerei gemacht hatte. Kein Wunder, Haushaltsaanierer **Eichel** brauchte Geld. Viel Geld. Und mit der Bundesdruckerei konnte man es machen.

Zwar hatte der Spezialdruckkonzern etwas Staub

61) ***Frankfurter Allgemeine Zeitung /FAZ)***, 29. Oktober 2009.

angesetzt und funktionierte selbst 6 Jahre, nachdem man ihn in eine GmbH umgewandelt hatte, in Teilen immer noch wie eine Behörde. Aber das Unternehmen war mit lukrativen Staatsaufträgen wie dem Druck bundesdeutscher Ausweispapiere oder der Euro-Herstellung ausgestattet. Das zog potenzielle Investoren aus ganz Europa an. Den Zuschlag erhielt schließlich der Finanzinvestor Apax und zahlte den völlig überhöhten Preis von einer Mrd. Euro.

Eichel war glücklich, und die rot-grüne Bundesregierung klopfte sich zufrieden auf die Schulter. Zwei Jahre später war die Bundesdruckerei praktisch pleite, heruntergewirtschaftet und ausgesogen von den Finanzinvestoren, die den Kauf über Pump finanziert und die Schulden dem Unternehmen aufgebürdet hatten.

"Es war ein grober Schnitzer, ein solches Unternehmen einer Heuschrecke vorzuwerfen",

sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion **Hans-Peter Uhl** (CSU). Es sei überfällig gewesen, die Fehlentscheidung von damals zu korrigieren.

Doch anders als im Jahr 2000, als alles ganz schnell gehen mußte, ließ sich der Bund beim Krisenmanagement viel Zeit. Bis zuletzt dauerten die Grabenkämpfe im Bundeskabinett an und die Diskussionen, was mit jenem Unternehmen geschehen soll, das als Ausweishersteller über hochsensible Daten von Millionen Bundesbürgern verfügt. 2002, kurz nach der Beinahe-Pleite also, hatte man das Unternehmen treuhänderisch an den Clifford-Chance-Anwalt **Heinz-Günter Gondert** übergeben, aber das war kein Dauerzustand. Zuerst wurde saniert, danach dann nach Käufern gesucht.

Die heiße Phase der Bieterschlacht zog sich fast das gesamte Jahr 2008 hin.

"Die SPD will nicht, was die Union will. Die Minister **Schäuble** und **Steinbrück** können sich nicht einigen. Es ist ein Hauen und Stechen -- die Vorboten des Wahlkampfs",

sagt ein Insider. Ohne Segen des Bundes aber konnte die Druckerei nicht erneut verkauft werden, diesen Vorbehalt hatte sich die Politik gesichert.

Vor 8 Jahren war es egal gewesen, daß ein britischer Finanzinvestor den Staatsdrucker übernahm, doch nun hatten vor allem CDU und CSU entdeckt, daß die Daten der Bürger ein sicherheitspolitisch brisantes Thema sind.

"Bei einem Verkauf der Bundesdruckerei ist eine langfristige und effektive Absicherung der Sicherheits- und Geheimschutzinteressen des Bundes geboten",

heißt es in einer Stellungnahme des Innenministeriums.

"Nach den Anschlägen des 11. September hat sich die sicherheitspolitische Lage so grundlegend geändert, daß klar war, der Bund muß wieder bei der Bundesdruckerei mit von der Partie sein"

sagt ein Fachmann aus dem Bundesinnenministerium. Die Frage, um die bis vor wenigen Tagen hartnäkkig gerungen wurde, war nur noch: Mit wieviel Prozent steigt der Bund wieder bei dem Unternehmen ein? Und wer kriegt den Rest?

Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD) hätte einen Anteil von 25,1 Prozent gereicht. Die Regierung würde damit über ein Mitspracherecht verfügen und müßte -- noch besser -- praktisch kein Geld für die Minderheitenbeteiligung aufbringen. Denn Apax hatte 2000 nur einen Bruchteil des Kaufpreises für die Bundesdruckerei auch tatsächlich bezahlt, allein der Bund 310 Mio. Euro gestundet. Bei einem teilweisen Wiedereinstieg wäre das bisherige Darlehen einfach in Eigenkapital umgewandelt worden.

Doch die Union wollte aus Sicherheitsgründen mehr als nur ein Häppchen an dem Geld- und Paßhersteller, heißt es.

"Die Bundesdruckerei ist schließlich nicht irgendeine Margarinefabrik",

sagt Innenpolitiker **Uhl**. Zum Zuge sollte allenfalls ein Bieter aus Deutschland kommen können. Genau das ist die Krux und birgt den wahren Grund, warum der Bund den Druckkonzern nun wieder vollständig übernommen hat: Im ganzen Land fand sich keiner, der bereit war, auch nur halbwegs einen für den Treuhänder und die Regierung akzeptablen Preis für das Unternehmen, das sich nach der Krise wieder in die schwarzen Zahlen gearbeitet hat, zu bezahlen.

Bis zu 400 Mio. Euro hat **G&D** für die Bundesdruckerei geboten -- zur Erinnerung: Vor 8 Jahren war der Konzern eine Mrd. Euro wert. Auch der TÜV Nord soll seinen Hut in den Ring geworfen, aber ebenfalls eher sparsam kalkuliert haben.

"Es gab gute Angebote, Interessenten, die bis zu 900 Mio. Euro zahlen wollten. Aber die waren allesamt aus dem Ausland",

sagt ein Insider. Das US-Technologieunternehmen 3M soll dazu gehören oder der französische Elektronikkonzern Sagem.

Doch beim Thema ausländische Bieter schüttelten die Vertreter des Bundes stets den Kopf: *"Keinesfalls"* hieß es in den beteiligten Ministerien. Schließlich eskalierte die Situation. Ende Juli kam zum Zwist der Ministeriellen noch der Zwist zwischen Treuhänder **Gondert** und den Vertretern des Bundes hinzu.

Der nämlich, obwohl mit üppiger Aufwandsentschädigung für seinen Job bei der Bundesdruckerei ausgestattet, wollte nicht ewig auf dem Druckkonzern sitzen bleiben:

"Seit 2 Jahren doktern wir nun rum, seit 2 Jahren bremst der Bund. Nun ist Schluß",

wird **Gondert** zitiert: Er hat dem Bund eine Frist gesetzt:

"Innerhalb von 6 Wochen müsse entschieden werden, andernfalls würde er selbst den Zuschlag an einen Käufer erteilen. Und ein etwaiges Veto des Bundes müsse Substanz haben",

sagt ein Teilnehmer der Verhandlungen.

Der Bund steckte in der Zwickmühle: Einerseits wollte er in der Bundesdruckerei mitreden, andererseits

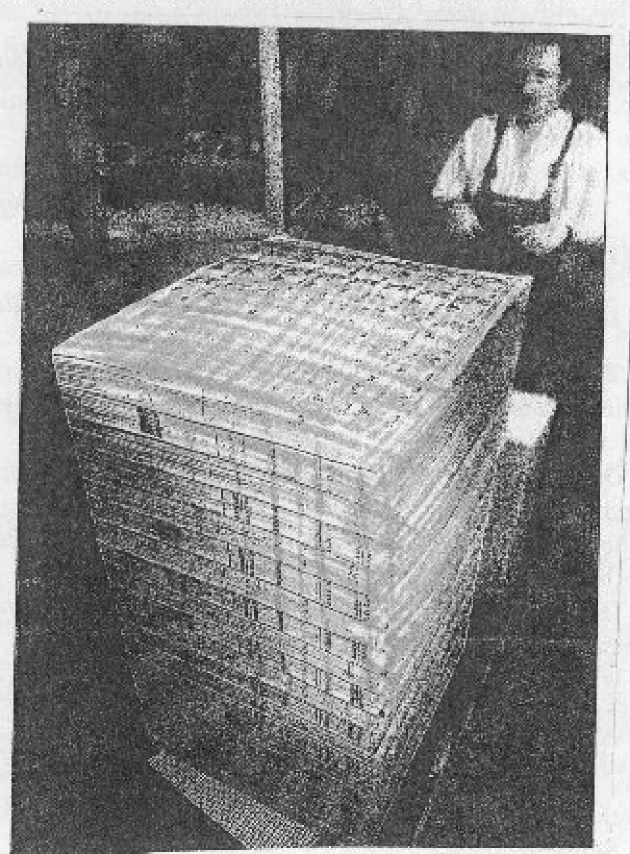
kräftig am Erlös profitieren und gleichzeitig ausländische Bieter abblocken.

"**Gondert** hatte es sich 2002 schriftlich geben lassen, das Unternehmen zum höchst erzielbaren Preis verkaufen zu können, egal ob an einen Finanzinvestor oder sonstige Bieter",

sagt ein Insider. Notgedrungen ist der Bund nun wieder voll eingestiegen. Über den Preis wurde wenig Stillschweigen vereinbart. Er wird über dem Gebot von 400 Mio. Euro von G&D und den angeblich bis zu 900 Mio. von ausländischen Bietern liegen -- da bleibt auch abzüglich des Darlehens ein hübsches Sümmchen, das der Staat begleichen muß.[62]

Die Privatfirma Apax Partners & Co mit Sitz in London druckte mehrere Jahre bundesdeutsche Banknoten, Personaldokumente und Postwertzeichen. Gewinne konnten in England versteuert werden, Verluste blieben in Deutschland. Apax-Gründer sind die "Finanzinvestoren" **Alan Patricof** und **Ronald Cohen**.

Der ausgehandelte Kaufpreis von 1 Milliarde für die Bundesdruckerei wurde als "lukrativ" gepriesen. Doch dies gehört "zum Geschäft". Die Apax-Gentlemen bezahlten das freilich nicht etwa selbst. 230 Millionen wurden von Anfang an für 10 Jahre "gestundet" -- praktisch also nie bezahlt, 450 Millionen bevorschußte die Hessische Landesbank mit einem Darlehen zu Lasten der Bundesdruckerei-Wertstellung. Jährliche Tilgung und Zinsen für dieses 50 - 75 Millionen-Darlehen sollte der



Frische Euro-Noten in der Bundesdruckerei. Aus Gründen der Sicherheit übernimmt der Bund das Haus wieder. Foto_ AFP

Betrieb erwirtschaften. Doch die neuen fremden Manager "vergaßen" für Jahre deren Begleichung. Besondere Freundschaftsbande veranlaßten auch die Bänker, keinen Wirbel zu machen.

Im Verlauf der Geschäftsführung nahmen die neuen fremden "privaten Investoren" noch weitere Kredite für Modernisierungsmaßnahmen auf, über deren Höhe und Vielfalt sowie Rückzahlung oder Nichtrückzahlung die Gentlemen schwiegen. Wozu haben wir schließlich ein Datenschutzgesetz?

Der Staatssouverän -- der Bundesbürger -- erfährt von dem landesverräterischen "Geschäft" erst, nachdem die Trümmer vor seinen Füßen liegen und die Nachsicht der Kreditoren zu Ende war. Nur spärliche Hinweise der "pluralistischen Presse" erreichten ihn, daß ausländische "Heuschrecken" das früher gewinnstrotzende Unternehmen "ausgelaugt" und mindestens 976,4 Millionen Euro Schulden hinterlasssen haben. Das plötzliche Verschwinden der auserwählten "Finanzinvestoren" mit den gestohlenen Millionen oder noch mehr Euro scheint weder die Vertreter der Öffentlichkeit noch die Staatsanwaltschaften mobilisiert zu haben. Denn von Strafverfahren war nirgendwo die Rede. Dabei hätten längst die einen solchen volkseigenen Betrieb verkaufenden Minister wie auch die "Heuschrecken"-Gangster auf die Anklagebank gehört!

Da steht also die Bundesregierung vor dem Ergebnis dieser in der Weltgeschichte wohl singulären "Heuschrecken"-Hinterlassenschaft befreundeter "Finanzinvestoren" von Apax Partners & Co. Doch stoppten die Verantwortlichen nicht etwa unverzüglich diese "Privatisierung", nein, sie übertrugen die Bundesdruckerei einem Treuhänder: der Frankfurter Kanzlei von Clifford Chance unter Leitung von **Heinz-Günter Gondert** -- "für einen Euro" bei Übernahme der Schuldenlast mit der Auflage, das Unternehmen weiterzuverkaufen -- an den nächsten höchstbietenden neuen "Finanzinvestor"! Doch für die befreundeten Heuschrecken ist dieser gewaltige Schuldenberg bei einem Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 292 Millionen Euro nicht mehr so ganz das Richtige.[63]

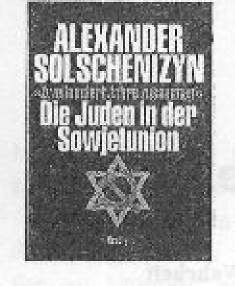
Die ***UN*** verwies in ihrer Ausgabe 11/2008, S. 3 - 4 auf weitere landesverräterische Aspekte:

"Die Investoren nahmen immer höhere Kredite auf die Bundesdruckerei auf und saugten den ehemals vor Milliardenprofiten strotzenden Betrieb nach allen Regeln der Heuschrecken-Kunst aus. ... Diese Milliarden gehen zu Lasten der Bundesdruckerei, die zur Rückzahlung verpflichtet ist und nicht etwa die in London ansässige Firma Apax! ...

Bleiben die Fragen, wie viele Tonnen Euro-Scheine die »Bundesdruckerei« womöglich während ihrer »Privatisierung« für die Investoren nebenbei gedruckt hat und wohin die persönlichen Daten der Bundesbürger weitergegeben worden sind. Mit der Weitergabe von Daten kann schließlich auch Kasse gemacht werden. Und so fragt man sich, wie viele

62) ***Die Welt***, 11. September 2008, S. 12.

63) ***Focus***, Nr. 28/2008,



Alexander Solschenizyn
(Nobelpreisträger)
200 Jahre zusammen -- Die russ.-jüd. Geschichte 1795 - 1916
560 S. Ln., € 35,90
sowie
Die Juden in der Sowjetunion
608 S., Ln., 41,10 €

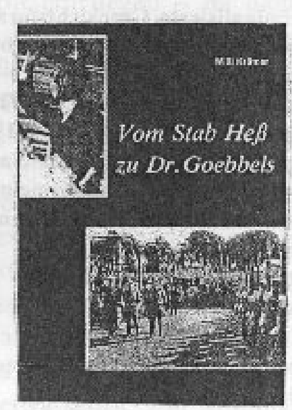
Anläßlich der polnischen Teilungen im 18. Jh. gelangten große Teile der ostjüdischen Bevölkerung unter russische Herrschaft. Die Folge waren Diskriminierung und Pogrome, schließlich in der kommunistischen Revolution 1917 der vielfach von Juden geführte und ausufernde "Rote Terror". Doch die Stalin-Ära hat auch die Juden vielfach nicht ungeschoren gelassen. -- Zwei sehr informative Bücher.



Martin Allen
Churchills Friedenfalle --
Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941
448 S., geb., 70 Fotos, 34,80 Euro

Ein britischer Historiker lüftet anhand von sensationellen Dokumenten das Geheimnis des Heß-Fluges, entlarvt die Schlüsselrolle, die der britische Geheimdienst spielte, und die persönliche Verantwortung Churchills bei der Verhinderung des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Großbritannien.



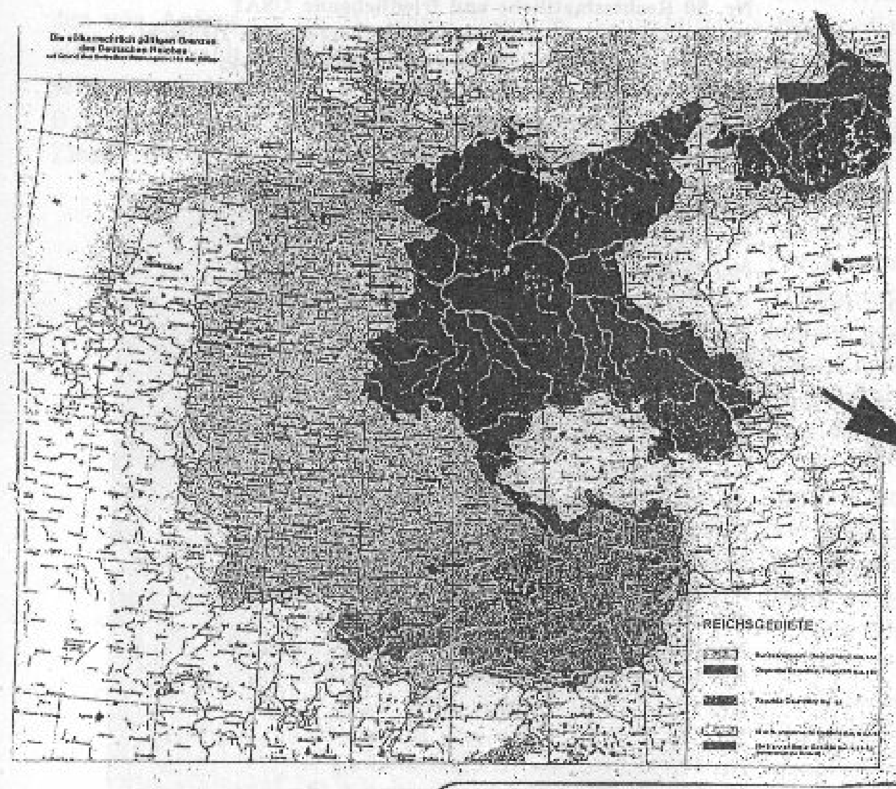












Landkarte mit den völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches nebst erläuterndem Text über die historische Entwicklung, im Maßstab 1: 2 Millionen, in Größe 70 x 63 cm, zusätzlich Textteil.

Papier gefaltet oder gerollt = 4,25 €; auf Leinenpapier gerollt = 10 €.

Als farbige Postkarte lieferbar: 25 Stück = 5,-- €; 50 Stück = 9,-- €; 100 Stück = 15,50 € portofrei.

Kinderbücher von Paula Walendy

Das Siebenstiegen-Rätselhaus
285 Seiten, reich ill., Ln. 20,-- €. -- Ein Rätsel-Sachbuch und Bilderbuch zugleich mit über 2.000 Rätseln aus anderthalb Jahrhunderten

Kampf dem Räuberhauptmann
192 Seiten, ill. Reg. Ln. 12,50 €
Eine Erzählung für die Jugend aus der Zeit des Schinderhannes am Rhein. -- Kulturgeschichtlich bedeutsam

Kleinkleckersdorf 42 Seiten ill., fest geb. 4,50 €
Ein Bilderbuch für Kinder im Alter von 2 - 8 Jahren.
Bei Gesamtabnahme = 30 Euro



Udo Walendy **Ton-Kassetten**

je 8,-- €; "Die Methoden der Umerziehung", "Die völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete", "Die Lage des internationalen Revisionismus", "Die politische Heuchelei von heute", "Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges"

VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG
POSTFACH 1643 D 32590 VLOTHO/ WESER

»echte« Ausweisdokumente von der »Privatbundesdruckerei« an alle möglichen Geheimdienste verkauft wurden oder noch verkauft werden können." 64)

Eine Anfrage beim Datenschutzbeauftragten des Bundes, welche Rolle er bei dieser Angelegenheit gespielt habe, blieb unbeantwortet.

Wer sind die Gläubiger der Bundesrepublik?

Aktueller Schuldenstand der BRD gemäß Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler vom 21.10.2010 (ohne Länder und Gemeinden): 1.722.932.285.326 Euro.

Angeregt durch Ausführungen in ***UN*** (***Unabhängige Nachrichten***) 7/2010 haben Leser amtliche Informationen eingeholt, um zu klären, an wen das deutsche Volk verschuldet und wie ein Staatsbankrott zu verhindern ist.

Ergebnis, veröffentlicht von den ***UN*** 10/2010, S. 4 - 7:

Niemand weiß Genaues. Keiner kennt die Gläubiger, schon gar nicht ihre politischen Vorhaben. Die bewußt anonym gestaltete Finanz- und Börsenkultur ermöglicht es international operierenden "Bangstern" und Fondsverwaltern, ihre wirtschaftlichen und politischen Einflüsse und Eigentumsgrundlagen strategisch nach eigenen Interessen auszurichten, von Regierungen Wohlverhalten zu erzwingen, während die Parteipolitiker ihre Zeit mit innerparteilicher und außerparteilicher "Demokratie" vertun und am Ende doch am kürzeren Hebel sitzen, weil die Mächtigen wirksamere Apparaturen schalten.

Der Großteil der BRD-Schulden wird über festverzinsliche Staatsanleihen mit klaren Laufzeiten beurkundet.

Daher bestehe keine Gefahr, daß so viele Gläubiger ihr Geld gleichzeitig zurückfordern können. So habe die BRD Zeit zum Disponieren.

Der **Haushaltsausschuß** des Bundestages informierte am 28.6.2010:

"Da die Schulden sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig aufgenommen werden, ist eine Forderung nach gleichzeitiger Tilgung dieser Schulden unwahrscheinlich."

Die **Wissenschaftlichen Dienste** des Bundestages äußerten sich in einem Brief vom 26.6.2010 ähnlich.

"Ein Staatsbankrott durch eine massenhafte Rückforderung von Gläubigergeldern sei nicht ernsthaft in Betracht zu ziehen."

Von der **FDP-Fraktion** war nach deren Rücksprache mit dem Finanzministerium am 5.7.2010 zu erfahren:

"Dem Bund ist nicht bekannt, wer die einzelnen Anleihetitel hält. ... 99,9 % der Papiere werden als Inhaberpapiere an der Börse gehandelt. Der Bund hat insofern keine Auflistung der Kapitalgeber bzw. Zinsempfänger.«

Vom **Finanzausschuß** des Bundestages traf am 28.6.2010 die Antwort ein:

"Die Gläubiger der Bundeswertpapiere sind weltweit gestreut und dem Bund nicht im Einzelnen bekannt. Zu den Gläubigern zählten jedoch neben in- und ausländischen Kreditinstituten auch institutionelle Anleger, wie z.B. Investmentfonds und Versicherungen."

Dr. Gerhard Zabel informierte für die **Arbeitsgruppe 'Haushalt' der SPD** am 30.6.2010:

"Der weitaus überwiegende Teil von 98,6% liegt in den Depots von Großbanken, Versicherungen, Pensionsfonds im In- und Ausland sowie auch bei ausländischen Zentralbanken. Davon liegt knapp über die Hälfte am Finanzplatz London. Dabei ist das nur eine Momentaufnahme.

...

So wird die Bundesschuld pro Jahr etwa 5 - 7 Mal unter den Anlegern umgeschlagen."

Der Ärger fängt erst dann an, wenn das Modell der Ausgabe von Staatsanleihen keine Kunden mehr findet.

»Die rein theoretische Gefahr könnte allerdings sein, daß Anleger Deutschland -- oder einen anderen Staat, wie wir es in Griechenland erlebt haben -- nicht mehr für kreditwürdig halten und keine neuen Anleihen zeichnen bzw. nur zu sehr hohen Zinssätzen. Dann ist der Staat nicht mehr in der Lage, eine Neufinanzierung zur termingerechten Ablösung fällig werdender Kredite auf die Beine zu stellen.«

Hartmut Wohlfarth vom **Finanzministerium** schrieb am 28.6.2010:

"Da Banken, Versicherungen und Investmentfonds wiederum ihre Einlagen von den privaten Sparern erhalten, finanzieren in wirtschaftlicher Hinsicht die inländischen Sparer direkt oder indirekt die Kredite des Bundeshaushalts."

Für die **Bundestagsfraktion der Grünen** führte **C. Ilawa** am 13.7.2010 aus:

"Problematisch wird es allerdings, wenn auslaufende Kredite am Markt nicht verlängert werden können, weil sich keine Bereitschaft findet, deutsche Staatsanleihen zu kaufen. Dies wäre dann Auslöser einer Staatsfinanzkrise, so wie wir sie in Griechenland erlebt haben."

Über die Bonität der BRD entscheiden die von der weltweiten Hochfinanz abhängigen »Rating Agenturen«, in deren Händen sich ein Großteil der Staatsanleihen befindet. Könnte Deutschland keine Kredite mehr bekommen, würde alles zusammenbrechen. Da die BRD die Hoheit über ihre Währung abgegeben hat -- auch für viele Bereiche nationaler Wirtschaftspolitik --, ist der vielschichtige Einfluß über diese Schuldenfalle auf die deutsche Politik offenkundig.

64) ***UN (Unabhängige Nachrichten)***, 4/2008, S. 3 - 4, 46017 Oberhausen, Postfach 101706.

Der Erste Weltkrieg ist zu Ende, der *"30-jährige gegen deutschen Angriff seit 1914"* [65] noch nicht

Neben dem gigantischen Gebietsraub 1919 und 1945 mit Vertreibung von über 16 Millionen und über 7 - 13 Millionen nach Kriegsende 1945 zu Tode gebrachten Deutschen, Deportation von Wissenschaftlern und Hunderttausenden, auch Frauen, zur jahrelangen Zwangsarbeit, Demontagen, Patentraub, unübersehbaren Wiedergutmachungs- und Reparationsleistungen vielfältiger Art und Größenordnung, "feindlichen Übernahmen" deutscher Betriebe, Entwicklungshilfe, überhöhten Beträgen zur Europäischen Union, Steuervorteilen, Subventions- und Einwanderungshilfen für Fremde usw. usw. hat die Bundesrepublik auch noch die 1919 in Versailles den Deutschen auferlegten Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg voll bezahlt.

Das Bundesfinanzministerium teilte kürzlich mit, die letzte Rate sei am 3. Oktober 2010 nach London überwiesen worden.

Im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Weimarer Republik hat keine einzige der inzwischen zahlreichen Bundesregierungen jemals auch nur den leisesten Protest anklingen lassen, zu Unrecht mit der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs belastet worden zu sein. Das Diktat der Mächtigen, gegen das sich sämtliche "Demokraten" der Weimarer Republik schärfstens als "verlogenes Volksvernichtungs-Programm" verwahrt hatten, blieb bei den BRD-Politikern eine anerkannte "Rechtsgrundlage" für Europa, ebenso wie die Diktate von 1945.

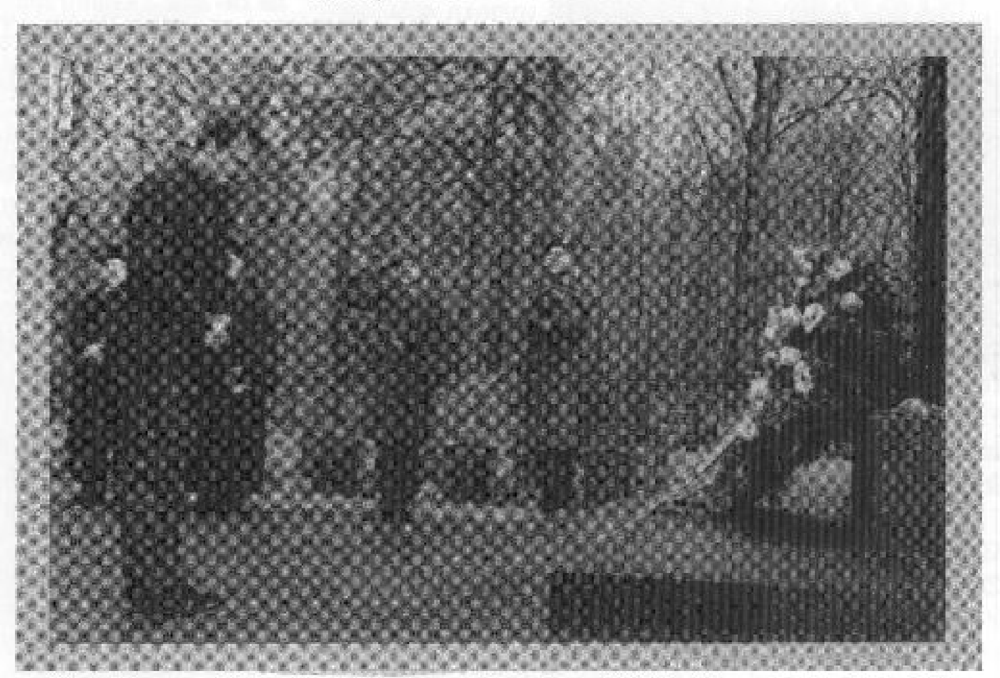
1919 hatten ddie Alliierten ultimativ bei angedrohter militärischer Besetzung des gesamten Landes im Artikel 231 des Versailler Vertrages auch die Akzeptanz der deutschen AAlleinkriegsschuld verfügt. US-Amerikaner, Briten und Franzosen folggerten hieraaus neben allen ihren anderen Bedingungen rund 130 Milliarden Goldmark Entschädigung.

Da die Weimarer Regierungen bekanntlich diese Zahlungen nicht leisten konnten, erhielten sie mit Hilfe des **Dawes-** (1924) und **Young-**Plans (1930) bei entsprechenden Zinsverpflichtungen Überbrückungshilfen, die jedoch an der allgemeinen Wirtschaftskrise nichts änderten.

Reichskanzler **Adolf Hitler** veranlaßte mit Zurückweisung der diktierten Kriegsschuld die Einstellung der Zahlungen.

Im Londoner Schuldenabkommen 1953 hatten die Alliierten rund 14 Milliarden D-Mark als von Deutschland bis 1988 zu zahlende Schulden verfügt. Zinsrückstände seien gesondert zu regeln. Auch dies ist nun offenbar abgeschlossen.[66]

Konkrete historische Untersuchungsbefunde über die wahren Zusammenhänge, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatten, bleiben weiterhin unbeachtet.



Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) bei der zentralen Gedenkfeier auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee Anfang November 2010.

Gleichzeitig ehrte ein Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums auf dem jüdichen Friedhof in Frankfurt/M im Beisein von Vertretern der US-, isrealischen und österreichischen Streitkräfte die im Ersten Weltkrieg gefallenen deutsch-jüdischen Soldaten.

Im Kaiserreich hatten rund 100.000 jüdische Soldaten Waffendienst geleistet und mehr als 12.000 an der Front den Tod gefunden. In Österreich-Ungarn zogen 399999 jüdische Soldaten in den Krieg. Mindestens 30.000 fielen an der Front. Insgesamt wurden etwa 35.000 jüdische Soldaten für ihre Tapferkeit geehrt, viele von ihnen mit dem Eisernen Kreuz.[67]

Auch das Dritte Reich hat diesen Soldaten Ehrerweisung entgegengebracht! Die am 24. März 1933 ohne berechtigten Anlaß gegen Deutschland geschleuderte Judea-Kriegserklärung, die heftigste Proteste sogar der deutschen Juden ausgelöst hatte, hat die Lebensrechte des deutschen Volkes angegriffen, den deutschen Juden eine Judea-gemäße Loyalität aufgenötigt und somit die Konfrontation zum Nationalsozialismus provoziert!

Übrigens: Noch nie hat sich die BRD-Prominenz oder u.W. auch nur einer von ihr jemals zur Trauerfeier auf einer der großen deutschen Kriegsgräberstätten eingefunden. Bis zur Stunde hat sie eine zentrale Gedenkstätte für die 12 Millionen Vertreibungs- und anderen Nachkriegsopfer verhindert!

65) **Winston Churchill**, vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 2, S. 3, Fn. 1.
66) ***Unabhängige Nachrichten*** (***UN***) 9/2010.
67) ***Jüdische Zeitung***, Dezember 2010, S. 4.